

Zum Problem der Bestimmung angemessener zentraler Einrichtungen
der gemeindlichen Daseinsvorsorge ländlicher Kernsiedlungen.

Allgemeine Überlegungen und Untersuchungen in ausgewählten
Nahbereichen des nordhessischen Landkreises Fritzlar-Homberg.

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
des Fachbereiches 24 - Geowissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diethard Loeser
aus Berlin

Berlin 1972



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Zum Problem der Bestimmung angemessener zentraler Einrichtungen
der gemeindlichen Daseinsvorsorge ländlicher Kernsiedlungen.

Allgemeine Überlegungen und Untersuchungen in ausgewählten
Nahbereichen des nordhessischen Landkreises Fritzlar-Homberg.

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
des Fachbereiches 24 - Geowissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diethard Loeser
aus Berlin

Berlin 1972



1. Gutachter Professor Dr. Arthur Kühn
2. Gutachter Professor Dr. Georg Jensch

Tag der Promotion: 9. Februar 1972

Vorwort

Der Wunsch, auch der Landbevölkerung eine möglichst umfassende und zugleich wirtschaftliche Versorgung mit den heute wichtigen kulturellen und zivilisatorischen Grundleistungen zukommen zu lassen, hat in vielen Disziplinen Überlegungen ausgelöst, welche Einrichtungen in den kleinsten Zentralorten angeboten werden sollten. So weist die Literatur der Kommunalwissenschaften und -politik, der zentralörtlichen Forschung und der Regionalplanung ländlicher Räume des letzten Jahrzehnts eine stattliche Anzahl wenngleich auch erheblich voneinander abweichender Empfehlungen zur Ausstattung dieser Kleinzentren mit öffentlichen und privaten Einrichtungen auf, bei denen -entsprechend der Herkunft der Vorschläge- die Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung, die Tragfähigkeit der Gebietseinheiten oder die zentralörtliche Lage im Vordergrund stehen.

Die Angemessenheit der Leistungen für die kleinen ländlichen Einzugsbereiche wird in solchen Stellungnahmen, denen hauptsächlich Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zugrunde liegen, durch die Angabe von Mindesteinwohnerzahlen darzulegen versucht, die aber ebenfalls erhebliche Unterschiede zeigen. Da aber in den meisten Fällen Hinweise darüber fehlen, wie diese "Richtwerte" zustande kommen und nur auf "allgemeine Erfahrungen" verwiesen wird, ist ihre Verwendbarkeit eingeschränkt.

Im Gegensatz zur großen Zahl einschlägiger Schriften, die bestimmte Leistungsgruppen allgemeingültig unter Verwendung eines durchschnittlichen Bedarfs festzulegen beabsichtigen, fehlt es an Untersuchungen, die solche Aufgabenbestimmungen anhand konkreter Kleinräume vornehmen, die damit zugleich die generellen Ausstattungsvorschläge und ihre Orientierungsdaten überprüfen, die also die Schwankungsbreiten in der Gültigkeit dieser Leitvorstellungen aufzeigen. Dies soll in der vorliegenden Arbeit nun für diejenigen Versorgungseinrichtungen geschehen, die zur Daseinsvorsorge zählen, zentrale Funktionen erfüllen und in den Zuständigkeitsbereich zukünftiger Großgemeinden fallen.

Die umfangreichen Untersuchungen im Landkreis Fritzlar-Homberg konnten nur mit freundlicher Hilfe vieler Damen und Herren des Landratsamtes, der Gemeindeverwaltungen und der verschiedenen

Einrichtungsleitungen durchgeführt werden. Für ihre wertvollen
Auskünfte und Materialbereitstellungen sei ihnen von dieser
Stelle noch einmal vielmals gedankt.

Besonderen Dank schulde ich aber meinen verehrten Lehrern, Herrn
Prof. Dr. Arthur Kühn, in dessen Händen die wissenschaftliche Be-
treuung dieser Arbeit lag und Herrn Prof. Dr. Georg Jensch, der
sich freundlicherweise bereit erklärte, das Zweitgutachten zu
erstellen. Herrn Detlef Engel bin ich für die Reinzeichnungen
und Photokopien der kartographischen Entwürfe sehr verbunden.

Berlin, im November 1971

Viktor Loser

Inhalt

Vorwort	2
A. Einleitung	
1. Raumordnungspolitische Bedeutung der Kleinzentren .	6
2. Leitbild des Versorgungsnahbereichs	8
3. Vorschläge zur Ausstattung der Mittelpunktorte	9
4. Aufgabenstellung und Arbeitsmethoden dieser Unter - suchung	12
B. Überlegungen zur allgemeinen Kennzeichnung der Ein - richtungen	
1. Funktion der Daseinsvorsorge	15
a) Begriffsbestimmung	15
b) Bezeichnung zugehöriger Einrichtungen	18
c) Verhältnis zu Infrastruktur und Sozialkosten ...	20
2. Trägerschaft künftiger Großgemeinden	24
a) Grundsätze der hessischen Gemeindeordnung	24
b) Sondergesetzliche Regelungen	27
c) Bewertung wissenschaftlicher Kriterien	30
d) Methodische und arbeitstechnische Bemerkungen zur Ermittlung angemessener Einrichtungen der Großgemeinden	35
3. Zentralörtliche Lage im Nahbereich	42
a) Zweckmäßigkeitgründe einer Zentralisation von Einrichtungen	42
b) Postulat der günstigen Erreichbarkeit	45
c) Ausschluß lokaler Einrichtungen	47
C. Beschreibung der Kernsiedlungen und ihrer Nahbereiche	
1. Raumlage der Kleinzentren	49
2. Gestalt, Flächengröße und Siedlungsverteilung der Nahbereiche	50
3. Zahl, Dichte und Verteilung der Bevölkerung in den Gebietseinheiten	52
4. Bevölkerungsentwicklung in den Kleinsträumen	55
5. Daten zur Bevölkerungsstruktur	57
6. Verkehrsverbindungen zwischen Kern- und Nachbar- siedlungen	59

D. Untersuchungen zur Bestimmung der einzelnen Ein - richtungenarten	
1. Mittelpunktschulen	62
a) Grundschulen	63
b) Gesamtschulen	66
2. Einrichtungen der Erwachsenenbildung	70
a) Volkshochschulen	70
b) Öffentliche Büchereien	75
3. Fest- oder Gemeinschaftssäle	80
4. Jugendheime bzw. Jugendpflegeräume	83
5. Kindertagesstätten	85
a) Kindergärten	86
b) Kinderhorte	91
c) Kinderkrippen	93
6. Altenheime	95
7. Gemeindeschwesternstationen	102
8. Allgemeine Turn- und Sportstätten	103
9. Badeanstalten	110
a) Freibäder	110
b) Hallenbäder	113
10. Kommunale Kreditinstitute	116
11. Einrichtungen der Nahverkehrsbedienung	121
E. Zusammenfassung	127

A. Einleitung

1. Raumordnungspolitische Bedeutung der Kleinzentren

Die bekannten Phänomene regionaler Strukturschwächen ausgedehnter ländlicher Räume wie wirtschaftliche Stagnation, "soziale Erosion" und das im Verhältnis zu den verstädterten Gebieten zunehmende Wohlstandsgefälle gemessen am Sozialprodukt und am Steueraufkommen haben ihre Ursache oft in einer Unterversorgung der Bevölkerung und Wirtschaftsbetriebe mit den notwendigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Eine solche private und öffentliche Leistungsdisparität widerspricht jedoch den raumordnungspolitischen Vorstellungen, möglichst gleichwertige Lebens- und wirtschaftliche Startbedingungen zu schaffen, wie sie in den Grundsätzen des Bundesraumordnungsgesetzes (BROG) vom 8.4.1965 (BGBl. I, S. 306) und den diese Rahmenbestimmung konkretisierenden Grundlagen und Zielen der Bundesländer zum Ausdruck kommen. In § 2 Abs. 1 Grundsatz 3 BROG heißt es u.a.

"In Gebieten, in denen die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist, sollen die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie die kulturellen Einrichtungen verbessert werden. In den Gemeinden dieser Gebiete sollen die Lebensbedingungen der Bevölkerung ... die Verkehrs-, Versorgungseinrichtungen allgemein verbessert werden. In einer für ihre Bewohner zumutbaren Entfernung sollen Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung einschließlich der zugehörigen Bildungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen gefördert werden."

Entsprechende Formulierungen finden sich auch in der Vorlage der Landesregierung für ein hessisches Raumordnungsprogramm vom 27.4.1965: "In Fördergebieten (Landesteile, in denen die Entwicklung der Lebensbedingungen hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben ist) sollen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie die kulturellen Einrichtungen verbessert werden..."

"Es sind Raumeinheiten (Nahbereiche...) zu entwickeln, in denen die

Gebietskörperschaften zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse zusammenarbeiten" und "Zentrale Orte...sind einander so zuzuordnen und in ihrer Funktion zu stärken, daß der Bevölkerung in zumutbarer Entfernung die Vorteile der zentralen Einrichtungen dieser Orte zur Verfügung stehen. Dabei sind Standorte und Ausstattung der verschiedenen Einrichtungen sowohl örtlich wie auch regional aufeinander abzustimmen."

In diesen Prinzipien der Raumordnung einschließlich der Förderungsbestimmungen für strukturschwache ländliche Gebiete wird den Zentralorten klar die Aufgabe gestellt, jeweils diejenigen der erforderlichen Einrichtungen bereitzustellen, die dem unter dem Gesichtspunkt zumutbarer Entfernungen abzugrenzenden Versorgungsnahbereich angemessen sind.

In diesem Konzept spielen die ländlichen Kernsiedlungen -auch Kleinzentren, Mittelpunktorte, Mittelpunktgemeinden¹⁾ oder Hilfszentrale Orte genannt-, die gemäß den Empfehlungen ISBARYs(81)²⁾ und der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 8.2.1968 zentrale Orte unterster Ordnung (Stufe IV) der zentralörtlichen Hierarchie sind, eine besondere Rolle, weil ihnen die Aufgabe zukommt, die am häufigsten und dringendsten benötigten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundleistungen, die Einrichtungen des "Alltagsbedarfs"(96), des "kurzfristigen Grundbedarfs"(71), des Nahbedarfs vorzuenthalten. Diese Funktion bedeutet nun keinesfalls, daß die Kleinzentren sämtliche Grundversorgungsleistungen an sich ziehen sollen oder können, sondern nur ein Teil von ihnen wird einen Standort in dem mit dem Kern funktional eng verflochtenen und mit diesem den Versorgungsnahbereich bildenden Nachbarschaftsbereich finden müssen. Hierzu gehören die örtlichen Einrichtungen (z.B. Kinderspielplätze, innerörtliche Grünanlagen) oder überörtliche Anlagen (wie Wasserwerke, Plätze für geordnete Mülldeponie u.ä.)

1) Dieser Ausdruck soll hier nicht verwendet werden, weil er ganz auf die derzeit noch herrschende Verwaltungszersplitterung der Versorgungsnahbereiche abgestellt ist und nach der Verwirklichung des Großgemeindekonzepts nicht mehr brauchbar ist.

2) Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die des durchnummerierten Literaturverzeichnisses.

2. Leitbild des Versorgungsnahbereichs

Die Kurzfristigkeit und die damit verbundene Häufigkeit des Grundbedarfs erfordern eine günstige Erreichbarkeit der in den Kernsiedlungen angebotenen Leistungen und damit eine räumliche Begrenzung des Einzugsbereichs auf einen engeren Kreis von Nachbargemeinden. Der Versorgungsnahbereich soll daher in seinen Ausmaßen die mit 6-9 km unterschiedlich angegebene "zumutbare" Maximalentfernung zwischen Kern und Peripherie nicht überschreiten. Der Beschluß der Ministerkonferenz für die Raumordnung vom 8.2.1968 bestimmt darüber hinaus auch noch einen zumutbaren zeitlichen Wegeaufwand, der unter Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel höchstens 30 Minuten betragen soll.

Andererseits erfordert die Notwendigkeit eines sachgerechten und wirtschaftlichen Leistungsdargebots eine bestimmte Mindesteinzwohnergröße der Nahbereiche. Nach weitgehend übereinstimmenden Ansichten aller mit der Raumordnung ländlicher Gebiete Befasster gilt als absolute Untergrenze eine Einwohnerzahl von 5.000. In der vom Hessischen Minister des Innern herausgegebenen Karte "Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche in Hessen" werden jedoch in der Stufe I Kleinzentren mit Einzugsbereichen unter 3.000 E.dargestellt. Hierbei handelt es sich aber um eine Bestandsaufnahme aus dem Jahre 1967 und in den beigegeführten Erläuterungen (33) wird auf Seite 11 eine spätere dem Beschluß der Ministerkonferenz für Raumordnung gemäße Zusammenfassung in Aussicht gestellt.

Nach Möglichkeit wird jedoch eine Nahbereichsgröße von 8.000 E. anzustreben sein, weil nach ISBARY (81) S.33 die Existenz privater Dienstleistungsbetriebe durch den Wettbewerb mit solchen höherer zentraler Orte und mit Versandgeschäften gefährdet ist, und weil öffentliche Einrichtungen, die nur der Versorgung bestimmter Bevölkerungsgruppen dienen, zur wirtschaftlichen Leistungserstellung größerer Einzugsbereiche bedürfen.

Die Notwendigkeit, die Mittelpunktorte von allen Seiten gut erreichen zu können, läßt eine Siedlungsverteilung des Nahbereichs erstrebenswert erscheinen, in der die zentral gelegene Kernsiedlung von einem Kranz von Nachbarortschaften -bei Fehlen einer ausreichenden Einwohnerzahl auch eines zweiten-umgeben ist. Dagegen sind in der Praxis Anzahl und Konstellation der

Siedlungen -ob sie nun den als optimal angesehenen sechseckigen oder quadratischen Modellvorstellungen CHRISTALLERS(19), LÖSCHS (119) oder JOCHIMSEN-TREUNERS(89) entsprechen- von zweitrangiger Bedeutung. Allerdings sollte die äußere Gestalt der Bereiche nicht zu stark von den radialen, hexagonalen oder quadratischen Formen abweichen, um nicht zu große Entfernungsdisparitäten zwischen den einzelnen Nachbarsiedlungen und dem Kern aufkommen zu lassen. Die Flächengrößen der Nahbereiche radialer Gestalt betragen bei einem Maximalhalbmesser von 6km 114qkm, bei 9km 255qkm; die Bevölkerungsdichten schwanken dann bei einer Einwohnerzahl von 5.000 zwischen 44 und 20E/qkm bzw. bei 8.000 Bewohnern zwischen 70 und 31E/qkm. Die entsprechenden Werte sechseckiger Versionen lägen bei Flächen von 93 und 210qkm und Dichten von 54 und 24 bzw. 86 und 38E/qkm.

Von ebenfalls geringerer Wichtigkeit ist die Verteilung der Bevölkerung auf die Kernsiedlung und den Nachbarschaftsbereich.

"Die Höhe der Einwohnerzahl solcher Mittelpunktsgemeinden ist für deren Funktion nicht von ausschlaggebender Bedeutung" betont die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auf Seite 6 ihrer Stellungnahme zum Problem der Zentralen Orte (218). Nach KRONER(105), S.448 kann ein Kern schon mit 2.000 Einwohnern funktionsfähig sein und auch KLÖPPER(96), Sp.2345 rechnet mit einer Kernsiedlungsgröße von 2.000 - 3.000 Bewohnern.

3. Vorschläge zur Ausstattung der Mittelpunktorde.

Bei einer kurzen Zusammenstellung derjenigen öffentlichen Einrichtungen, die in der Literatur als den Kleinzentren angemessen bezeichnet werden, kann darauf verzichtet werden, auf die Gutachten der Sachverständigen für die kommunale Gebietsreform einzugehen, weil sich deren Empfehlungen zur Ausstattung künftiger Großgemeinden nicht nur auf die zentralen Einrichtungen der Nahversorgung beschränken, sondern auch noch rein lokale und überörtliche Anlagen exzentrischer Standortwahl mit erfassen. Die nachfolgend aufgeführten Kataloge stellen eine mit keinerlei Werturteilen verbundene Auswahl aus einem breiteren Schrifttum dar:

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände nennt in ihrer Denkschrift "Zentrale Orte"(218),S.7 für den öffentlichen Bereich die nachstehende Modellausstattung, die entsprechend "der großen Verschiedenheit in den regionalen Umweltverhältnissen und Bedürfnissen ... regional differenziert werden kann:"

- " - die örtliche oder -soweit nach Landesrecht vorgesehen- überörtliche Verwaltung(Amtsverwaltung oder ähnliche Einrichtungen),
- die Mittelpunktschule, möglichst eine weiterrührende Schule,
- Einrichtungen der Volksbildung(z.B.Büchereien),
- Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe(z.B.Schwesterstationen, Kindergärten, Kinderhorte),
- Erholungs-,Spiel- und Sportanlagen,
- Anschlüsse an das überörtliche Verkehrsnetz, Einrichtungen zur Verkehrsbedienung,
- Filialen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute;"

Als die für einen Versorgungsbereich bis 10.000 Einwohner zu fordernden häufigsten zentralen Einrichtungen führt SCHOLZ(1/1), S.47c an:Volksschule, höhere Schule, Jugendheim, Altersheim, Kindergarten, freiwillige Feuerwehr, Sportplatz, Freibad, Festsaal, Postnebenstelle, Sparkassenzweigstelle, Polizeiposten, vollständige Kanalisation, Verwaltungseinrichtung.

In seinem Raumplanungsgutachten Südostniedersachsen(200),S.364 empfiehlt WAGENER als öffentliche Einrichtungen der Kleinzentren: Im kulturell-sozialen Sektor: Vollgegliederte Grundschule, Mittelpunktschule, Turn- und Sportanlagen(für Schule und Vereine) Schul- oder Volksbibliothek, Kindergarten und Kinderspielplatz, Gemeindeschwesternstation (ggf. in Verbindung mit der Kirche), Zweigstelle einer Volkshochschule; im Wirtschaftssektor: Niederlassungen von Geldinstituten; im Verkehrssektor:Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs zur Bedienung des Einzugsgebiets mit den erforderlichen Anschlüssen an das weitere Verkehrsnetz. Transportunternehmen für Personen- und Güterverkehr sollen allerdings erst in den nächst höheren Unterzentren vorhanden sein.

Nach EHRLICHER(29),S.87 könnten die Kernsiedlungen je nach Größe des Einzugsbereichs "Standort einer Mittelpunktschule, in der Volks-, Mittel-,Ober- und Berufsschule zusammengefaßt sein können,von Sportanlagen(Sportplatz und Schwimmbad),einer Schwesterstation, eines Kinderhorts, der Einrichtung der Jugendbetreuung, der Bücherei und Volkshochschule sein. Die Erstellung einer darüber hinausgehenden Grundausstattung würde...in der Regel einen unwirtschaftlichen Faktoreneinsatz bedeuten."

Tabelle 1: Katalog der von politischer, wissenschaftlicher und planungspraktischer Seite vorgeschlagenen öffentlichen Einrichtungen zur Ausstattung ländlicher Kernsiedlungen:

Einrichtungsart	Bundesvereini- gung kommunaler Spitzenverbände	EHRLICHER 1967	SCHOLZ 1965	WAGENER 1967
Volksschule	x	x	x	x
Mittelschule	x	x	x	x
Oberschule	x	x	x	x
Volkshochschule		x		x
Volksbücherei		x		x
Festsaal			x	
Jugendheim			x	
Jugendpflegeraum		x		
Kindergarten	x		x	x
Kinderhort	x	x		
Altenheim			x	
Gemeindeschwestern- station	x	x		x
Sportplatz	x	x	x	x
Turnhalle	x	x	x	x
Freibad	x	x	x	x
Kinderspielplatz	x			x
Grünanlage	x			
Filiale öffentl- rechtl. Kredit- institute	x		x	x
Postnebenstelle			x	
Einrichtungen zur Nahverkehrsbedienung	x			x
Anschlüsse an das Öffentliche Ver- kehrsnetz	x			x
Kanalisation			x	
Gemeindeverwaltung	x	x	x	x
Polizei-posten			x	
Feuerwehr			x	

Vergleicht man diese Vorschläge in einer Übersicht, wie dies umseitig in Tabelle 1 geschehen ist, so lassen sich erhebliche Auffassungsunterschiede feststellen, die im einzelnen darauf beruhen können, daß:

- a) außer den Aufgaben der Leistungsverwaltung auch noch solche der Ordnungsverwaltung aufgeführt werden,
- b) neben den zentralen auch noch Einrichtungen von rein lokaler Bedeutung erfaßt werden,
- c) die Frage der Trägerschaft unterschiedlich berücksichtigt wird,
- d) dem Wirtschaftlichkeitsprinzip ein verschiedenes Gewicht beigemessen wird,
- e) von abweichenden Prämissen bei den Tragfähigkeitsuntersuchungen ausgegangen wird.

4. Aufgabenstellung und Arbeitsmethoden dieser Untersuchung

Die vorliegende Arbeit aus dem Bereich der Angewandten Geographie bemüht sich um die Festlegung derjenigen zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die von den zukünftigen Großgemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern in ihren Zentren (Kernsiedlungen) errichtet und unterhalten werden sollten. Es kommen bei dieser Untersuchung also nur solche Anlagen und Anstalten in Betracht, die folgende Merkmale aufweisen:

- a) die Funktion der Daseinsvorsorge, was beispielsweise eine Abgrenzung gegenüber den Einrichtungen der Ordnungsverwaltung erfordert;
- b) die Trägerschaft kreisangehöriger Gemeinden der Zukunft. Es wird dabei davon ausgegangen, daß die Versorgungsnahbereiche räumlich mit den Großgemeinden identisch sind.¹⁾ Dies zwingt dazu, solche Einrichtungen auszusondern, für die - aufgrund zu geringer Bedarfs im Großgemeindegebiet - übergeordnete Instanzen zuständig sind. Einrichtungen, die nach der derzeitigen Gesetzgebung höheren Trägern (Landkreise, Kreisfr. Städte) vorbehalten sind, sollen jedoch als adäquate Aufgaben der Großgemeinden angesehen werden, wenn in ihnen eine ausreichende Nachfrage besteht und diese Einrichtungen nicht unselbständige Teile (Filialen) umfassender Institutionen sind. Eine derartige Abweichung von den heute gültigen rechtlichen Bestimmungen ist gerechtfertigt, weil diese noch auf das überkommene Kleinstgemeinden-Konzept bezogen sind.

¹⁾ Die Zweckmäßigkeit einer Kongruenz von Nahbereich und Großgemeinde wird quantitativ begründet durch die übereinstimmenden Ergebnisse der empirischen zentralörtlichen Nahbereichsfor-schung und der kommunalwissenschaftlichen Tragfähigkeitsbe-rechnungen, die für eine modern konzipierte Grundversorgung an-gestellt wurden. Beide Forschungsrichtungen fanden dabei die schon genannten Mindesteinwohnerzahlen von Nahbereich bzw. Großgemeinde.

- c) die Zweckmäßigkeit einer zentralen Lage in der Großgemeinde (Nahbereich), d.h. eine Position in oder zumindest am Rande der Kernsiedlung. Das gibt Veranlassung dazu, Einrichtungen, die nur von rein örtlicher Bedeutung für die Kleinzentren sind, zu eliminieren.

Die grundsätzliche Bestimmung der zur Daseinsvorsorge zu zählenden Anlagen und Anstalten soll nach Gesichtspunkten der verwaltungsrechtlichen Literatur, ergänzt durch eigene Überlegungen, vorgenommen werden.

Die Entscheidung darüber, welche Einrichtungen der gekennzeichneten Gemeindegrößenklasse angemessen sind, läßt sich am besten über eine Festlegung der Mindesteinwohnerzahlen dieser Einrichtungen fällen. Dies gibt Gelegenheit, die oftmals stark voneinander abweichenden Richtwerte dieser Art und damit die verschiedenen Ausstattungsvorschläge zu überprüfen.

Die gemeindlichen Aufgaben sollen vom Bedarfsdeckungsprinzip und dem Postulat des wirtschaftlichen Leistungsdargebots der hessischen Gemeindeordnung abgeleitet werden. Bei der geringen Größe auch der zukünftigen Großgemeinden wird als Kompromiß aus diesen beiden sich entgegenwirkenden Grundsätzen die durch die Nachfrage der Bevölkerung bewirkte Auslastung der Einrichtungsminimalkapazität als Kriterium für die gemeindliche Zuständigkeit verwendet.

Leistungsfähigkeit der Einrichtungen und Bedarf an Vorsorgediensten werden hier vornehmlich quantitativ betrachtet. Diese Beschränkung ist insofern zulässig, als die Qualität neuer Einrichtungen oft sogar bis ins Detail in den Richtlinien vorgeschrieben und somit standardisiert ist. So wird die Ermittlung der angemessenen Anlagen und Anstalten in einer abwägenden Gegenüberstellung der Größenordnungen von Minimalkapazität und Leistungsnachfrage erfolgen.

Mindestbetriebsgröße und -kapazität der Einrichtungen werden der Fachliteratur oder den Aussagen von Fachleuten entnommen; nur in den Fällen, in denen solche Angaben fehlen, müssen eigene Berechnungen vorgenommen werden.

Die notwendigen Bedarfsuntersuchungen, die in dieser Arbeit den breitesten Raum einnehmen, werden in einigen Nahbereichen des Landkreises Fritzlar-Homburg durchgeführt. Hierzu sind Beobachtungen, Befragungen in der Kreisverwaltung, bei den Bürgermeistern und in den zu untersuchenden Einrichtungen anzustellen sowie Landes- und Kreisstatistiken auszuwerten. Wo der gleichen Angaben fehlen, müssen statistische Daten anderer geeigneter Betriebe in die Überschlagsberechnungen eingehen.

Wenngleich die geringe Zahl der zu untersuchenden Einrichtungen und Naumbereiche nicht dazu berechtigt, apodiktisch neue Richtwerte aufzustellen, so können doch sehr gut die Größenordnungen der vorgefundenen Mindesteinwohnerzahlen überprüft werden, denn nur auf die Größenordnungen kommt es bei einer allgemeinen Bestimmung der gemeindlichen Obliegenheiten an. Eine ganz genaue Kenntnis der Nachfrage ist nur vonnöten, wenn es darum geht, die erforderliche Dimensionierung geplanter Einrichtungen festzulegen. Das ist in dieser Arbeit jedoch nicht beabsichtigt.

Geringe Abweichungen von den Richtwerten des Schrifttums oder der Planungspraxis, die auf besondere Bedarfsverhältnisse zurückzuführen sind, zeigen zugleich an, wie weit im Einzelfall Modifikationen der Durchschnittscharakter tragenden Richtwerte erforderlich werden können. Starke Differenzen beruhen dagegen mehr auf anderen Kapazitätsannahmen.

Die Frage der Zentralisierbarkeit der Einrichtungen ist dadurch zu klären, daß überprüft wird, ob sich die spezifische Art der Inanspruchnahme (Nutzerkreise, Häufigkeit und Dringlichkeit des Bedarfs) mit den schon erwähnten Leitvorstellungen der günstigen Erreichbarkeit des Kernortes vereinbaren lassen.

Obwohl die verbindliche Normensetzung ein politischer oder gesellschaftlicher Akt ist, zu dem die Wissenschaften nicht autorisiert sind, ist diese Untersuchung insofern normativ, als sie von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien des Landes Hessen sowie von Raumordnungsvorstellungen über die zu schaffenden Naumbereiche bzw. Großgemeinden ausgeht.

Die vorliegende Arbeit genötigt nicht nur wegen ihrer Untersuchungen in konkreten Gebietseinheiten zum Forschungsbereich der Räume und Raumfaktoren untersuchenden Geographie. Auch ihr Untersuchungsgegenstand, die gemeindlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, müssen - wie schon SCHULTZE (173), S. 247 darlegte - als wichtige "raumwirksame Aktivitäten" oder "Landschaftsbildner" angesehen werden. Die Absicht, mit den Ergebnissen der Verwaltungs- und Planungspraxis erste Entscheidungshilfen zu geben, sowie der normative Grundzug dieser Arbeit stehen in Einklang mit dem von KÜHN (108), S. 5 bezeichneten Wesen der Angewandten Geographie als einer "pragmatisch-normativen Wissenschaft", die "dem Leben, der Praxis dient, von Wertauffassungen ausgeht und Wertsetzungen erstrebt".

B. Überlegungen zur allgemeinen Kennzeichnung der Einrichtungen

1. Funktion der Daseinsvorsorge

a) Begriffsbestimmung

Die öffentliche Daseinsvorsorge, auch Leistungs-, darreichende-, schlichte (Hoheits-)Verwaltung genannt, ist neben der Eingriffs- oder Ordnungsverwaltung und der fiskalischen Administration Teil der öffentlichen Verwaltung, die mit BLAUM(8), S.666 als "die planmäßige Tätigkeit der Behörden zur Befriedigung von Bedürfnissen der staatlichen oder örtlichen Gemeinschaft" definiert werden kann. Die Daseinsvorsorge soll hier weit gefaßt werden, also auch die heute mitunter schon gesondert aufgeführte Betreuungsverwaltung einschließen.

Zum Wesenszug des Begriffs "Daseinsvorsorge", den FORSTHOFF 1938 in die staats- und verwaltungsrechtliche Literatur einführte, lassen sich auch einige Merkmale des verwandten Terminus "Infrastruktur" heranziehen, wenn man mit letzterem zunächst das Ergebnis des in einem Raum konkretisierten Mitteleinsatzes der erstgenannten Tätigkeit verstehen will, d.h. wenn man die Infrastruktur im Sinne BOESLERS(13), S.8 auffaßt als "die Ausstattung eines räumlichen Bereiches -einer Gemeinde oder einer Region- mit öffentlichen Einrichtungen aus Mitteln des Sozialkapitals, die der Sicherung bzw. Erhöhung der Produktivität sowie der Schaffung optimaler Wettbewerbs- und sozialer Lebenschancen dieses Bereichs und seiner Einwohner dienen.

Unter dem Begriff "Daseinsvorsorge" soll in dieser Arbeit verstanden werden: die Gesamtheit der vom Staat und den Selbstverwaltungskörperschaften jedem einzelnen Bürger zur direkten Befriedigung existenzwichtiger Bedürfnisse gewährten Hilfsleistungen, die mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherung und Verbesserung des gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensstandards der Bevölkerung erbracht werden.

Über das Wesen der Daseinsvorsorgeleistungen ist bereits viel geschrieben worden, so daß es hier genügt, sich auf einige notwendige Definitionserläuterungen und auf wenige für den weiteren Verlauf dieser Untersuchung wichtige Gesichtspunkte zu beschränken. Zu diesen gehören vor allem die Kriterien, mit denen die Daseinsvorsorge von den ebenfalls in besonderen Einrichtungen angebotenen

Leistungen der Ordnungsverwaltung geschieden werden können.

In der Begriffsbestimmung wird zwischen dem Zweck und dem Ziel der Leistungsverwaltung unterschieden. Ihre Zweckbestimmung ist die Befriedigung existenzwichtiger und keineswegs nur existenznotwendiger Bedürfnisse der einzelnen, die unter Berücksichtigung der herrschenden Umweltverhältnisse und des bereits erreichten oder des zu erzielenden Lebensstandards politisch bestimmt werden. Nur über diesen Zweck kann letztlich das Ziel einer Stabilisierung oder Erreichung des gewünschten gesamtgesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung erreicht werden, wenn nicht generell mit Benutzungszwang gearbeitet werden soll.

Die darreichende Verwaltung trägt aus zwei Gründen nur den Charakter von Hilfsleistungen. Einmal beschränkt sie sich in der Regel auf die Fälle versagender individueller Selbsthilfepflicht und fehlender oder ungenügender Wirksamkeit nichtöffentlicher Stellen (Subsidiaritätsprinzip). Wie es NIEMEIER (136), Sp. 203 ausdrückt, ist Daseinsvorsorge also "nicht vollständige Versorgung, sondern lediglich Herstellung einer Basis für die Lebensmöglichkeiten des immer noch selbstverantwortlichen Menschen" und soll auch in der Zukunft "nur ein Rahmen sein für die so weit wie möglich zu erhaltenden freien wirtschaftlichen, sozialen und sozialkulturellen Kräfte". Ist bei der Daseinsvorsorge die Tätigkeit von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen, freizeitmeynnützigen Trägern (Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Verbände, Vereine, Genossenschaften, Gemeinschaften usw.) möglich und sogar erwünscht, so ist die Ordnungsaufgabe alleinige Domäne der öffentlichen Hände.

Zum anderen sind die Tätigkeiten der sozialen Verwaltung auch insofern als Hilfsleistungen anzusehen, als das Individuum beim Vorgang der Bedürfnisbefriedigung selbst Aktivitäten entfalten muß, die von aussen wohl niemals ersetzt werden können, also beispielsweise beim eigentlichen Lern- oder Arbeitsprozeß, der sportlichen Betätigung etc. Es ist anzunehmen, daß KRAFT (102), S. 18 das gleiche meint, wenn er der Infrastruktur nur die Erfüllung von Aufgaben zuilligt, "die vom Subjekt her als Nebenfunktionen anzusehen sind."

Empfänger und Nutznießer der Daseinsvorsorge ist jeder einzelne Bürger, wenn sich auch im Sinne einer zweckmäßigen Inanspruchnahme bei einigen Leistungsarten einschränkende Bestimmungen finden, die die nutzungsberechtigten oder -pflichtigen Bevölkerungskreise festlegen. Hingegen liegt die Hauptaufgabe der Ordnungsverwaltung darin, für ein geregeltes Zusammenleben der Gesamtbevölkerung zu sorgen. Die Leistungen gelten daher primär dem sozialen Ganzen und für den einzelnen werden diese Institutionen nur tätig, wenn zugleich dieses Zusammenleben gefährdet ist, wenn z. B. eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt.

Von großer Bedeutung ist die direkte Wirksamkeit der Daseinsvorsorgeleistungen, die besonders von FORSTHOFF(48), S. 323 hervorgehoben wird und der auch TUREGG-KRAUS(192), S. 23 in ihrer kurzen Definition der Leistungsverwaltung große Bedeutung zu messen, wenn sie sagen, daß sie die Tätigkeit sei, "die dem einzelnen unmittelbar Leistungen und Vorteile zuwendet". Mit diesem Kriterium können solche öffentlichen Aktivitäten aus der Betrachtung ausgeklammert werden, die vorwiegend im Eigeninteresse der politischen Leitung und der Administration erbracht werden oder die der Bevölkerung nur indirekt Nutzen zu stiften vermögen.

Die darreichende Verwaltung ist in der Lage, die materiellen und immateriellen Existenzgrundlagen des einzelnen nicht nur zu sichern, sondern auch zu verbessern. Diese öffentlichen Leistungen sind also echte Förderungsmaßnahmen. Wenn FORSTHOFF(48), S. 323 und TUREGG-KRAUS(192), S. 23 nur sehr allgemein von einer Vorteilgewährung sprechen, so kann diese relativierende Aussage sicher im Sinne einer Verbesserung der individuellen Lebensverhältnisse gegenüber dem Zustand vor der Leistungsanspruchnahme interpretiert werden. Würde der Ausdruck dagegen lediglich im Bedeutungsgehalt eines Gewinnes ausgelegt, den Leistungsnutzer gegenüber Leistungsverzichter erzielen, so läge nur eine Trivialerkenntnis vor, zumal -insgesamt gesehen- für die Angebotsseite eine objektive Nutzenstiftung und für die Konsumenten- seite die (inter-)subjektive Gewinnerzielung maßgeblich sein dürfte.

Demgegenüber handelt es sich bei den Maßnahmen der Ordnungsverwaltung, für die bei dem einzelnen Bürger ein Bedürfnis besteht (z. B.: Feuer- und Polizeischutz) nur um bestandserhaltende,

sichernde und schützende Tätigkeiten. Obwohl diese eine wichtige Voraussetzung für die Existenz und die Lebensgestaltung des einzelnen sind, wirken sie sich dennoch nur ermöglichend, nicht aber unterstützend auf seine Selbstentfaltung und damit verbessernd auf seine Existenzgrundlagen aus. Die oben genannten Aufgaben, die der klassischen Ordnungsverwaltung (der Gefahrenabwehr und dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) angehören, sind nur befähigt, Leben, Gesundheit, Güter eventuell Rechte der Einzelpersonen vorbeugend zu schützen und in Notfällen die Schäden so gering wie möglich zu halten.

Die Frage möglicher Zwangsmaßnahmen soll hier nicht zur Unterscheidung von Einrichtungen der Leistungs- und Ordnungsverwaltung herangezogen werden. Zwar tritt letztere kraft ihrer Hoheitsbefugnisse dem Bürger mit einer ungleich größeren Vielfalt von Forderungen nach normgerechtem Verhalten, lenkenden und repressiven Maßnahmen gegenüber, doch zeigt auch die Daseinsvorsorge in einzelnen Bereichen unverkennbar ähnliche normative Züge (z.B. Volksschulbesuchszwang, Anschluß- und Benutzungszwang, Straßenanliegerbeiträge, Satzungsbestimmungen der Einrichtungen u.ä.), die einer klaren Scheidung zwischen Leistungs- und Ordnungsverwaltung im Wege sind. Für eine solche reichen überdies die schon genannten übrigen Kriterien aus.

b) Bezeichnung zugehöriger Einrichtungen

In Anlehnung an MUNTZKE-SCHLEMPF (134), S. 385 könnte der Begriff "öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge" i.w.S. definiert werden als:

die vom Staat und den Selbstverwaltungskörperschaften zum Zweck einer direkten Befriedigung existenzwichtiger Bedürfnisse dem einzelnen Bürger dauernd oder vorübergehend Hilfsleistungen erbringenden

a) Anlagen, die im Rahmen des Widmungszwecks jedermann ohne besondere Zulassung offenstehen (öffentliche Sachen in Gemeingebrauch) und

b) Personen- und Sachgesamtheiten, die aufgrund einer Zulassung von jedermann oder von einzelnen Personenkreisen nach den Vorschriften einer bestimmten Ordnung benutzt werden können oder müssen (Anstalten, öffentliche Einrichtungen i.e.S.).

welche mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherung und Verbesserung des gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensstandards der Bevölkerung vorgehalten werden.

In diesem Begriff sind die ebenfalls zu den öffentlichen Einrichtungen gehörenden Verwaltungseinrichtungen oder Dienststellen nicht enthalten. Es sind dies die nur den Bediensteten zur Erledigung ihrer Amtsgeschäfte dienenden Verwaltungsgebäude, Büroausstattungen und Dienstfahrzeuge. Obwohl diese Dienststellen nach MUNTZKE-SCHLEMPF(134), S. 393 "nach allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen ohne besondere Widmung jedermann offenstehen", kommen nur die in ihnen erbrachten Dienstleistungen der Bevölkerung zugute, und von diesen dient wiederum nur ein kleiner Teil der direkten Bedürfnisbefriedigung der Bürger.

Nach den Ausführungen dieses und des vorangegangenen Kapitels gehören folgende Einrichtungen nicht zu denen der Daseinsvorsorge:

- a) die Dienststellen der kommunalen Vollzugspolizei, die zum klassischen Zweig der Ordnungsverwaltung zählen. Ihre Funktion ist die Gefahrenabwehr, die -wie es §1(1) des hessischen Gesetzes über die Sicherheit und Ordnung (HSOG) vom 17.12.1964 (GVBl. S. 209) ausdrückt- darin besteht, "die im Rahmen der geltenden Gesetze nach pflichtgemäßen Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder den einzelnen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht wird." Die Trägerschaft solcher Einrichtungen liegt ausschließlich in öffentlichen Händen, und die dem Schutzbedürfnis des Bürgers zugutekommenden Tätigkeiten dienen -soweit möglich- nur der Erhaltung seines Lebens, seiner Gesundheit und seines Besitztums.
- b) die Feuerschutzeinrichtungen: Sie haben gemäß §2 des hessischen Brandschutzgesetzes (BrSG) vom 19.5.1951 (GVBl. S. 30) und §1 des Gesetzentwurfes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandschutzhilfeleistungsgesetz = BrSHG) vom 6.2.1970 die Aufgaben der Brandbekämpfung (abwehrender Brandschutz), der Brandbekämpfung (vorbeugender Brandschutz) und der Hilfeleistungen in Not- und Unglücksfällen (Katastrophen- und technische Unfallhilfe). Auch diese Dienste bieten dem einzelnen keine Verbesserung seines Besitzstandes i.w.S. Aufgrund dieser Tatsache sollen die Feuerwehreinrichtungen der Ordnungsverwaltung zugeordnet werden, auch wenn §8 BrSG und §§24 und 25 BrSHG in besonderen Fällen die Errichtung privater Werks- und Betriebsfeuerwehren vorsehen, die auch noch zu Einsätzen in öffentlichen Angelegenheiten verpflichtet werden können.

c) die Friedhöfe: Wenn gleich aus der gemeindlichen Pflichtaufgabe gemäß §1 des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen vom 17.12.1964 (GVBl. S. 225) nach HURST(80), S. 889 "noch nicht die Verpflichtung der Gemeinden (folgt), die Kirchen aus dem Gebiet des Friedhofwesens auszuschalten und auf diesem Gebiet allein tätig zu werden", so sind die Friedhöfe dennoch als eine Ordnungsangelegenheit aufzufassen, deren Anlage in erster Linie aus hygienischen und gesundheitspolizeilichen Gründen notwendig ist, was auch im generellen Friedhofszwang nach §4 des o.g. Gesetzes zum Ausdruck kommt.

d) die Gemeindeverwaltung, weil -wie schon angedeutet- die dazu notwendigen Gebäude und Geräte als Dienststellen nur den Beamten und Angestellten in ihrer Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen, zahlreiche Tätigkeiten -so insbesondere im Bereich der Auftragsangelegenheiten- Ordnungscharakter tragen, viele Leistungen im Selbstverwaltungssektor dem Bürger nur mittelbare Vorteile gewähren, oft nur notwendige Maßnahmen für die sich daran anschließenden Wirksamkeiten der Daseinsvorsorge (z.B. Planungsüberlegungen) darstellen. Eine Reihe von Arbeiten, die beim Bürger eine direkte Verbesserung der Lebensbedingungen bewirken, sind nur Verwaltungsakte, die darin bestehen, Anstalten der Daseinsvorsorge zur Aufnahme ihrer nachhaltigen Hilfsmaßnahmen zu veranlassen.

c) Verhältnis zu Infrastruktur und Sozialkosten

Die noch nicht völlig abgeklärten Ausdrücke "Infrastruktur" oder "Grundausrüstung" werden in der politischen und sogar wissenschaftlichen Diskussion oftmals als Synonyme für die Gesamtheit der Einrichtungen der Daseinsvorsorge eines Gebietes verwendet. Dies erscheint aber aus mehreren Gründen nicht ratsam:

Wird einmal von den einseitig ökonomisch aufgefaßten Definitionen WIELS(211) und JOCHIMSENS(80) abgesehen, so müssen die Begriffe Infrastruktur und Grundausrüstung als innhaltsärmer (geringere Intension) und damit umfangreicher (größere Extension) angesehen werden als die Zusammenfassung der Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Dadurch, daß in der Begriffsbildung Infrastruktur BOESLERs(13) darauf verzichtet wird, die direkte Wirksamkeit

der Leistungen für die einzelnen Personen und Betriebe als Merkmal mit aufzunehmen, sind auch solche Einrichtungen enthalten, die der Bewältigung von Ordnungsfunktionen dienen und solche, die der Bevölkerung nur indirekt von Nutzen sind. Auch müssen die Institutionen der Rechtsprechung mit einbezogen werden, die ja dem Prinzip der Gewaltenteilung gemäß, nicht zu den Verwaltungsaufgaben rechnen.

KRAFT(100), S.9 definiert als Grundausrüstung "alles, was zum Zweck der Begründung eines angemessenen zivilisatorischen Niveaus von öffentlicher Seite oder quasi-öffentlichen Einrichtungen geschaffen wird, um den Gemeinbedarf zu befriedigen." Dieser Terminus ist durch die zusätzliche Aufnahme der "quasi-öffentlichen Einrichtungen" noch weiter gefaßt, gewährt dadurch einen noch größeren operativen Spielraum, wird aber an seinen Rändern außerordentlich unscharf.

Auch in formaler Hinsicht ist der Ausdruck Daseinsvorsorge anders aufzufassen als die Begriffe Infrastruktur und Grundausrüstung. Es dürfte KRAFT(102) zustimmen sein, wenn er den eindeutig funktional und mit dem Merkmal Sozialkapital meßbar operational definierten Terminus Infrastruktur ganzheitlich als einen Gattungsbegriff von hohem Abstraktionsgrad ansieht. Dies entspricht seiner Absicht, dem politisch-ökonomischen Kalkül ein einheitliches Instrument an die Hand zu geben, das zwischen den vielfältigen Einrichtungsarten quantitative Vergleiche, Additionen und Bilanzierungen von Bedarf und Leistung erlaubt. Demgegenüber muß eine Arbeit, deren Ziel es ist, bei vorgegebenem Träger und Standort eine bedarfs- und betriebsgerechte Auswahl der Einrichtungen zu treffen, gerade dieser Unterschiedlichkeit Rechnung tragen. Diesem Vornaben gemäß, ist der hier gewählte Ausdruck, der die Züge eines aus der Zusammenfassung entstandenen, stark realitätsbezogenen und nach beliebigen Gesichtspunkten in unterteilbaren Kollektivbegriffs trägt - oder besser - wegen der nicht eben vielen gemeinsamen Merkmale der Einrichtungen, die Züge eines Inbegriffs.

Noch stärkere Unterschiede bestehen zwischen den Begriffen Daseinsvorsorge und Sozialkosten, wenn unter den "social costs", Sozial- oder Gesellschaftskosten diejenigen der erforderlich werdenden finanziellen Aufwendungen verstanden werden sollen, die den öffentlichen Händen oder Dritten aus der Tätigkeit wirtschaftlicher Betriebe erwachsen.

Sind die Aktivitäten der Leistungsverwaltung ihrem Wesen nach hauptsächlich als mit unterschiedlich starkem Personaleinsatz zu betreibende Dienstleistungen anzusehen(Flächen-, Raum-, Güterbereitstellung, Materialbeseitigung, Belehrung, Beratung, Pflege usw.),so handelt es sich bei den Sozialkosten um notwendigerweise zu erbringende finanzielle Beträge, die bei der Daseinsvorsorge nur im Gebiet der Betreuungsverwaltung ein großes Ausmaß annehmen. Letztere sind jedoch dadurch, daß sie unmittelbar in die Hände bestimmter Bevölkerungsgruppen gelangen, verschieden von denen der social costs, die dem Bürger indirekt in Gestalt vielfältiger hygienischer, sozialer und ähnlicher Maßnahmen von Nutzen sind. Resultieren die Gemeinschaftskosten aus vorhandenen oder erwünschten Wirtschaftsbetrieben, deren Aktivitäten die erstrebten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung mindern oder zukünftig verbessern sollen, so folgen die Daseinsvorsorgeleistungen aus den allgemeinen Veränderungen der Umweltverhältnisse, des Lebensstandards und -um ein Wort FORSTHOFFs(47) zu gebrauchen- der Verringerung des "beherrschten Lebensraumes",welche dem einzelnen nicht mehr gestatten, sich aus eigener Kraft jene wünschenswerten Existenzbedingungen zu schaffen.

Gemeinsamkeiten zwischen Sozialkosten und Daseinsvorsorge finden sich in der Trägerschaft(Allgemeinheit) und im Nutzen der Leistungen, die der Bevölkerung und den Betrieben förderlich sind, obwohl zumindestens bei der schlichten Verwaltung die direkte Vorteilgewährung für den Bürger klar im Vordergrund steht. Bei den social costs kommen dagegen im Bereich der freiwillig oder mit Vorbedacht übernommenen Kosten stärker die Absichten einer gemeindlichen oder regionalen Wirtschaftsförderung zum Tragen, die sich erst mittelbar günstig für die Bevölkerung auswirken können (Wohlstandsmehrung).

Eine Gruppe von Gemeinschaftskosten,die bei KAPP(92) unberücksichtigt bleibt, sind Ausgaben für Daseinsvorsorge-Einrichtungen, wobei jedoch eine quantitative Abgrenzung gegenüber den Aufwendungen, die durch eine Zunahme der Einwohnerzahl oder anderweitiger Bedarfssteigerungen der Bevölkerung erforderlich werden, oftmals reichlich schwer wenn nicht gar unmöglich ist. Auch in den Einrichtungen der Leistungsverwaltung stecken Aufwendungen von Sozialkosten, die von der Öffentlichkeit zielbewußt übernommen

werden (z.B. Erschließungsanlagen) und solche Ausgaben, die der Beseitigung betriebsverursachter Schäden dienen, Folgekosten also, die von EVERS(38), Sp.1787 als "traditionsgemäß, unbewußt oder notgedrungen aus einem öffentlichen Haushalts bestritten" bezeichnet werden. Hierzu gehören beispielsweise Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Sozialhilfe und der Wasserreinigung. Abgesehen von den Unterschieden im Dienstleistungs- bzw. Kostencharakter sind Daseinsvorsorge und Sozialkosten interferierende Begriffe, deren gemeinsame Elemente die von den Wirtschaftsbetrieben veranlaßten Teile der Daseinsvorsorgeleistungen sind.

2. Trägerschaft künftiger Großgemeinden

Sind auch die heutigen Gesetze des Verwaltungsrechts noch nicht den besonderen Gegebenheiten der zu schaffenden neuen kreisangehörigen Gemeinden angepaßt worden, so steht jedoch fest, daß die meisten der bislang wirksamen Grundsätze auch für diese erstrebten Gebietseinheiten weitemhin Gültigkeit besitzen werden.

Es sollen daher aus der Gemeindeordnung und den Spezialgesetzen jene mit dem Konzept der Großgemeinde vereinbaren Prinzipien herausgearbeitet werden, die die gemeindliche Aufgabe der Daseinsvorsorge am besten bestimmen.

Der Wahl des Untersuchungsgebietes gemäß, werden also neben den bundeseinheitlichen Regelungen die rechtlichen Bestimmungen des Landes Hessen heranzuziehen sein.

a) Grundsätze der hessischen Gemeindeordnung

Die hessische Gemeindeordnung (HGO) vom 25.2.1952 i.d.F. vom 1.7.1960 (GVBl. S. 103) enthält folgende allgemeine Bestimmungen über die Art und die Bedingungen der zu erstellenden öffentlichen Einrichtungen:

"Die Gemeinde hat die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen." Mit diesen Worten des §19(1) ist für die Gemeinde eine über die allgemeine Generalklausel der Universalität (Allzuständigkeit) und Totalität (Ausschließlichkeit) ihres Wirkungskreises gemäß §2 HGO hinausgehende gesetzliche Pflichtaufgabe zur Daseinsvorsorge im Selbstverwaltungsbereich ausgesprochen, zu deren Erfüllung die Kommunen im Wege der staatlichen Aufsicht entsprechend §§11 und 135ff HGO gezwungen werden können. Diese Bereitstellungspflicht ist jedoch in mehrfacher Weise eingeschränkt:

- a) Es werden nur solche notwendigen Einrichtungen gefordert, die nicht ausdrücklich durch Gesetz anderen öffentlichen Körperschaften vorbehalten sind (Begrenzung der gemeindlichen Allzuständigkeit).
- b) Bei der Erstellung der erforderlichen Einrichtungen ist die Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Bezug auf ihre Finanz- und Veranstaltungskraft zu berücksichtigen. Dies geschieht im Interesse der Gesunderhaltung der Finanzen und der Leistungskraft der Abgabepflichtigen gemäß §10 HGO.

- c) Die gemeindliche Pflichtigkeit begründet kein subjektives Recht Dritter(z.B. Bürger, Unternehmen) auf Leistungserstellung, sondern gilt nur gegenüber dem Staat. Die Bürger, Forensen und juristischen Personen(vereinigungen) haben nach §20 nur das Recht auf Teilnahme an den schon vorhandenen öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Vorschriften(Benutzungsordnungen der Einrichtungen) sowie die Pflicht, die diesbezüglichen Gemeindelasten zu tragen.

Ein weiterer, wenn auch indirekter Hinweis auf anzubietende Einrichtungen findet sich in den Vorschriften über den Vermögenserwerb, in dem es heißt: "Die Gemeinde soll Vermögensgegenstände erwerben, soweit sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind oder in absehbarer Zeit erforderlich werden."

Für die wirtschaftlichen Unternehmen werden -wie dies aus §98(1) hervorgeht- die Bedingungen noch einmal wiederholt und weiter ausgelegt, um die Gemeinden vor unerwünschten Risiken und Konkurrenzkämpfen mit der Privatwirtschaft zu bewahren. "Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen errichten oder wesentlich erweitern, wenn

- a) der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt." Hierbei muß die Einrichtung diesem Zweck unmittelbar dienen, nicht nur indirekt über den Umweg einer Gewinnabführung an die Gemeindekasse.
- b) "das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht".

Die Bedarfsklausel steht in Einklang mit dem in §103 HGO genannten Rentabilitätsgrundsatz, gemeindlicher Wirtschaftsunternehmen, weil sie dazu dient, unnötige Ausgaben zu vermeiden. Bei den Postulaten in §98(1) fällt der Verzicht auf das noch in §67 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935(RGBI. I. S. 49) enthaltene Subsidiaritätsprinzip auf, welches den Gemeinden solche wirtschaftlichen Unternehmen versagte, deren Zwecke besser oder wirtschaftlicher durch einen anderen Träger erfüllt werden.

Aus diesen absichtlich auf jede Enumeration von Einrichtungen verzichtenden allgemein gehaltenen Formulierungen ist jedoch zu entnehmen, daß die als "erforderlich" angesehenen kommunalen Anlagen und Anstalten allgemein durch den sich immer stärker nivellierenden Leistungsbedarf bestimmt werden soll. Es ist jedoch

nichts darüber ausgesagt, wie groß dieser sein muß, um eine gemeindliche Deckungspflicht entstehen zu lassen.

Über die Wirksamkeit der wesentlich variableren kommunalen Leistungsfähigkeit, die eine gemeindliche Aktivität zwangsläufig begrenzt, wird letztlich nur im Einzelfall zu entscheiden sein.

Es gilt jetzt noch festzustellen, wie weit die die Betriebs- und Wirtschaftsführung der Einrichtungen~~n~~ regelnden Bestimmungen der HGO die gemeindlichen Aufgaben näher festlegen.

Die in §92(2) ausgeführten Verwaltungsgrundsätze für das Gemeindevermögen sind für alle kommunalen Einrichtungen gültig: "Das Gemeindevermögen ist pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten. Mit möglichst wenig Kosten soll es den bestmöglichen Ertrag bringen." In §98(2b) wird schließlich nochmals betont, daß auch die nichtwirtschaftlichen Einrichtungen "nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten" sind. Zu diesen nichtwirtschaftlichen Anlagen und Anstalten zählen:

- a) "Unternehmen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist" und
- b) "Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, der körperlichen Ertüchtigung, der Gesundheitspflege einschließlich der Einrichtungen zur Wasserversorgung und zur Ableitung von Abwässern, der Kranken- und Wohlfahrtspflege."

Die ökonomischen Grundsätze wirtschaftlicher Unternehmen der Gemeinden sind in §103 zusammengefaßt. Diese Einrichtungen "sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinden abwerfen, soweit das mit ihrer Aufgabe der Erfüllung öffentlicher Bedürfnisse in Einklang zu bringen ist. Der Ertrag... soll so hoch sein, daß die für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Erweiterungs- und sonstigen offenen Rücklagen gebildet und eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt werden."

Diese Wirtschaftlichkeitsforderungen dürften nun nicht nur für schon bestehende, sondern auch für zukünftig zu errichtende Einrichtungen anwendbar sein. Das bedeutet, daß für die Gemeinden nur solche Anlagen und Anstalten in Betracht kommen, die sie auch wirtschaftlich zu führen vermögen. Zu einer solchen wirtschaftlichen Betriebsführung gehört notwendigerweise auch die Auslastung der erforderlichen Einrichtungskapazitäten durch den auftretenden Bedarf, um nicht den öffentlichen Haushalt bzw. die

Abgabe- und Entzelpflichtigen ungebührlich zu belasten. Hiermit wäre zugleich der erforderliche Bedarfsumfang bestimmbar, der die gemeindliche Deckungspflicht entstehen läßt.

b) Sondergesetzliche Regelungen

Die hessische Gemeindeordnung erteilt nur sehr allgemeine Ausführungen über die von den Gemeinden zu erstellenden Einrichtungen. Daher sind jetzt die Spezialgesetze des Verwaltungsrechts daraufhin zu untersuchen, für welche der eingangs zusammengestellten Anlagen und Anstalten eine Trägerschaft kreisangehöriger Gemeinden vorgesehen ist.

Nach §5(2) Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23.6.1960 (BGBl. I. S. 741) sind bei Bedarf im Flächennutzungsplan u.a. die "der Allgemeinheit dienenden baulichen Anlagen und Einrichtungen, wie... Schulen ... kulturelle und sonstige öffentliche Gebäude und Einrichtungen (Gemeinbedarf); die Flächen für den überörtlichen Verkehr...; die Sport-, Spiel- und Badeplätze..." darzustellen. Unter Bezug auf die Ausführungen der Gemeindeordnungen folgt die gemeindliche Aufgabe, diese Einrichtungen bereitzustellen, daraus, daß nach §1(4,5) BBauG die Bauleitpläne "sich nach den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung, ihrer Sicherheit und Gesundheit zu richten" sowie "die Bedürfnisse der Wirtschaft... der Jugendförderung, des Verkehrs zu beachten" haben und daraus, daß gemäß §2(1) BBauG die Bauleitpläne von den Gemeinden in eigener Verantwortung aufzustellen sind, sobald und soweit es erforderlich ist.

In der Frage der Trägerschaft allgemeinbildender Schulen hieß es noch in §10 des hessischen Gesetzes über die Unterhaltung und Verwaltung öffentlicher Schulen und die Schulaufsicht (Schulverwaltungsgesetz - SchVG) vom 28.6.1961 (GVBl. S. 87): "Träger der Volksschulen und der mit Volksschulen verbundenen Realschulen (Mittelschulzüge) sind die Gemeinden. Vorklassen sind Bestandteile der Volksschulen... Träger der Realschulen (Mittelschulen) sind die Gemeinden. Der Minister für Erziehung und Volksbildung kann genehmigen, daß ein Landkreis die Trägerschaft übernimmt. Landkreise und kreisfreie Städte sind Träger... von Gymnasien." Dagegen haben sich die Bestimmungen in der neuen Fassung des Schulverwaltungsgesetzes vom 30.5.1969 (GVBl. I. S. 88) fast völlig zu Lasten der Landkreise und kreisfreien Städte verschoben. In §14 wird dort ausgeführt: "Träger der Grundschulen, der Hauptschulen, der Realschulen, ... der Gymnasien... sowie der Gesamt-

schulen sind die kreisfreien Städte und Landkreise. Der Kultusminister kann im Einvernehmen mit dem Minister des Innern genehmigen, daß kreisangehörige Gemeinden, welche die für die Einrichtung und Unterhaltung dieser Schulen erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, die Trägerschaft übernehmen, wenn dies mit einer zweckmäßigen Organisation des Schulwesens im regionalen Bereich zu vereinbaren ist."

Die Volksschulen fallen ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der kreisfreien Städte und Landkreise. Das Gesetz über Volksschulen vom 12.5.1970 (GVBl.I.S.341) drückt in den §§4(1) und 5 klar eine derartige Verpflichtung der großen kommunalen Gebietskörperschaften aus, ohne aber diesmal den leistungsfähigen kreisangehörigen Gemeinden die Möglichkeit einzuräumen, gleichfalls diese Bildungseinrichtungen vorzunehmen. In den Spezialgesetzen des Bundes und des Landes Hessen wird expressis verbis zwar nichts über eine Kompetenz kreisangehöriger Gemeinden für die hier zu untersuchenden Jugendeinrichtungen ausgesagt, aber im Gesetz über die Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11.8.1961 (BGBl.I.S.1205) findet sich ein indirekter Hinweis darauf, daß diese Kommunen zu einer Mitarbeit veranlaßt bzw. bewegt werden können: Die von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu unterhaltenden Jugendämter haben gemäß §5(1) JWG u.a. die Aufgabe, "die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen" und nach §5(3) "unter Berücksichtigung der verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung darauf hinzuwirken, daß die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen ausreichend zur Verfügung stehen." Die Anregung resp. das Hinwirken kann gleichermaßen an die Adresse der verschiedenen Träger der freien Jugendhilfe wie an die der kreisgebundenen Gemeinden gerichtet sein. Für die im Rahmen dieser Arbeit interessierenden Alteinrichtungen und Gemeindeschwesternstationen sind das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30.6.1961 (BGBl.I.S.815) und die dazu von den Ländern herausgegebenen Ausführungsbestimmungen maßgeblich, im Untersuchungsgebiet also das hessische Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz (HAG/BSHG) vom 28.7.1962 (GVBl.I.S.273): In §96(1) BSHG und §1 HAG/BSHG werden die kreisfreien Städte und Landkreise als örtliche Träger der Sozialhilfe bezeichnet,

die ihre Aufgabe als Selbstverwaltungsangelegenheit durchführen. Das hessische Ausführungsgesetz sieht darüber hinaus aber auch eindeutig eine Übernahme solcher Aufgaben durch kreisgebundene Gemeinden vor: In §4(1) wird ausgeführt: "Die Landkreise können auf Antrag kreisangehöriger Gemeinden mit mehr als 7.000 Einwohner bestimmen, daß diese Gemeinden den Landkreisen...obliegende Aufgaben ganz oder teilweise durchführen und dabei selbständig entscheiden. Zur Durchführung aller Aufgaben sollen in der Regel nur Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern herangezogen werden."

Die Sparkassen gehören unbestritten zu den wenn auch genehmigungspflichtigen Einrichtungen, die von größeren Gemeinden des ländlichen Raumes betrieben werden können. Hierzu äußert sich klar §1(2) des hessischen Sparkassengesetzes vom 10.11.1954 i.d.F. vom 2.1.1969 (GVBl. I. S. 15): "Gemeinden, Gemeindeverbände und gemeindliche Zweckverbände können neue Sparkassen errichten. Die Errichtung bedarf der Genehmigung der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde. Die Genehmigung wird im Einvernehmen mit der obersten Kommunalaufsichtsbehörde erteilt..."

Wie die Übersicht zeigt, nennen die sondergesetzlichen Bestimmungen nur für einen kleinen Teil der zu überprüfenden Anlagen und Anstalten ausdrücklich die Trägerschaft kreisangehöriger Gemeinden. Zudem wird in diesen Fällen -von einer Ausnahme abgesehen- keine Auskunft darüber gegeben, wann diese Einrichtungen erforderlich werden, ob sie für die Gemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner infrage kommen. Es wird also nach anderen Möglichkeiten zu suchen sein, um die angemessenen Einrichtungen dieser Gemeindegrößenklasse festzulegen.

c) Bewertung wissenschaftlicher Kriterien

Für das Konzept der Kleinstgemeinden wurden von den Kommunalwissenschaften einige Merkmale zur Bestimmung adäquater Gemeindeaufgaben vorgebracht, die mehr oder weniger aus den Gemeindeordnungen und den sie ergänzenden Bestimmungen (Eigenbetriebs-, Gemeindehaushaltsverordnung) abgeleitet sind. Es ist jetzt zu prüfen, inwieweit diese die in der LGO enthaltenen Hauptgesichtspunkte (Erfordernis für die Einwohner, Wirtschaftlichkeit der Verwaltung) genauer auslegen oder inwieweit mit ihnen zusätzlich verwendbare, aussagekräftige Kriterien für eine gemeindliche Aufgabenzumessung genannt werden.

a) Stark differierende örtliche Interessen und Bedürfnisse bezüglich öffentlicher Leistungen oder -wie es TIMM(191), S. 300 ausdrückt- ein "geringer Grad der Gemeinsamkeit der lokalen Vorstellungen vom wünschenswerten Standard der kollektiven Leistungen":

Zu diesen Aufgaben zählt ALBERS(3), S. 81 die Nahverkehrsbetriebe, Badeanstalten, Grünanlagen, Lernbühnenstätten, Museen, Theater, Volkshochschulen, Ortsstraßen, Parkplätze und TIMM(191), S. 300 die Güter und Leistungen der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe, Theater, höhere Schulen, öffentliche Bibliotheken, Einrichtungen der Erwachsenen- und Berufsbildung, Badeanstalten, Park-, Grünanlagen, Sport- und Spielplätze, Gemeindestraßen und Parkplätze.

Die geeignete gemeindliche Trägerschaft für diese Einrichtungen wird damit begründet, daß die Kommunen über eine intimere Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten verfügen und die lokalen Bedürfnisse besser empfinden.

Umgekehrt soll die Gleichartigkeit der Interessen und Bedürfnisse in einem größeren Gebiet bzw. die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung oder Erfüllung eines überörtlichen Standards für eine regionale Aufgabe sprechen, zu der ALBERS(3), S. 79 das Schulwesen, überörtliche Straßen, Verkehrsmittel und TIMM(191) die Polizei, Volksgesundheit, Grundschulausbildung und Fürsorge rechnen.

In einer kritischen Stellungnahme ist zu bemerken: Es ist vollkommen richtig, daß örtliche Unterschiede des Bedarfs und der Zielvorstellungen am besten von den kleinsten Verwaltungseinheiten erkannt und berücksichtigt werden können. Das gilt auch für die aus mehreren Ortschaften bestehenden Großgemeinden, für die das Merkmal insofern auch verwendbar wäre. Leider wird der Bedarf nur auf seine räumliche Differenziertheit hin relativ definiert, nicht aber -wie es für die hier verfolgten Zwecke erforderlich ist- in Bezug auf eine bestimmte Größe, z.B. der Einrichtungen. Eine

Eine Aufgabenzumessung kann außerdem nicht von der Bedarfsseite allein her entschieden werden, sondern immer nur zusammen mit den wirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Bedingungen des Dargebots. Daher sind einige der o.g. Einrichtungen durchaus nicht allgemeinverbindlich als Gemeindeaufgaben anzusprechen, also nicht für kleine und kleinste Kommunen zutreffend, weil deren Leistungsfähigkeit und/oder der in ihnen auftretende Bedarf zu gering sind, um einen einigermaßen wirtschaftlichen Betrieb aufbauen bzw. führen zu können. Das Merkmal bestimmt also nur -unabhängig von jeglicher Gemeinde- und Einrichtungsgröße- die überhaupt infragekommenden kommunalen Aufgaben.

"Andererseits" -so schreibt GÖNNENWEIN(57), S.34- "machen gleiche Bedürfnisse in einer Anzahl von benachbarten Gemeinden eine Angelegenheit noch nicht zu einer überörtlichen", auch nicht zu einer übergemeindlichen im Sinne des Großgemeindekonzepts. Gerade beim Grundbedarf hat sich schon eine weitgehende Angleichung der Bedürfnisse und der Angebotsabsichten in den Gemeinden vollzogen, ohne daß daraus schon notwendigerweise eine regionale Aufgabe erwachsen wäre. Der Wunsch oder das Erfordernis einer einheitlichen Durchführung ist also allein noch kein hinreichender Grund, bestimmte Obliegenheiten in den ausschließlichen Kompetenzbereich übergemeindlicher Träger fallen zu lassen, zumal es rechtlich möglich ist, das Ziel einer qualitativ gleichartigen Versorgung mit Hilfe detaillierter Ausführungsbestimmungen und Richtlinien zu erreichen, wenn die Tätigkeit nicht eben zu einer Auftrags- oder Weisungsaufgabe erklärt werden soll. Beides kann allerdings -wenn es zu häufig geschieht- die in Art.28(2) des Grundgesetzes und in Art. 137 der hessischen Verfassung garantierte Selbstverwaltung in unerwünschter Weise einschränken. Auftragsaufgaben oder -wie es in Hessen gemäß §4 HGO heißt- "Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung" tragen überdies auch nicht zu einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten bei.

Zudem dürfte es große Schwierigkeiten bereiten, den entscheidenden Gemeinsamkeitsgrad zu ermitteln, der die gemeindlichen von den regionalen Aufgaben trennt.

Der Gesichtspunkt ist -insgesamt beurteilt- zu einseitig und unsicher, um damit in befriedigender Weise eine nach Gemeindegrößenklassen differenzierbare Aufgabenbestimmung vornehmen zu können.

b) Fehlende oder geringe sozio-ökonomische Integration und Interdependenz der Gemeinden untereinander:

Dieses in Anlehnung an TIMM(191), S.300 formulierte Merkmal gemeindlicher Aufgaben erscheint schon durch seine Übereinstimmung mit den Äquivalenzprinzip, nach dem die Nutznießer von Leistungen auch zu entsprechenden Gegenleistungen herangezogen werden sollen, berechtigt. Mit der Gebührenentrichtung durch Besucher anderer Gemeinden ist i.d.R. noch keine angemessene Kostenbeteiligung im Sinne dieses Grundsatzes erreicht. Aus diesem Grunde ist die auf WEBER¹⁾ Bezug nehmende Kritik GÖNNENWEINS(57), S.35, "daß eine Aufgabe, die im überörtlichen Zusammenhang erscheinen kann, ihr die Zugehörigkeit zur örtlichen Gemeinschaftspflege noch nicht nimmt," nur dann als gültig anzusehen, wenn diese Zusammenhänge selten sowie in ihren räumlichen Ausdehnungen und Intensitätsgraden sehr beschränkt sind. Einrichtungen, die starke und weitreichende interkommunale Verflechtungen zeigen, wären im öffentlichen Bereich danach Aufgaben von Gemeinde- und Zweckverbänden.

Das Merkmal, das unausgesprochen eine völlige oder weitgehende Angleichung von Leistungsangebot und -nachfrage enthält, ist ohne Zweifel auch für die Aufgabenbestimmung der flächigen Landgemeinden der Zukunft zu benutzen. Mit der quantitativen Übereinstimmung von Einrichtungsleistung und Nachfrage ist zugleich eine klare Antwort auf die in der HGO offen gebliebenen Frage des erforderlichen Bedarfsumfanges gegeben.

Das Kennzeichen erlaubt zudem, die angemessenen Einrichtungen gesondert nach Gemeindegrößenklassen zu spezifizieren, wenngleich auch nur innerhalb reichlich weiter Grenzen, denn die Integrationswerte hängen in starkem Maße von der jeweiligen Betriebsgröße ab, die in ihrer Minimal- und Maximalausführung erhebliche Schwankungsbreiten aufweist. Die Dimensionen der Einrichtungen sind aber in dem Merkmal nicht berücksichtigt. Zudem muß bei den umfangreichen empirisch- vergleichenden Untersuchungen darauf geachtet werden, daß die allgemeinen Schlüsse nur aus solchen Beziehungsfeldern

1) WEBER, W.: Staats- und Selbstverwaltung in der Gegenwart. Göttingen 1953

abgeleitet, die von gut funktionierenden (leistungsfähigen) Anlagen und Anstalten ausgehen.

Das Kennzeichen fehlender oder geringer kommunaler Verflechtungen ist daher nur unter Verwendung dieser grundsätzlichen Faktoren imstande, die gewünschten exakten Aussagen zu machen.

c) Leistungs- und Tragfähigkeit der Gemeinde

Hiernach wären nur diejenigen der öffentlichen Tätigkeiten als Gemeindeaufgaben anzusehen, die von den Kommunen auch tatsächlich getragen werden können, für die also eine ausreichende Finanz-, Verwaltungs- und Veranstaltungskraft vorliegt. Ausreichende eigene finanzielle Mittel und ein qualitativ wie quantitativ hinreichender Personalbestand sind die bekannten Einschränkungen der allgemeinen Bedarfsdeckungspflicht in den Gemeindeordnungen. Sie stellen zweifellos wichtige Voraussetzungen für das effektive Leistungsangebot dar, können aber allein die Gemeindeaufgaben nicht allgemeinverbindlich im Sinne einer möglichst gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung festlegen. Selbst innerhalb der gleichen Gemeindegrößenklasse würde es dabei zu einer beträchtlich unterschiedlichen Bestimmung der kommunalen Pflichten kommen. Deshalb ist zuerst festzustellen, ob überhaupt ein Erfordernis, ein genügender Bedarf zur Leistungserstellung vorliegt. Hierüber wird jedoch in dem Merkmal nichts ausgesagt. Erst dann, wenn diese Frage positiv beantwortet ist, sollte die der Durchführbarkeit geklärt werden.

Die beiden Teilaspekte des ebenfalls nicht allein für die Gemeinden zugeschnittenen Kennzeichens gelten überdies nur begrenzt: die finanzielle Tragfähigkeit nur für den langen Zeitraum, denn kurzfristig kann sie durch Schuldenaufnahme, Zuweisungen usw. zumindestens teilweise außer Kraft gesetzt sein, und der Gesichtspunkt der personellen Leistungsfähigkeit ist in seiner Anwendung schon durch die Inkongruenz zwischen Gemeindegebiet und Einzugsbereich der Arbeitskräfte eingeschränkt.

In der Abhängigkeit von den Einrichtungskosten, dem Haushaltsvolumen, der beruflichen Qualifikation der Bevölkerung, also von

Faktoren, die alle beträchtliche Schwankungsbreiten zeigen, manifestiert sich die starke Relativität der Aussagekraft dieses Kriteriums, die eine eindeutige Aufgabenbestimmung nur im konkreten Einzelfall erlaubt.

d) Auslastung der Mindestkapazitäten der Einrichtungen

Die bisner besprochenen Merkmale haben sich für das Teilziel dieser Arbeit, die Obliegenheiten einer bestimmten Gemeindegröße festzustellen, nicht als brauchbar erwiesen, weil sie einerseits die allgemeinen Gesichtspunkte der HGO nicht in erforderlicher Weise präzisieren, und andererseits durch ihre Einseitigkeiten bzw. vagen Bestimmungskräfte keine besseren oder zusätzlichen Definitionen gemeindlicher Aufgaben bieten.

Das jetzt zu diskutierende Merkmal der Auslastung der Einrichtungsminimalkapazität besagt, daß die Kommunen nur solche Anlagen und Anstalten erstellen und unterhalten sollen, deren betriebsbedingte Mindestgrößen bzw. -leistungsfähigkeiten durch den in ihrem Bereich anfallenden Bedarf ausgelastet werden. Obwohl das Kennzeichen nicht gemeindespezifisch ist, steht es doch nicht nur mit den §§ 19(1) und 92 ff HGO in Einklang, sondern ist sogar aus diesen Bestimmungen ableitbar.

Das Kriterium gestattet zwar nicht, die kommunalen Aufgaben sofort auf den ersten Blick aufzuzählen, erlaubt dafür aber -bei Vornehmden sein einiger spezieller betriebswirtschaftlicher Kenntnisse nach kurzen Überschlagsberechnungen- diese Obliegenheiten recht genau gemeindegrößenweise festzulegen.

Gemeinsamkeiten mit dem Merkmal der fehlenden oder geringen sozioökonomischen Verflechtungen liegen in der die Angebots- und Nachfrageseite umfassenden Komplexität, genauer gesagt, im Gleichgewicht zwischen Leistungsfähigkeit der Einrichtung und Bedarfsumfang und dem daraus resultierenden Fehlen eines über das Gemeindegebiet hinausgehenden Versorgungsbereichs. Dagegen werden die völlig Ungewißheit in der Größe und die vage Funktionstüchtigkeit der Einrichtungen wesentlich exakter durch die den wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Erfordernissen Rechnung tragende Mindestgröße bzw. -kapazität ersetzt. Wenn es auch mitunter Schwierigkeiten bereitet, diese Mindestleistungsfähigkeit genauestens

zu bestimmen, so ist dies ein aufgrund nicht ganz ausreichender Kenntnisse bislang noch nicht vollauf gelöstes fachliches Problem, auf keinen Fall aber eine grundlegende methodische Schwäche. Obwohl das Kriterium nicht ausdrücklich die Tragfähigkeit der Gemeinden in Rechnung stellt, so dürften dafür jedoch -zumindest allgemein gesehen- die besten Voraussetzungen erfüllt sein, weil einmal durch die Auslastung eine hinreichend große Einwohner- und Trägerzahl vorhanden sein dürfte, und zum anderen, weil das in der Einrichtungsgröße berücksichtigte Wirtschaftlichkeitsstreben relativ geringe Prokopf-Kosten entstehen läßt.

Ist das Merkmal auch in erster Linie zugunsten der Einrichtungsträger, d.h. der Gemeinden und ihrer Finanzen postuliert, so dient es jedoch über eine Schonung der Steuer- und Leistungsentgelt-Zahler auch den monetären Interessen der Bürger.

Werden in das Merkmal die Einwohnergrößen der Großgemeinde (Versorgungsbereich) und der Kernsiedlung als Grenzen eingesetzt, die nach den Modellvorstellungen 5-10.000 bzw. mindestens 2.000 E. betragen, so ist es geeignet, die gesamten für diese neuen Verwaltungseinheiten in Betracht kommenden überörtlichen Einrichtungen festzulegen. Es vermag also nach unten die örtlichen Anlagen der Kernsiedlungen und nach oben die wirtschaftlich nur von größeren Gebietseinheiten zu tragenden Folgeeinrichtungen zu eliminieren. Das prinzipiell antagonistische Verhältnis zwischen der auf eine Einrichtungskonzentration zielenden Auslastungsnorm und dem der Bequemlichkeit der Einwohner dienenden und somit eine Dispersion der Leistungen anstrebenden Postulat der günstigen Erreichbarkeit kann am ehesten durch die Wahl der kleinsten, betriebswirtschaftlich vertretbaren Einrichtungskapazitäten überwunden werden.

d) Methodische und arbeitstechnische Bemerkungen zur Ermittlung angemessener Einrichtungen der Großgemeinden

Die im Verhältnis zur Finanz- und Veranstaltungskraft der Landgemeinden überproportional gestiegenen Ansprüche der Bevölkerung nach vermehrten und verbesserten öffentlichen Leistungen erzwangen eine ständige Übernahme dieser Aufgaben durch die Landkreise. Diese Entwicklung muß nach dem kommunalpolitischen Grundsatz der unmittelbaren, bürgernahen Verwaltung oder dem "Prinzip des kleinsten Mittels" Max BAUERS als unerwünscht gelten, vor allem aber

dann, wenn sich diese Versorgungsaufgabe nur über wenige Gemeinden des Kreises erstreckt. Nach einer an der Versorgungsnahbereichsgröße orientierten kommunalen Gebietsreform könnten die künftigen Gemeinden ohne Verringerung des allgemeinen Leistungsniveaus (wieder) einen großen Teil der Grundversorgung bereithalten. Dies würde wesentlich zu einer generell gültigen gemeindlichen Aufgabenbestimmung (Mindestobliegenheiten) und zu einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen den verschiedenen kommunalen Gebietskörperschaften beitragen.

Um jedoch nicht unnötig gegen die Verfassungsgarantien der Allseitigkeit des örtlichen Wirkungskreises gemäß Art. 28(2) des Grundgesetzes, Art. 137 der hessischen Verfassung, § 2 der hessischen Gemeindeordnung und gegen den eben erwähnten Grundsatz der bürgernahen Verwaltung zu verstossen, sollten nur Einrichtungen überörtlichen Charakters auf die neu zu schaffenden Großgemeinden delegiert werden. In solchen von GÖB(56) und WEBER (203) vorgeschlagenen föderativen (Amt oder Samtgemeinden) oder unitarischen Großgemeinden mit Ortschaftsverfassung können und sollen die im Rahmen der heutigen Kleingemeinden- den späteren Ortschaften-zweckmäßig und wirtschaftlich erfüllbaren Aufgaben weiterhin Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft bleiben. Die Zuständigkeit der überörtlichen Landgemeinden neuen Typs beginnt mit Einrichtungen, die nach heutiger Auffassung von den einzelnen kleinen Ortschaften funktionsmäßig und wirtschaftlich nicht mehr in befriedigender Weise vorgehalten werden können, und endet bei solchen Versorgungsleistungen, die in ihrer Reichweite mit dem gemeindlichen Nahbereich zusammenfallen. Diese Obergrenze sollte eingehalten werden, um einerseits nicht gegen das Äquivalenzprinzip zu verstossen, und andererseits nicht unnötig das umständliche Umlagesystem in Anspruch nehmen zu müssen.

Die angemessenen überörtlichen Anlagen und Anstalten der Großgemeinden bzw. Nahbereiche sollen- wie bereits ausgeführt- mit Hilfe des Kriteriums der Auslastung der Einrichtungsmindestkapazität festgestellt werden. Es ist jetzt vonnöten, hierüber noch einige methodische und arbeitstechnische Erläuterungen zu geben.

Unter dem Begriff der Kapazität soll hier nicht nur die rein technische Seite der Leistungsfähigkeit verstanden werden, wie dies

in den meisten betriebswirtschaftlichen Definitionen üblich ist, sondern er soll auch das Betreuungsvermögen des in den Anstalten tätigen Personals mit einschließen.

Um auch die in relativ weit voneinander entfernten kleinen Orten lebende Landbevölkerung möglichst umfassend mit den nach dem heutigen Lebensstandard notwendigen zivilisatorischen und kulturellen Einrichtungen zu versorgen, dürfen diese nur eine möglichst geringe Dimension, d.h. die durch betriebstechnische, organisatorische und kostenwirtschaftliche Gründe bestimmte Mindestgröße und -kapazität aufweisen. Dadurch erfährt das hier gewählte Merkmal zur Bestimmung gemeindlicher Aufgaben im ländlichen Bereich eine zusätzliche Bestätigung.

Aus Gründen günstiger Erreichbarkeit ist die Beschränkung des Leistungsvermögens von besonderem Gewicht für Einrichtungen, die einen starken Besucherstrom auf sich lenken. Hierauf wird aber noch näher in Kapitel 3b einzugehen sein.

Der generelle Bezug auf die geringe Nachfrage in ländlichen Gebieten bedeutet nun keinesfalls schon eine Anpassung der zu erstrebenden einzelnen Leistungsvolumina an den Bedarf der speziellen Nahbereiche und damit eine unzulässige Vorwegnahme dieses Gesichtspunktes, sondern nur eine zusätzliche allgemeine Berücksichtigung der Verhältnisse des ländlichen Raumes. Die Angleichung der Einrichtungsgröße und -kapazität an den Bedarf ist in einem Verfahren, das die angemessenen Anlagen und Anstalten erst in einer quantitativen Gegenüberstellung von Einrichtungsleistung und Nachfrage ermitteln will, nicht erlaubt. Eine derartige Bedarfsanpassung ist indes bei Planungsmassnahmen notwendig, wenn die Nachfrage die Mindestkapazität der Einrichtung schon überschritten hat, sowie bei den wenigen Anlagen mit völlig variabler Größengestaltung. Letztere sind dadurch geeignet, in den örtlichen Aufgabenkreis mit einbezogen zu werden.

Wegen der wesensmäßigen Unterschiedlichkeit der Einrichtungen und den mitunter mangelnden betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und Angaben der Fachdisziplinen ist eine einheitliche Mindestgrößen- und -kapazitätsbemessung der Anlagen und Anstalten nicht durchführbar. So muß diese bei der Besprechung der einzelnen Einrichtungsarten in Teil D dieser Arbeit stets gesondert vorgenommen werden.

Eine allgemeine Bemerkung ist jedoch möglich: In komplexen Einrichtungen, die Dienste und Sachleistungen oder verschiedene voneinander abhängige Personalleistungen zugleich vorhalten, läßt sich die Kapazität durch die Auslastbarkeit des entscheidenden und wenig veränderlichen Betriebselementes bestimmen.

Der Bedarf wird in dieser Untersuchung nur eingeschränkt im Sinne von Nachfrage verwendet. Es wird nur der effektive Teil des Bedarfs berücksichtigt, der in den Einrichtungen selbst aufgrund ausreichender Nutzungsbereitschaft und monetärer Leistungsfähigkeit wirksam ist. In den nach dem Bedarfsdeckungs- und Gemeinwirtschaftlichkeitsprinzip geführten öffentlichen Einrichtungen besitzt der zuletzt genannte Faktor jedoch nicht entfernt die Bedeutung wie in den nach Gewinnmaximierung strebenden privaten Dienstleistungsbetrieben.

In einer Untersuchung, in der nur allgemein festgestellt werden soll, welche Einrichtungen für eine vorgegebene Gemeindegrößenklasse geeignet sind, braucht die Bedarfsermittlung nicht so exakt zu sein, wie bei einer individuellen Planungsberechnung über die richtige Dimensionierung einer Anlage oder Anstalt.

Als Folge der verschiedenartigen Nutzungen (freiwillige- oder obligatorische-, Dauer- oder Kurzzeit-, ausgleichbare- oder wenig regelbare Stoßzeit-Benutzung; Gesamtbevölkerung oder bestimmte Einwohnergruppen als Nutzungsberechtigte/-pflichtige; Einzelpersonen oder schon feststehende Gruppen als Nutzereinheiten) ist eine einheitliche Erfassung der Nachfrage nach einer Standardformel nicht möglich: Bei Einrichtungen, deren Inanspruchnahme durch Einzelpersonen bestimmter Bevölkerungsschichten (Alters- oder Sozialgruppen) gekennzeichnet ist, läßt sich die Zahl der tatsächlichen Benutzer (Nachfrager)-wie dies FISCHER(45), S. 155 dargelegt hat-am besten durch eine gesonderte Erfassung der Einwohnerzahl, des Vonhundert-Anteils der eigentlich Nutzungsberechtigten bzw.-pflichtigen an der Gesamtbevölkerung und des "Beteiligungsgrades", also des Vonhundertsatzes der tatsächlichen Nachfrager an der Zahl der Nutzungsberechtigten(-pflichtigen) ermitteln. Bei Einrichtungen, die praktisch keinerlei Beschränkungen auf bestimmte Personenkreise kennen, die folglich von der gesamten Bevölkerung benutzt werden

können, genügt die Feststellung der Einwohnerzahl und der Beteiligungsquote, deren Basiszahl jetzt allerdings direkt die Gesamtbevölkerung ist. Das gleiche, vereinfachte Verfahren wird nötig, wenn aus Schwierigkeiten in der Datenbeschaffung die Zahl des für die Nutzung vorgesehenen Bevölkerungsanteils unbekannt ist. Bei Anstalten, deren Benutzung obligatorisch ist, entfällt die Erfassung des oben definierten Beteiligungsgrades. Die Auslastungsuntersuchungen der in der Benutzung regelbaren Einrichtungen wird sich auf längere Zeitspannen (z.B. eine Woche) erstrecken, für ausgesprochen wenig regelbare Stoßzeiteinrichtungen ist die Nachfrage in eben diesen kurzen Zeiten der stärksten Inanspruchnahme entscheidend. In Anstalten, deren Nutzung durch längere Dauer bestimmt ist (z.B. die meisten Heime) reicht eine Momentaufnahme der Nachfrage aus, während in Einrichtungen mit Kurzzeitbenutzung der Bedarf wieder in einem längeren Zeitraum (Woche) möglichst unter Berücksichtigung der Häufigkeit des Besuchs und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer je Frequent ermittelt werden sollte. Bei schon vorher bestehenden Gruppen als Nutzereinheiten (wie Vereine), die aufgrund ihrer besonderen Zielsetzungen eine Exklusivität in der Belegung der Einrichtung beanspruchen können, spielt die jeweilige Stärke der Gruppe eine geringere Rolle als die Anzahl solcher Einheiten und ihre Nutzungsgewohnheiten (Dauer und Häufigkeit der Inanspruchnahme je Woche).

Die Einwohnerzahl der Nahbereiche kann leicht aus der gemeindeweise angebotenen Bevölkerungsfortschreibung des statistischen Landesamtes (183) entnommen werden. Größere Schwierigkeiten bereitet hingegen die Erfassung der Nutzungsberechtigten resp. -pflichtigen, weil die dafür notwendigen alters- und sozialstatistischen Ergebnisse des Zensus 1970 noch nicht vorliegen und nur wenige Gemeinden sich in der Lage sahen, gesicherte Auskünfte über die aktuelle Bevölkerungsstruktur zu geben bzw. Einblicke in einschlägige Unterlagen zu gewähren. Die benötigten Werte müssen also aus den Angaben der einzelnen Gemeinden und den Volkszählungsergebnissen des Jahres 1961 ermittelt werden. Die Zahl der tatsächlichen Benutzer sowie die Modalitäten der Inanspruchnahme (Häufigkeit, Dauer) können in den Gemeindeverwaltungen und den schon bestehenden Anlagen und Anstalten mittels Befragung und Beobachtung festgestellt werden.

Da die Nachfrage auch stark von Qualität und Umfang des Angebots abhängt, sind erhebliche Abweichungen vom erstrebten technisch-organisatorischen Standard –wie sie bei älteren Einrichtungen auftreten können–zu berücksichtigen, wenn aus den Bedarfswerten der einzelnen Einrichtungen Schlüsse abgeleitet werden sollen.

Wenn dergleichen Testeinrichtungen in den ausgewählten Nahbereichen zu spärlich vorhanden sind oder gänzlich fehlen, ist beabsichtigt, das Untersuchungsgebiet auf benachbarte Gemeinden auszuweiten. Es ist andererseits verständlich, daß bei der Fülle der zu überprüfenden Einrichtungsarten nicht alle Objekte untersucht werden können, falls diese zu zahlreich vertreten sind.

Die zumeist geringen Größen der Nahbereiche und die dadurch in ihnen auftretenden niedrigen Nachfragewerte stellen kein ernsthaftes Hindernis für die Ermittlung angemessener Einrichtungen auch größerer Einheiten dar. Erstens liegen die vorgefundenen Mindesteinzwohner –Richtwerte für viele Einrichtungsarten weit unter 10.000 Einwohner; zweitens lassen sich wertvolle Ergebnisse über die relative Inanspruchnahme (Beteiligungsgrad) auch in Anlagen und Anstalten gewinnen, die –betriebswirtschaftlich gesehen– subminimale Größen aufweisen, dafür aber auch nur sehr kleine Gebietseinheiten (z.B. einzelne Kleinstgemeinden) zu versorgen haben. In solchen Fällen sind die Mindesteinzwohnerbereiche für Einrichtungen der Minimalgröße auf dem Hochrechnungswege feststellbar. Drittens sind die Nahbereiche heute noch meist nicht mit den tatsächlichen Einzugsbereichen der öffentlichen Grundversorgungs-Einrichtungen identisch. Auch im Untersuchungsgebiet muß in den meisten Fällen mit anderen Funktions- und Basisbereichen (Gemeinden, Gemeindeverbände, gesamter Landkreis) gerechnet werden. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, daß die Erhebungen in den Nahbereichen keine Ergebnisse zeitigen würden. Für eine Reihe von Anlagen und Anstalten mit anderen Einzugsbereichen können durch Untersuchungen über die Herkunft der Benutzer Aussagen über die Nachfrage in den gewählten Nahbereichen gemacht werden.

Die Bedarfsangaben und damit die Einrichtungsvorschläge gelten für die Gegenwart, wenn auch die Ermittlungsdaten in die Jahre der jüngsten Vergangenheit 1967–70 fallen. Nur bei solchen Einrichtungen,

für die ausreichende Materialien über die bisherige Bedarfsentwicklung vorliegen (z.B. Schulen), sollen Prognosen für die nahe Zukunft, d.h.-entsprechend der Einteilung KÜHNs(107)-für das Jahr 1975 vorgenommen werden, bei denen dann auf Trendannahmen der Fachleute über die zukünftige Entwicklung des Beteiligungsgrades zurückzugreifen sein wird.

Es wird also bewußt auf eine an der Konsumentenseite ansetzenden empirischen Bedarfsermittlung verzichtet, die zwar den o.g. Nachteilen entgehen könnte und darüber hinaus in der Lage wäre, den Bedarf auch qualitativ zu erfassen und nach den einzelnen Faktoren zu analysieren, die aber - abgesehen vom Interviewer Bias- die benötigten Nachfragewerte zu verzerren neigt, weil der infolge Zeit-, weniger Geldmangels inaktive, latente Bedarf nicht sicher genug eliminierbar ist. Überdies kann diese Art der Bedarfserkundung schon deswegen nicht durchgeführt werden, weil die große Zahl der Einrichtungsarten zu derart umfangreichen Befragungen zwänge, die allein im Rahmen dieser Untersuchung nicht zu bewältigen wären.

3. Zentralörtliche Lage im Nahbereich

a) Zweckmäßigkeitsgründe einer Zentralisation von Einrichtungen

In der Einleitung wurde behauptet, daß die ländlichen Kernsiedlungen die geeigneten Standorte für eine Reihe von Einrichtungen der Daseinsvorsorge seien, die der Deckung des alltäglichen oder kurzfristigen Bedarfs dienen. HÜBLER(79), S.4 schreibt sogar: "Alle Einrichtungen aber, die in einer Gemeinde des Nahbereichs nicht allein getragen werden können, müssen -soweit sie neu errichtet oder erneuert werden sollen- in den zentralen Orten Platz finden." Eine entsprechende Stellungnahme findet sich auch im Ersten Bericht über Raumordnung vom 1.10.1963(35), S.25: "Den Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung -auch zentrale Orte oder Kernsiedlungen bezeichnet- kommt eine entscheidende Funktion in den kleinen und großen Siedlungsräumen zu. In diesen zentralen Orten müssen alle jene öffentlichen Einrichtungen, die zur Versorgung einer größeren Anzahl von Gemeinden und ihrer Bevölkerung notwendig sind, vorhanden sein." Dagegen vertritt v.d.HEIDE(69), S.212 die Auffassung: "Es gibt keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen den zentralen Aufgaben für den Nahbereich und dem Standort für die Erstellung der Aufgaben im zentralen Ort selber. Ausschlaggebend ist vielmehr die durch die Regional- und Bauleitplanung festgelegte Gesamtordnung des Nahbereiches." Eine vermittelnde Stellung nehmen in dieser Frage ISBARY(81), und FISCHER(44) ein. Letzterer führt auf S.19 aus: "Die wachsende Vielseitigkeit in dem strukturellen Aufbau des Nahbereichs, läßt deutlich erkennen, daß der zentrale Ort nicht als der räumliche Konzentrationspunkt sämtlicher Daseinsfunktionen aufzufassen ist und daß es daher grundsätzlich falsch wäre, alle Aktivitäten eines sozialökonomischen Kleinstraumes im zentralen Ort konzentrieren zu wollen. Es gibt nämlich eine Reihe von Folgeeinrichtungen, die ihren Standort nicht im Kern benötigen, ja dort nicht haben sollten." FISCHER bezeichnet die "strukturellen Gegebenheiten" des Nahbereichs (Belegenheit der "Wohn- und Arbeitsgebiete", Verkehrslage) als die wichtigsten standortentscheidenden Umstände.

So unbestreitbar wichtig die besonderen Gegebenheiten der Siedlungsstruktur, der Verkehrsverhältnisse und die Planungsabsichten im Nahbereich für die Wahl der geeigneten Lage der Einrich -

tungen sind, so stellen sie doch nur Modifikationsfaktoren der theoretischen Standortbestimmung dar, die oftmals nur solange von Bedeutung sind, wie keine annähernd günstigen Bedingungen, wie sie im Modell des ländlichen Nanobereichs angenommen werden, erreicht sind.

Für eine Kernsiedlungslage werden in der Literatur eine Anzahl unterschiedlicher Argumente angeführt. Da aber ein Teil von ihnen nicht als spezifisch für zentrale Einrichtungen dieser Orte angesehen werden kann, soll unterschieden werden zwischen:

- a) Gründen, die lediglich für eine Zusammenfassung kleinster Anlagen und Anstalten der gleichen Art sprechen, wie z.B. die geringe Bevölkerungsdichte und schwache Leistungsnachfrage ländlicher Gebiete, die technisch, organisatorisch oder kosten wirtschaftlich bedingte Mindestgröße (Unteilbarkeit) der meisten Einrichtungen, die nur sehr begrenzten oder mangelnden Finanz-, Verwaltungs- und Veranstaltungskräfte der bisherigen Kleinstgemeinden, kurzum die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Leistungserstellung, die zu einer Ausnutzung des Mindestkapazitäten drängt.

Diese Argumente sind jedoch von so allgemeiner Gültigkeit, daß sie für alle überörtlichen Anlagen und Anstalten zutreffen. Aber nur solche kommen als zentrale in Betracht, und insofern können die o.g. Gesichtspunkte als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Gründe für eine zentralörtliche Lage angesehen werden.

- b) Gesichtspunkten, die eine räumliche Konzentration verschiedenartiger Einrichtungen nahelegen: Dies sind die Führungsvorteile oder externen Ersparnisse, die im öffentlichen Bereich vor allem in Personaleinsparungen, geringeren Grundstücksgrößen benachbarter Anlagen und Anstalten, also in niedrigeren Gesamtkosten liegen, auch wenn es nicht zu einer gemeinsamen Verwaltung im Sinne eines Querverbundes kommt. Für den Konsumenten bedeutet die räumliche Nähe mehrerer Einrichtungen: Bequemlichkeit, Zeitersparnisse und einen Anreiz zu gesteigerter Leistungsinanspruchnahme.

Die Standortwahl in Kernsiedlungen läßt sich auch mit diesen für zentrale Einrichtungen unspezifischen Argumenten allein nicht ausreichend begründen. Sie haben hierfür lediglich den Wert zusätzlicher Bestimmungsgründe.

c) Umständen, die eine Standortwahl im Kleinzentrum ratsam erscheinen lassen: Die Kernsiedlungen sind die Bevölkerungsschwerpunkte der Versorgungsnahbereiche, und sie sollen diese Aufgabe in Zukunft noch in stärkerem Umfang übernehmen. Werden überörtliche Einrichtungen, die von den Benutzern aufgesucht werden müssen, einem solchen Bedarfszentrum zugeordnet, so ermöglicht dies, das Aufkommen eines unnötigen Versorgungsnahverkehrs seiner Bewohner weitgehend zu vermeiden und den entsprechenden Verkehr aus dem Nachbarschaftsbereich sinnvoll zugunsten einer besseren Auslastung einzusetzender öffentlicher Nahverkehrs-mittel zu lenken. In ihrer Eigenschaft als Verkehrsmittel- und -knotenpunkte des radial verstärkt ausgebauten überörtlichen Straßennetzes und der Nahverkehrslinien sind diese Zentralorte, insgesamt und im Verhältnis zu anderen Siedlungen gesehen, am schnellsten und bequemsten zu erreichen. Wenn ihre Lage auch nicht gerade in der geometrischen Mitte des Einzugsbereichs liegt, so werden dennoch stärkere und somit ungerechte Entfernungsdisparitäten zwischen den angeschlossenen Ortschaften - wie sie bei stark exzentrischen Lagen der Hauptorte auftreten könnten - vermieden. Bei einer geschickten Abgrenzung der Nahbereiche dürfte der Wegeaufwand minimalpunkt nicht allzu weit vom Standort der Kernsiedlung entfernt liegen, wozu eine hohe Bevölkerungskonzentration im Kleinzentrum wesentlich beiträgt.

Wenngleich diesen Argumenten, hinter denen die Absichten stehen, der Bequemlichkeit der Bevölkerung zu dienen und den Trägern unnötige Aufwendungen zu ersparen, keine Zwangsläufigkeit inne-wohnt, sie also nur Zweckmäßigkeitscharakter tragen, so sind sie trotzdem - selbst in Fällen schwieriger Einzelentschlüsse - von großer Bedeutsamkeit. Eine Standortentscheidung für die Kernsiedlung - ob nun für eine Einrichtungsart oder für ein -individuum- kann jedoch nicht allein derart allgemein begründet werden, sondern bedarf eingehender Untersuchungen nach Gesichtspunkten, die den Eigenheiten der Einrichtungsarten Rechnung tragen. So muß beispielsweise geprüft werden, ob die Anlagen und Anstalten, die überhaupt zur Versorgung so kleiner Gebietseinheiten wie die Nahbereiche geeignet sind,

- a) auf besondere physisographische Lagebedingungen angewiesen sind,
- b) sich störend auf benachbarte Wohnsiedlungen auswirken,

- c) überörtliche Leitungsnetze unterhalten oder Transport- bzw. Besuchsfahrten unternehmen können,
- d) durch ihre Benutzerkreise oder durch besondere Häufig- und Dringlichkeit in der Leistungsanspruchnahme einen überörtlichen Einzugsbereich erschließen können,
- e) Abhängigkeiten von anderen Einrichtungen bestehen, die zu einer Lage in deren Nähe veranlassen.

Die Gesichtspunkte a, b, e bestimmen den Standort nur weniger Einrichtungen mit; sie haben also -insgesamt gesehen- ein geringeres Gewicht. Dagegen sind die Punkte c und d, die -nach den Modi der Kontaktaufnahme getrennt- die Möglichkeiten der Raumüberwindung und der Erreichbarkeit von Leistungsanbieter und Konsument anzusprechen, von grundsätzlicher Bedeutung für alle mit stärkerem Verkehr verbundenen Einrichtungen, d.h. für fast alle hier in Betracht kommenden Anlagen und Anstalten.

b) Postulat der günstigen Erreichbarkeit

Für die als Dienstleistungsbetriebe auftretenden öffentlichen Einrichtungen entfallen zumeist die bei den Gewerbebetrieben vielfach noch zu berücksichtigenden produktionsbedingten Standortfaktoren. Dagegen spielt -verstärkt durch die Alltäglichkeit der angebotenen Leistungen- eine absatzgünstige Lage, die Nähe oder günstige Erreichbarkeit von Einrichtungs- oder Verbraucherstandort die entscheidende Rolle.

Wenn aus wirtschaftlichen Gründen schon keine optimale Erreichbarkeit -also wie bei den lokalen oder dispersen Einrichtungen eine Lage in der eigenen Ortschaft- geboten werden kann, so sollen doch zumindestens im Interesse der Konsumenten die Wege zu den Anlagen und Anstalten möglichst kurz gehalten werden. Als Obergrenze einer solchen günstigen Erreichbarkeit beschloß die schon erwähnte Ministerkonferenz für Raumordnung vom 8.2. 1968 für den Individualverkehr eine Maximalentfernung von 9 km und für Benutzer öffentlicher Nahverkehrsmittel einen zeitlichen Weegaufwand von 30 Minuten. Da in letzterem auch noch die An- und Abmarschzeiten zwischen Haltestellen und Wohnungen bzw. Einrichtungen und ggf. Warte- und Umsteigezeiten enthalten sind, wird die reine Fahrtdauer nur mit etwa 15 Minuten anzusetzen sein. Diese entspricht der äußersten Distanz von 9 km, wenn eine durchschnittliche Fahrtgeschwindigkeit der Busse auf Zwischenortsstraßen von rd. 35 km/h zugrundegelegt wird.

Die Untergrenze, die mit gut 1km Entfernung vom Mittelpunkt des Kleincentrums bzw. 3 Minuten Wegeaufwand angenommen werden kann, ergibt sich aus der Konstellation einer quasi an die Kernsiedlung angrenzenden Nachbarortschaft.

Wie auch KLATT(95), S.70 hervorhebt, gehört zu einer günstigen Erreichbarkeit nicht nur das Einhalten einer bestimmten Maximalentfernung bzw. -fahrzeit, sondern ebenfalls ausreichend häufige Busverbindungen zum Kern, die auch die Abendstunden mit einschließen müssen. Unter Berücksichtigung der schwierigen Bedingungen im Nanverkehr ländlicher Räume wäre nach Ansicht des Verfassers eine günstige Verkehrsbedienung dieser Art schon dann gegeben, wenn in der Zeit zwischen 6 und 22 Uhr etwa 15 Buspaare zwischen dem Kleinzentrum und den ihm angeschlossenen Nachbarsiedlungen fahren würden.

Die Forderung nach günstiger Erreichbarkeit gilt in ihrem vollen vorstehend definierten Bedeutungssinn allerdings nur für Einrichtungen, die einen stärkeren Konsumentenverkehr zur Folge haben, also für solche, die von den Benutzern häufig aufgesucht werden müssen. Für sie ist nicht nur die rein entfernungsmäßig, sondern auch die im Liniennetz öffentlicher Verkehrsmittel günstige Lage entscheidend. Anstalten mit starkem betriebsseitigen Verkehr, d.h. solche, die die Konsumentenstandorte aufsuchen, benötigen dagegen nur Positionen, die möglichst geringe Entfernungen zu den Leistungsabnehmern aufweisen oder -insgesamt gesehen- dem entfernungsminimalpunkt nahekommen, sofern nicht ohnehin besondere Standortorientierungen wichtiger sind. In der Verkehrslage noch ungebundener sind Heimcharakter tragende Anstalten, die -im Unterschied zu den eben genannten Einrichtungen- im allgemeinen die von ihnen betreuten Personen zugleich auch beherbergen und damit einen wesentlich geringeren Verkehr verursachen. Das gilt indes nicht für solche Heime, die einen stärkeren Besucherverkehr aufweisen oder haben sollten.

Nach dem Postulat der günstigen Erreichbarkeit sind in die Kernsiedlungen diejenigen Anlagen und Anstalten aufzunehmen, die bei annähernd regelmäßiger Inanspruchnahme von den Benutzern zwischen einmal am Tage und einmal in der Woche frequentiert werden (Alltags- und Wochenbedarf). In den Kleinzentren sollten ferner solche aperiodisch benötigten Einrichtungen gelegen sein, die bei großer Dringlichkeit schnell erreicht oder im Bedarfsfall mehrmals kurz hintereinander besucht werden müssen. Dagegen

sind als nicht zentralisierbar und somit örtlich alle Leistungen anzusprechen, die von den Konsumenten dauernd oder mehrfach täglich spontan benutzt werden. Auch Anlagen und Anstalten für Kinder sind solange von lokaler Bedeutung, wie in ihnen selbst und bei der Beförderung zwischen Einrichtungs- und Wohnort keine Aufsicht stattfinden kann.

c) Ausschluß lokaler Einrichtungen

Ein derart interpretiertes Postulat der günstigen Erreichbarkeit ist ein hinreichendes Instrument zur Scheidung angemessener zentraler Einrichtungen der Kernsiedlungen von den:

- a) übrigen überörtlichen, den exzentrischen Anlagen der Nahbereiche,
- b) lokalen oder dispersen Einrichtungen in den einzelnen Ortschaften, einschließlich der Kleinzentren selbst.

Auf die Aussonderung der exzentrischen Anlagen und Nahbereiche (wie Wassergewinnungs-, Klär-, Müllbeseitigungsanlagen) kann verzichtet werden, weil sie auch nicht in den eingangs vorgestellten, zu überprüfenden Einrichtungsspezifikationen enthalten sind.

Als rein örtliche Aufgaben der Daseinsvorsorge, die keine oder nur ganz geringe Wegeaufwände gestatten, haben zu gelten:

- a) die Erschließungsanlagen in den Siedlungen, zu denen nach Auffassung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung¹⁾ die Gesamtheit aller öffentlichen Einrichtungen gehört, die es "ermöglichen, daß Grundstücke in der geplanten Weise rechtzeitig und entsprechend den städtebaulichen Grundsätzen und baulichen Vorschriften genutzt, insbesondere an das öffentliche Verkehrs- und Versorgungsnetz angeschlossen werden können". Hierunter fallen die in den §§127ff. Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 (BGBl. I. S. 341) aufgeführten "öffentlichen zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze", die Sammelstraßen sowie die in diesen enthaltenen Parkflächen und Grünanlagen (Erschließungsgrün) und die Ortsnetze für Wasser- und Energieversorgung und Abwasserableitung.

¹⁾ zitiert nach Artikel "Erschließung" (34)

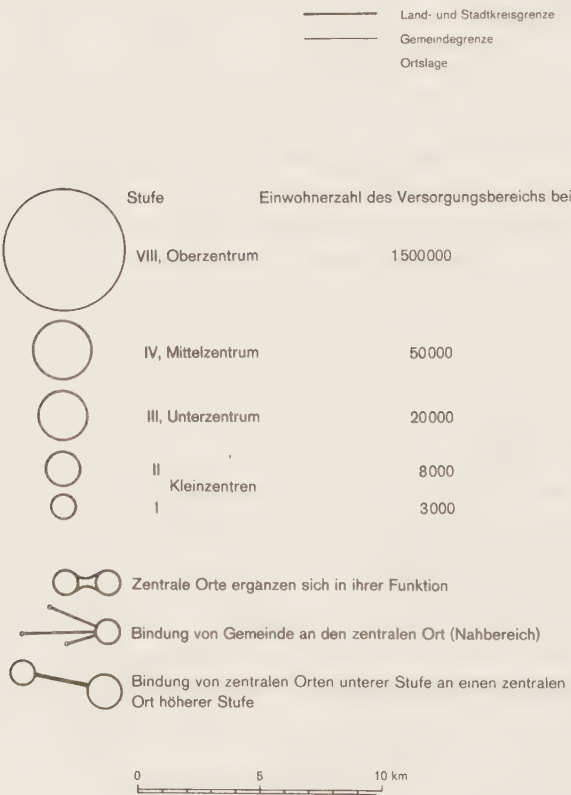
b) Die allgemeinen öffentlichen städtebaulichen Grünanlagen: die kleinen den Siedlungen zugehörigen Grünflächen (ortsinnere und ortsnahe gärtnerische Parkanlagen) sind wegen der Notwendigkeit einer schnellen Erreichbarkeit - das PROGNOSE-Gutachten für die Stadt Wuppertal (124) spricht von höchstens 15 Minuten Fußweg - eindeutig lokale Anlagen. Dagegen haben größere forstwirtschaftliche Erholungsgebiete, die oftmals Teil ausgedehnter Naturparke sind, ihre spezifisch exzentrischen "Standorte" und Einzugsbereiche, die weit über die Kleinstregion eines ländlichen Versorgungsnahbereichs hinausgehen.

c) Die öffentlichen Spielplätze: Nach ROSENBAUM (122), S. 47 können auch Landgemeinden auf die Erstellung von Kinderspiel- und Tummelplätzen nicht mehr verzichten, weil die Kinder auch hier infolge der Vergrößerung und Verdichtung der Siedlungen, der Zunahme des Straßenverkehrs, der Mechanisierung landwirtschaftlicher Betriebe viele ursprüngliche Spielflächen verloren haben. Eine Zentralisierung dieser Anlagen ist aber nicht angängig, weil es den Kindern und Jugendlichen nicht zugemutet werden kann, längere Wege zu den so häufig aufgesuchten Spielplätzen zurückzulegen und dabei verkehrsreiche Landstraßen zu benutzen oder öfter zu überqueren.

Die öffentlichen Tummel- oder Bolzplätze der 13-17jährigen sollten nach den Richtlinien der Deutschen Olympischen Gesellschaft¹⁾ nicht weiter als 1.000 und nach den Angaben des Handbuchs für Siedlungsplanung (64) höchstens 1.500 Meter von den Wohngebäuden entfernt liegen. Für die öffentlichen Kinderspielplätze der 7-12jährigen werden übereinstimmend maximale Wegelängen von 500m genannt. Beide sind also lokale Einrichtungen. Die Kleinst- und Kleinkinderspielanlagen sind hingegen nach den Landesbauordnungen auf den Wohngrundstücken der Mehrfamilienhäuser in Sicht- und Hörweite der Wohnungen anzulegen, was je nach Bebauungsweise Entfernungen von 150-250m entspricht. Als Teile des Nettowohnbaulandes sind sie Einrichtungen, die nicht in die Zuständigkeit der Gemeinden fallen.

1) entnommen GREBE (58)

Tafel 1: Verwaltungsgliederung und zentralörtliches Gefüge
im erweiterten Untersuchungsraum





Tafel 2: Die ausgewählten Nahbereiche nach dem Konzept der Kreisstelle für Raumordnung, Wohnungsbau und Siedlungswesen

Quelle: Karte »Zentralörtliches Gefüge«, Kleinräume und Raumschaften in Anlehnung an die gebildeten Mittelpunktschulverbände (1959)



Bundesautobahn Bundesstraße Landesstraße Kreisstraße
 Ortslage Kleinzentrum 0 5 10 km

C. Beschreibung der Kernsiedlung n und ihrer Nahbereiche

Ihre Charakterisierung soll sich nur auf solche Gesichtspunkte beschränken, die in engem Zusammenhang mit der Aufgabenstellung dieser Arbeit stehen, d.h. auf die: Einwohnerzahl von Kern und Einzugsbereich, Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung, Alters- und Sozialstruktur der ansässigen Menschen, Flächen-größe und Gestalt der Nahbereiche, Verkehrsverbindungen zwischen Kern- und Nachbarsiedlungen.

Die einer ersten Orientierung dienenden Angaben können kurz und relativ allgemein gehalten werden, weil die für die Bedarfsmessung wichtigen speziellen Faktoren bei der Behandlung der einzelnen Einrichtungen in Teil D dieser Untersuchung erwähnt werden.

Da in den Nahbereichen vereinzelt entweder Strukturdaten oder zu untersuchende Einrichtungen fehlen, muß die Betrachtung zuweilen auch auf den übergeordneten Rahmen des Landkreises Fritzlar-Homberg ausgedehnt werden.

1. Raumlage der Kleinzentren

Die ausgewählten Kernsiedlungen, die zusammen mit ihren Nahbereichen das nähere, wenn auch nicht zusammenhängende Untersuchungsgebiet bilden, sind periphere Siedlungen des südlich der Großstadt Kassel gelegenen Landkreises Fritzlar-Homberg. Es handelt sich hier im einzelnen um die Kleinzentren Grifte im Nordosten, Niedenstein im Nordwesten, Wabern im Osten sowie Jesberg, Zimmersrode und Zwesten im Südwesten des Kreises.

Tafel 1 zeigt die Lage der Kernsiedlungen im größeren Rahmen, die Verwaltungsgliederung und das zentralörtliche Gefüge 1967, das der Karte des hessischen Minister des Innern "Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche in Hessen" (1971) entnommen ist. Die im Durchschnitt 190 Meter hoch, westlich der Eder gelegene Kernsiedlung Grifte liegt -naturräumlich gesehen (128)- in der Westhessischen Senke. Der Kern der Stadt Niedenstein (rd. 310m ü.M.) befindet sich auf einem vom Wiehof-Bach und zwei kleinen Zuflüssen umgrenzten Sporn und die neuere Statterweiterung weiter südöstlich in etwa 350m Höhe am gleichfalls westexponierten Hang des Niedensteiner Kopfes (475m) im Bereich des südlichsten Habichtswald-Ausläufers. Das Kleinzentrum Wabern (mittlere Höhenlage 166m) hat seine Lage in dem zur Westhessischen Senke zäh-

lenen Waberner Becken, auf den Eder-Schwalm-Terrassen südwestlich der Konvergenz beider Flüsse. Eine ähnliche Lage zwischen dem Gilsa- und Treisbach weist das Zentrum der Siedlung Jesberg (243m) am Nordwestzipfel der Obern Hessischen Schwalm auf, während sich die Siedlungsränder im Norden auf die nördliche Gilsa -terrasse erstrecken und im Süden auf die Treisbachhänge hinaufziehen. Das Kleinzentrum Zimmersrode (211m) liegt in einem größeren Trockental am Westhang des Landsburg-Altenburger Höhenrückens 1,5km östlich der Schwalm. Eine Terrassenlage zeigt wiederum die am Wälzebach, im südlichsten Bereich des Waldecker Buntsandsteinrückens gelegene Kernsiedlung Zwesten (217m).

2. Gestalt, Flächengröße und Siedlungsverteilung der Nahbereiche
Als Nahbereiche sollen die von der Kreisstelle für Raumordnung, Wohnungsbau und Siedlungswesen in Anlehnung an die früheren Mittelpunktschulverbände abgegrenzten und hier auf Tafel 2 abgebildeten "Kleinsträume" gewählt werden, die in einigen Punkten von den Einzugsbereichen der Kleinzentren abweichen, die der hessische Minister des Innern - Abt. VII 1968 in seiner Karte "Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche in Hessen" (219, vgl. Tafel 1) dargestellt hat. Danach zählen zu den Nahbereichen die folgenden derzeitigen Gemeinden:

Nahbereich	Griete:	Griete, Haldorf, Holzhausen/Hahn
	Niederstein:	Niederstein-Ermetheis, Kirchberg, Wichdorf
	Wabern:	Wabern, Falkenberg-Rockshausen, Lendorf, Udenborn, Unshausen, Uttershausen
	Jesberg:	Jesberg-Reptich, Densberg, Elnrode-Strang, Gilsa, Hundshausen
	Zimmersrode:	Zimmersrode, Bischhausen, Dorheim, Haarnhausen, Neuenhain, Römersberg, Schlierbach, Waltersbrück
	Zwesten:	Zwesten, Betzigerode, Niederurff, Oberurff-Schiffelborn, Wenzigerode

Als Alternative soll bei einzelnen Untersuchungen auch der größere Einzugsbereich Wabern der hessischen Landesplanungsbehörde herangezogen werden, der hier als Wabern II bezeichnet wird, und zu dem außer dem o.g. Gebiet noch die Gemeinden Zennern (Lk. Fritzlar-Homberg) sowie Harle und Niedermöllerich aus dem östlich benachbarten Landkreis Melsungen gerechnet werden.

Der Nahbereich Grifte, der in seiner Ausdehnung durch die Bereiche der nahegelegenen Unterzentren Gudensberg (Lk. Fritzlar-Homberg) und Baunatal (Lk. Kassel) sowie des Kleinzentrums Guxhagen (Lk. Melsungen) beschränkt wird, umfaßt nur drei, wie an einem gleichseitigen Dreieck angeordnete Siedlungen und 12,5/qkm. Auch die Kernsiedlung Niedenstein kann - bedingt durch die große Nähe der beiden Unterzentren Gudensberg und Baunatal sowie durch die Kleinzentren Elgershausen (Lk. Kassel) und Amstal (Lk. Wolfhagen) - ihren Einfluß nur in einem kleinen Gebiet geltend machen. Abgesehen von dem jüngst eingemeindeten Ermetneis vermag sie sich ein Einzugsbereich nur nach Süden zu erschließen, wodurch die ungünstig gestreckte Gestalt zustandekommt. Die Größe dieses "kopflastigen" Bereichs beträgt 24,62 qkm. Eine ähnlich unglückliche Konfiguration weist der 35,92 qkm messende "Kleinstraum" Wabern (Wabern I) auf. Erst durch das Einbeziehen der Gemeinden Zennern, Harle und Nieder-Möllrich (Bereich Wabern II) kann der Ring von Nachbarortschaften fast völlig geschlossen werden. Diese vergrößerte Gebietseinheit verfügt über 56,13 qkm. Eine recht günstige Kontur und Siedlungsverteilung zeigt der 53,79 qkm große Nahbereich Jesberg, in dem die Kernsiedlung - bis auf den Nordwesten und Südosten von einem Kranz von Nachbarsiedlungen umgeben ist. Das angrenzende Kleinzentrum Zwesten vermag seinen Nahbereich - eingeengt durch die stärkeren Ausstrahlungen des Mittelzentrums Bad Wildungen (Lk. Waldeck) und des Unterzentrums Borken (Lk. Fritzlar-Homberg) - nur nach Norden und Süden auszudehnen, wodurch er lediglich 39,37 qkm erreicht. Trotz der starken Einflüsse der sich ergänzenden Mittelzentren Treysa - Ziegenhain und des Kleinzentrums Frielendorf (Lk. Ziegenhain) auf die südlichsten Gemeinden des Kreises Fritzlar-Homberg und des Unterzentrums Borken im Osten hat die Kreisverwaltung der Kernsiedlung Zimmersrode einen bis auf den Nordosten geschlossenen Ring von Nachbargemeinden angegliedert und ihr somit zu einem Nahbereich in der Flächengröße von 37,25 qkm verholfen. In dieser Kleinstregion zeigen sich die stärksten Unterschiede zwischen den Konzepten der Landes- und Kreisplanung.

Aufgrund der großen Dichte kleiner und kleinster zentraler Orte in diesem Raum sind die Flächenausmaße der Nahbereiche sehr bescheiden; sie liegen weit unter der Größenordnung eines Gebiets von sechs Kilometer Radius (= 114 qkm) und an eine Vergrößerung ist

kaum zu denken. Bei der Schaffung größerer Bereiche, die über die bestehenden Kreisgrenzen hinausgehen, ist eher damit zu rechnen, daß die beschriebenen Nahbereiche ganz oder teilweise näheren Zentralorten zugeordnet werden. Allein im Südwesten des Untersuchungsgebietes ist eine Zusammenlegung der Nahbereiche Jesberg, Zimmersrode und Zwesten zu einer mehrkernigen Einheit möglich, für die jedoch ein gemeinsames Zentrum für die über 3.500 Einwohner beanspruchenden Einrichtungen gefunden werden müßte.

3. Zahl, Dichte und Verteilung der Bevölkerung in den Geobietseinheiten

Auch die Einwohnerzahl der Nahbereiche liegt sehr niedrig; abgesehen von den Bereichen Wabern erreichen sie nur etwa 70 v.H. der geforderten Mindestbevölkerung von 5.000 oder rd. 40 v.H. der erwünschten Größe von 8.000 Einwohner. Infolge dieser geringen Nahbereichsgrößen weisen die relativ kleinen, fast durchweg unter 2.000 Einwohner zählenden Kernsiedlungen zumeist einen hohen und damit einen vom Verkehrsstandpunkt günstig zu beurteilenden Bevölkerungsanteil auf.

Die Bevölkerungsdichten dieser Kleinräume können nach ISBARY (82), S. 116 bezeichnet werden: Wenig verdichtet: Jesberg, Zimmersrode und Zwesten, in Verdichtung begriffen: Niedenstein, Wabern I und II. Schon beinahe in den Bereich starker Verdichtung fällt der flächenmäßig besonders kleine, an die durch das Volkswagen-Werk geprägte Gemeinde Baunatal angrenzende und schon zur Stadtregion Kassel zählende Versorgungsnahbereich Grifte.

Zum Zeitpunkt des 31.12.1969 bot sich im einzelnen das folgende, in Tabelle 2 aufgezeigte Bild:

Tabelle 2: Bevölkerungszahl und -dichte in den Nahbereichen, Einwohnerzahl der Kleinzentren:

Nahbereiche	Einwohnerzahl am 31.12.1969		Einwohnerzahl der Kernsied- lung in v.H. der Nahbereichs- bevölkerung	Bevölkerungs- dichte des Nahbereichs in E/qkm.
	Nah- bereich insges.	davon Kern- siedlung		
Grifte	3.430	1.730	51	273
Niedenstein	3.356	1.492	44	136
Wabern I	6.061	3.044	50	169
Wabern II	8.740	3.044	35	156
Jesberg	3.343	1.646	49	62
Zimmersrode	3.461	1.090	32	93
Zwesten	2.900	1.517	52	73

Tabelle 3: Bevölkerungsverteilung in den Nahbereichen:

Siedlung/ Nahbereich	Wohnbevöl- kerung am 31.12.1969	Entfernung zum Kern in km. rd.	folgender Prozentsatz der Nah- bereichsbevölkerung entfiel auf:				
			den Kern	1-3	3-5	5-7	7-9km
Grifte	1.730	-					
Haldorf	1.059	1,5					
Holzhausen/H.	641	2,5					
VNB Grifte	3.430	-	51	49	-	-	-
Niedenstein	1.492	-					
Ermethais	461	2,0					
Kirchberg	758	5,5					
Wichdorf	645	1,5					
VNB Niedenstein	3.356	-	44	33	-	23	-
Wabern	3.044	-					
Falkenberg	698	6,5					
Hebel	563	4,5					
Lendorf	399	5,0					
Rockshausen	82	7,5					
Udenborn	252	4,0					
Unshausen	369	2,5					
Uttershausen	654	3,0					
VNB Wabern I	6.061	-	50	6	25	18	1
zusätzlich zu							
Wabern I:							
Harle	811	2,5					
Niedermöllerich	812	2,5					
Zennern	1.056	2,5					
VNB Wabern II	8.740	-	35	35	17	12	1
Jesberg	1.646	-					
Densberg	474	4,0					
Elnrode	255	5,0					
Gilsa	364	4,5					
Hundshausen	349	2,5					
Reptich	205	3,0					
Strang	50	4,0					
VNB Jesberg	3.343	-	49	10	33	8	-
Zimmersrode	1.090	-					
Bischhausen	449	2,0					
Dorheim	215	4,5					
Haarhausen	111	4,0					
Neuenhain	294	4,0					
Römersberg	331	3,5					
Schlierbach	426	6,0					
Waltersbrück	545	2,5					
VNB Zimmersrode	3.461	-	32	29	27	12	-
Zwesten	1.517	-					
Betzigerode	143	3,5					
Niederurff	435	2,5					
Oberurff	560	2,5					
Schiffelborn	80	3,5					
Wenzigerode	165	5,5					
VNB Zwesten	2.900	-	52	34	8	6	-

Der Landkreis Fritzlar-Homberg, der zur gleichen Zeit 84.809 Einwohner erreichte, liegt mit seiner Bevölkerungsdichte von 128E/qkm in ISBARYs Kategorie II.

Eine genauere Angabe über die Verteilung der Bevölkerung in den Nahbereichen, die die Entfernung der Nachbarsiedlungen von den Kleinzentren berücksichtigt, gibt Tabelle 3.

Eine unter dem Aspekt guter Erreichbarkeit des Kerns als günstig zu beurteilende Bevölkerungsgruppierung liegt in einem Nahbereich dann vor, wenn die Einwohneranteile vom zentralen Bevölkerungsschwerpunkt nach aussen immer stärker abnehmen. So gesehen, weisen die Kleinsträume Zwesten, Zimmersrode und Wabern II eine erfreuliche Verteilung auf.

Durch den Fremdenverkehr ist in den Nahbereichen Niedenstein, Jesberg und Zwesten während der Sommermonate mit höheren Einwohnerzahlen zu rechnen, die sich in einer stärkeren Inanspruchnahme einzelner Einrichtungen (z.B. Badeanstalten, Erwachsenenbildung) auswirken können. Nach einer Aufstellung des Hauptamtes I/der Kreisverwaltung Fritzlar-Homberg vom 1.6.1970 wurden in den Fremdenverkehrsgemeinden dieser Bereiche für die Jahre 1968 und 1969 Kapazitäts- und Übernachtungszahlen festgestellt, die in Tabelle 4 wiedergegeben sind.

Tabelle 4: Bettenzahl und Übernachtungen in den Nahbereichen:

Gemeinde/ Nahbereich	Bettenzahl in		Übernachtungen in		Übernachtungen auf	
	gewerblichen		Betrieben und		Campingplätzen	
	1968	1969	1968	1969	1968	1969
Jesberg	44	83	6.300	6.905	3.650	5.241
Densberg	180	162	16.700	21.911	-	620
VNB Jesberg	224	245	23.000	28.816	3.650	5.861
Niedenstein	107	124	14.000	14.680	1.450	1.620
Zwesten	303	300	24.500	30.000	5.000	6.000
Niederurff	24	41	1.100	691	-	-
Oberurff-						
Schiffelborn	28	24	2.200	1.799	-	-
Wenzigerode	33	44	3.200	1.850	-	-
VNB Zwesten	388	409	31.000	34.340	5.000	6.000
Landkreis Fritzlar- Homberg	2.419	2.531	228.450	212.062	13.750	16.971

4. Bevölkerungsentwicklung in den Kleinsträumen

Da für einige Einrichtungen bedarfsprognosen zum 31.12.1975 erstellt werden sollen, ist eine Berechnung der für diesen Zeitpunkt zu erwartenden Einwohnerzahl unerläßlich und für diese die Kenntnis der bisherigen Bevölkerungsentwicklung. Die für eine so kurzfristige Prognose ausreichenden Daten der jüngsten Bevölkerungsbewegung in den Nahbereichen sind in Tabelle 5 zusammengestellt:

Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung in den Nahbereichen:

Bereich	Wohnbevölkerung am							
	6.6. 1961	31.12. 1963	31.12. 1964	31.12. 1965	31.12. 1966	31.12. 1967	31.12. 1968	31.12. 1969
Grifte	2596	2.876	3.002	3.096	3.261	3.034	3.391	3.430
Niederstein	2.564	2.796	2.890	3.011	3.099	3.203	3.265	3.356
Wabern I	5.876	5.829	5.893	6.008	6.052	6.114	6.185	6.061
Wabern II	8.568	8.518	8.569	8.696	8.710	8.796	8.865	8.740
Jesberg	3.308	3.312	3.279	3.273	3.331	3.365	3.373	3.343
Zimmersrode	3.397	3.413	3.429	3.448	3.457	3.442	3.438	3.461
Zwesten	2.688	2.771	2.766	2.756	2.791	2.826	2.873	2.900
Landkreis Fritzlar- Homberg	78.435	80.666	81.754	82.852	83.309	84.100	84.353	84.809
Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung/Wanderungen in den Jahren								
	1964	1965	1966	1967	1968	1969		
Grifte	25/101	26/68	16/149	26/ 17	8/ 79	39/ -		
Niederstein	34/ 60	13/108	30/ 58	36/ 68	11/ 51	20/ 71		
Wabern I	51/ 13	34/ 81	19/ 25	39/ 23	43/ 28	1/-125		
Wabern II	65/-14	59/ 68	34/-20	57/ 29	65/ 4	12/-137		
Jesberg	-5/-28	-/- 6	4/ 54	30/ 4	1/ 7	-4/ 26		
Zimmersrode	28/-12	42/-23	29/-20	18/-33	7/-11	11/ 12		
Zwesten	31/-36	9/-19	14/ 21	15/ 20	6/ 41	4/ 23		
Landkreis Fritzlar- Homberg	791/297	583/515	618/-161	607/184	330/-77	336/120		

Die Nahbereiche zeigen bemerkenswerte Entwicklungsunterschiede: Während die schon stark unter dem Einfluß der Stadt Kassel stehenden nördlichen Gebietseinheiten Grifte und Niederstein eine erhebliche Bevölkerungszunahme auch durch Wanderungsgewinne

erzielen konnten und der Bereich Zwesten in den letzten Jahren ein schwächeres, vornehmlich durch Wanderungsüberschüsse bedingtes Wachstum aufwies, zeigten die Gebiete Wabern II und Zimmersrode ganz schwache Zunahmen bei Wanderungsverlusten und die Einheit Jesberg praktisch eine Stagnation bei sich beinahe aufhebenden Salden in der natürlichen Bevölkerungsbewegung und den Wanderungen.

Wenn der starke Rückgang der Geburtenziffern in den Jahren 1968/69 als weitgehend konjunkturbedingt und kurzfristig angesehen werden soll (s. Bereiche Grifte und Niedenstein), so lassen sich in den Kleinsträumen keine auch nur einigermaßen stetigen Entwicklungslinien erkennen. Es ist daher angebracht, die zu erwartende Einwohnerzahl 1975 unter der Annahme gleicher durchschnittlicher Veränderungsraten wie in der Zeit 1964-69 zu ermitteln. Über die Ergebnisse gibt Tabelle 6 Auskunft.

Tabelle 6: Prognostizierte Einwohnerzahl 1975 der Nahbereiche

Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung 1.1.1970- 31.12.1975

Bereich	durchschnittl. jährl. Wanderungs- bilanz in Pers.	durchschnittl. Jahres- ziffern der Geburten- überschüsse in v.T. der Bevölkerung	Einwohnerzahl am 31.12.1975 gerundet
Grifte	70	7,5	4.000
Niedenstein	70	7,0	3.900
Wabern I	8	5,0	6.300
Wabern II	-15	5,0	8.900
Jesberg	-	1,5	3.400
Zimmersrode	-15	6,0	3.500
Zwesten	22	4,0	3.100
Landkreis Fritzlar- Homberg	140	6,5	89.000

Das Gewicht, das den Nahbereichen an der Einwohnerzahl des Landkreises Fritzlar-Homberg zukommt, zeigt somit die in Tabelle 7 angegebenen Veränderungen.

Tabelle 7: Einwohnerzahl der Nahbereiche in v.H. der Kreisbevölkerung:

Nahbereich	folgende Vonhundert-Anteile der Kreisbevölkerung entfallen auf die Nahbereiche in den Jahren:		
	1961	1969	1975
Grifte	3,3	4,0	4,5
Niedenstein	3,3	4,0	4,4
Wabern I	7,5	7,2	7,1
Wabern II	11,0	10,3	10,0
Jesberg	4,2	3,9	3,8
Zimmersrode	4,3	4,1	3,9
Zwesten	3,4	3,4	3,5

5. Daten zur Bevölkerungsstruktur

In dieser Arbeit ist nicht beabsichtigt, die festzustellenden Bedarfswerte der einzelnen Einrichtungsarten nach den für sie maßgeblichen Faktoren zu analysieren, wozu eine genaue Kenntnis der Bevölkerungs- und Sozialstruktur einschließlich der Einkommensverhältnisse erforderlich wäre. Für eine kurze, orientierende Beschreibung der Gegebenheiten des Untersuchungsgebietes genügen einige Angaben aus der Alters- und Erwerbsstatistik. Da die Volks- und Berufszählungsergebnisse 1970 derzeit noch nicht vorliegen, muß auf die Daten des Zensus von 1961 zurückgegriffen werden. Der Altersaufbau der Nahbereichsbevölkerungen vom 6.6.1961 ist der Tabelle 8 zu entnehmen.

Tabelle 8: Altersaufbau der Nahbereichsbevölkerung am 6.6.1961:

Bereich	Altersgruppen in v.H. der Wohnbevölkerung						
	0 - 6	6-15	15- 21	21- 45	45- 60	60- 65	65 Jahre
Grifte	9,8	13,3	7,0	33,7	20,6	5,7	9,9
Niedenstein	10,2	12,0	7,6	30,6	21,3	5,5	12,8
Wabern I	9,6	14,8	8,9	30,5	19,2	5,5	11,5
Wabern II	10,4	14,4	7,9	31,4	19,2	5,3	11,4
Jesberg	10,1	14,3	6,5	29,2	20,3	5,8	13,8
Zimmersrode	10,3	13,4	6,8	30,3	20,2	5,7	13,3
Zwesten	9,4	14,4	11,0	27,6	19,5	5,4	12,7
Landkreis							
Fritzlar-H.	10,2	14,6	7,7	31,2	19,6	5,4	11,3
BRD	9,4	12,3	8,2	33,2	20,1	5,7	11,1

Der Vergleich mit den Verhältnissen des Bundesgebietes zeigt recht deutlich die typische Altersstruktur ländlicher Räume: ein relativ hoher Anteil der Kinder und ein niedriger der Altersgruppe zwischen 15 und 45 Jahren. Der besonders hohe Prozentsatz alter Menschen über 65 Jahre im Nahbereich Jesberg ist durch die 71 Personen des Kreisaltenwohnheims Jesberg erklärbar, während der herausragende Wert der 15-21jährigen im Kleinraum Zwesten durch die 111 Schüler des in der Gemeinde Oberurff belegenen Christophorus-Internats bedingt ist.

Einer Veröffentlichung des Landratsamtes (50), S. 132 zufolge sollte sich die Kreisbevölkerung 1961 wie folgt auf die Altersgruppen verteilt haben: unter 14 Jahren: 24,8%, 14- unter 25 J.: 16,9%, 25- unter 40 J.: 21,7%, 40 - unter 60 J.: 22,5%, 60 Jahre und älter: 14,1%. An dieser Angabe fällt der ungewöhnlich niedrige

Anteil der über 60jährigen auf, der damit entgegen allen Erwartungen unter dem Stand des Jahres 1961 läge.

Zur Kennzeichnung der Sozialstruktur 1961 werden in Tabelle 9 die Bevölkerungsanteile der Erwerbstätigen und der von Rente bzw. eigenem Vermögen lebenden Personen sowie die berufliche Gliederung der Erwerbstätigen aufgeführt.

Tabelle 9: Sozio-ökonomische Gliederung der Nahbereichsbevölkerung am 6.6.1961

Gebiet	von Rente, eig. Vermögen lebende Personen in v.H. der Bevölkerung	Erwerbspersonen	folgende v.H.-Anteile der Erwerbspersonen waren tätig in:		
			Land-u. Forstw.	produz. Gewerbe	Dienstleist. aller Art
Grifte	20	44	19	44	37
Niedenstein	22	52	41	40	19
Wabern I	22	46	28	42	30
Wabern II	20	46	31	42	27
Jesberg	27	47	42	37	21
Zimmersrode	22	49	40	40	20
Zwesten	21	45	40	36	24
Lk.Fritzlar-Homburg	20	45	30	43	27
Gebiet	Berufliche Stellung der Erwerbspersonen in v.H.:				
	Selbstständige	mithelf. Familienangehörige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge
Grifte	12	13	20	49	6
Niedenstein	17	29	10	38	6
Wabern I	17	20	17	39	7
Wabern II	16	22	15	40	7
Jesberg	18	28	12	38	4
Zimmersrode	18	26	12	39	5
Zwesten	19	28	10	37	6
Lk.Fritzlar-Homburg	16	22	15	41	6

In dem niedrigen Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten und dem hohen Prozentsatz der Abhängigen (Arbeiter, Beamte, Angestellte) im Nahbereich Grifte wird ersichtlich, wie dieser in die Stadtlandschaft Kassel einbezogen wird. Eine ähnliche, wenn auch nicht so weit in Richtung Verstädterung fortgeschrittene Bevölkerungsstruktur zeigt die Gebietseinheit Wabern I mit ihrem stark gewerblich durchsetzten Kern. Die vergrößerte

Fassung dieses Bereiches (Wabern II) läßt dagegen schon starker die Züge einer agrarisch bestimmten Bevölkerungsstruktur erkennen, die in den übrigen Kleinräumen mit hohen Quoten der Erwerbspersonen und der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen sowie -damit verbunden- auch bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen und niedrigen Vonnundert-Anteilen bei den Beamten und Angestellten klar zum Ausdruck kommt.

6. Verkehrsverbindungen zwischen Kern- und Nachbarsiedlungen

Um die diesbezüglichen Verhältnisse für den Individualverkehr zu beurteilen, ist besonders auf die Entfernungen zwischen den Kleinzentren und den benachbarten Nachbarortschaften wie auf die zu benutzenden Straßen zu achten; im öffentlichen Nahverkehr gilt es festzustellen, ob bzw. wie häufig eine Verkehrsbedienung stattfindet und welche Fahrzeiten dabei auftreten.

Wie aus Tabelle 10 hervorgeht, halten sich die Entfernungen auf den Straßen allgemein im Rahmen der für eine günstige Erreichbarkeit geforderten Größenordnung. Lediglich bei den Ortschaften Falkenberg und Rockshausen ist die von einigen Experten angesetzte Obergrenze von sechs Kilometern überschritten.

Wesentlich schlechter ist es dagegen mit der öffentlichen Nahverkehrsbedienung bestellt. So sind in den Nannbereichen Zimmersrode 43, Wabern I 23, Jesberg 20 und Zwesten 3 v.H. der Wohnbevölkerung nicht mit ihren Kernsiedlungen verbunden und -abgesehen von den Orten Ermetheis, Hebel, Schlierbach, Unshausen und Wichdorf- sind die Bedienungsfrequenzen als unbefriedigend anzusehen. Die Fahrzeiten liegen, der geringen Größe der Gebiets-einheiten entsprechend, insgesamt unter der Norm von 15 Minuten.

Tabelle 10: Nahverkehrsverbindungen zwischen Kern- und Nachbarsiedlungen (Fahrplan Sommerhalbjahr 1970):

Nachbar- ortschaft (Meereshöhe in Meter)	Straßen- verbindungen zu be- nutzenden Straßen	Entfernung zw. Orts- kernen in km. rd.	Fahr- zeit in Min.	bestehender Nahverkehrslinien						
				Bedienungsfrequenzen (u. Verkehrszeiten) zum Kern			vom Kern			
				Mo.-Fr.	Sa.	So.	Mo.-Fr.	Sa.	So.	
Haldorf (200)	L 3316	1,5	4	2X(6.06; 14,30)			-	2X(6.24; 8.35) 3X(6.24; 8,35; 14,32)		
Holzhausen (190)	L 3221	2,5	6	1X(8.24) 2X(8.24; 14.00)			-	1X(14,40)		
Ermetheis (325)	K 86 L 3219	2,0	5	11X zw. 8X zw. 4X zw. 5.24 u. 5.24 u. 8.13 u. 23.20 20.52 20.52			11X zw. 5X zw. 4X zw. 4.33 u. 9.14 u. 10.24 u. 19.36 20.25 23.58			
Kirchberg (190)	K 79 L 3220 L 3219	5,5	12	9X zw. 5X zw. 2X 8.46 u. 8.46 u. (20.13; 6.23 u. 19.57 19.57 23.45)			9X zw. 8X zw. 2X 6.23 u. 6.23 u. (12.18; 17.43 17.43 18.13)			
Wichdorf (265)	L 3219	1,5	5	15X zw. 7X zw. 5X zw. 4.24 u. 8.53 u. 10.15 u. 21.14 23.42 23.51			14X zw. 10X zw. 4X zw. 5.32 u. 5.32 u. 8.23 u. 23.26 21.05 21.05			
Falkenberg (255)	L 3149 B 254	6,5	10	1X(13,23), nicht in Schulferien			-	1X(7.07), nicht in Schulferien		
Hebel (184)	B 254	4,5	11	15X zw. 13X zw. 6X zw. 4.52 u. 4.52 u. 7.47 u. 20.00 20.00 21.48			14X zw. 12X zw. 6X zw. 5.30 u. 5.30 u. 9.03 u. 21.05 21.05 23.10			
Lendorf (183)	L 3148	5,0		Busverbindung nur mit Zentralort Homberg, nicht mit Kernsiedlung Wabern.						
Rockshausen (285)	K 21 L 3149 B 254	7,5		kein Anschluß an das Liniennetz; nächste Bus- haltestelle 3km., DB-Bahnhof Wabern 7,5km. ent- fernt.						
Udenborn (190)	L 3223	4,0		keine Nahverkehrslinie zwischen Ortschaft und Kleinzentrum vorhanden; Bushaltst. 3, Bahnhof 4km. entfernt						
Unshausen (178)	B 254	2,5	6	15X zw. 13X zw. 6X zw. 4.55 u. 4.55 u. 7.50 u. 20.03 20.03 21.51			12X zw. 6X zw. 5.26 u. 5.26 u. 9.00 u. 21.01 21.01 23.06			
Uttershausen (169)	L 3148	2,5		kein Linienverkehr zur Kernsiedlung. Nächste Bus- haltestelle 3km., Bahnhof Wabern 3km. entfernt.						
Harle (170)	L 3223 B 254	2,5	5	1X(13.33), nicht in Schulferien			-	1X(6.55), nicht in Schulferien		
Nieder- möllrich (170)	B 254 K 13	2,5	5	4X zw. 7.04 u. 19.45			3X zw. 5X zw. 4X zw. 11.51 u. 6.02 u. 6.07 u. 20.21 19.02 19.02			
Zennern (169)	B 253	2,5	6	5X zw. 5.43 u. 20.44			6X zw. 5X zw. 9.59 u. 23.27 21.28 23.57			
Densberg (300)	K 59	4,0	6	4X zw. 5.44 u. 18.05			2X 4X zw. 6.23 u. (11.12; 17.59) 19.01			
Elnrode (273)	L 3145	5,0		Keine Bus- und Zugverbindung mit der Kernsiedlung Nächste Bushaltestelle in 5 km. Entfernung.						
Gilsa (205)	L 3145 B 3	4,5	7	4X zw. 6.10 u. 18.47			3X zw. 4X zw. 5.56 u. 9.10 u. 18.18			

Nachbar- ortschaft (Meereshöhe in Meter)	Straßen- verbindungen zu be- nutzenden Straßen	Entfernung zw. Orts- kernen in km. rd.	Fahr- zeit in Min.	Bedienungsfrequenzen(u. Verkehrszeiten) zum Kern					
				Mo.-Fr.	Sa.	So.	Mo.-Fr.	Sa.	So.
Hundshausen (272)	L 3145	2,5	keine öffentlichen Nahverkehrsmittel zwischen Ort und Kernsiedlung verkehrend; nächste Bus-haltestelle 2,5 km. entfernt.						
Reptich (220)	L 3149 B 3	3,0	4	4X zw. 6.13 u. 18.50	3X zw. 9.12u. 18.51	4X zw. 5.54 u. 18.15	2X (11.24; 18.11)		
Strang (300)	L 3145	4,0	ohne Bus- und Bahnlinienverbindung mit Kern; nächste Haltestelle in 4km.						
Bischhausen (200)	L 3149	2,0	3	-	-	2X (11.28; 18.15)	-	-	3X zw. 9.08 u. 18.47
Derheim (228)	L 3074 L 3067	4,5	fehlende Bedienung durch öffentliche Nahverkehrs-mittel; nächste Bushaltestelle in der Kernsiedlung selbst.						
Haarhausen (185)	K 70 L 3149	4,0	keine Busverbindung mit Kleinzentrum, nur mit Borken, Fritzlar und Homberg.						
Neuenhain (210)	L 3149	4,0	Ortschaft nicht über öffentliche Nahverkehrs-mittel an Kernsiedlung angeschlossen; nächste Bus-haltestelle in 2km Entfernung, Bahnhof im Klein-zentrum Zimmersode.						
Römersberg (285)	K 68 L 3149	3,5	keine Nahverkehrslinie zum Kern führend. Nächste Bushaltestelle in 2,5 km.						
Schlierbach (210)	L 3067	6,0	5	11X am Tage und nachts; an DB-Strecke 196 Kassel-Marburg-Frankfurt/M. gelegen.	10X	9X	12X	11X	9X
Waltersbrück (210)	L 3067	2,5	obwohl an DB-Strecke 196 belegen keine Verkehrs-bedienung; nächster Bahnhof in der Kernsiedlung.						
Betsigerode (240)	K 74 B 3 B 485	3,5	5	8X zw. 6.25 u. 18.57	5X zw. 7.32 u. 13.57	-	10X zw. 6.33 u. 18.27	5X zw. 6.33 u. 12.57	-
				Bushaltestelle an der 1km vom Ort entfernten Ein-mündung der K 74 in die B 3; nur 2 Buspaare fahren den Ort an den Tagen Mo.-Fr. direkt an.					
Niederurff (205)	L 3074	2,5	5	3X zw. 6.25 u. 12.30	3X zw. 12.30	-	2X (12.30; 18.32)	-	-
Oberurff (235)	B 3 B 485	2,5	5	4X zw. 6.21 u. 15.45	3X zw. 6.21 u. 12.50	-	4X zw. 7.40 u. 18.25	3X zw. 7.40 u. 14.15	-
Schiffelborn (300)	K 62 B 3 B 485	3,5	Siedlung nicht an das öffentliche Liniennetz an-geschlossen. Nächste Bushaltestelle 1km. entfernt.						
Wensigerode (370)	K 74 B 3 B 485	5,5	8	1X (18.05)	-	-	2X (6.38; 18.35)	-	-

D. Untersuchungen zur Bestimmung der einzelnen Einrichtungsarten
In Kapitel B.1. sind bereits diejenigen Anlagen und Anstalten bezeichnet worden, die in dieser Arbeit zur Daseinsvorsorge gezählt werden; es erübrigt sich daher, dies jetzt bei der Besprechung der einzelnen Einrichtungen zu wiederholen bzw. nachzuweisen. Die folgenden Überprüfungen können sich also darauf beschränken, festzustellen, ob die Anlagen und Anstalten nach dem Kriterium der Mindestkapazitätsauslastung und nach den Bedarfsverhältnissen im geschilderten Untersuchungsgebiet einer großgemeindlichen Trägerschaft angemessen sind. Zudem sollen einige Bemerkungen darüber gemacht werden, ob bzw. in welchem Grade und unter welchen Bedingungen diese Einrichtungen zentralisierbar sind, d.h. für eine Lage in den Kernsiedlungen geeignet sind.

1. Mittelpunktschulen

Schon das Schulverwaltungsgesetz i. d. F. vom 28.6.1961 (GVBl. S. 87) schreibt vor, in den ländlichen Bereichen Hessens nach Möglichkeit nur noch voll ausgebaute Schulen dieser Art zu erstellen. In § 5 wird hierzu ausgeführt:

- (1) Für Schüler wenig gegliederter ländlicher Volksschulen sollen möglichst günstig gelegene Mittelpunktschulen geschaffen werden. Diese Maßnahme setzt voraus, daß der Besuch der Mittelpunktschule wegen der Kürze des Schulweges oder wegen der Verkehrsverbindungen zumutbar ist.
- (2) Mittelpunktschulen sollen nach Möglichkeit voll ausgebaut werden
- (3) Grundschulen sollen nur fortgeführt werden, wenn sie voraussichtlich dauernd mindestens 20 Schüler haben werden."

In der neuesten Fassung des Gesetzes vom 30.5.1969 (GVBl. I. S. 88) wird diese Forderung nach Mittelpunktschulen nicht mehr mit besonderen Worten wieder aufgenommen. Indirekt wird sie aber in dem modifizierten § 5 ersichtlich, in dem es heißt:

"Grundschulen sollen nur fortgeführt werden, wenn sie voraussichtlich dauernd zwei Klassen und insgesamt mindestens 50 Schüler haben werden. Ausnahmen, die durch örtliche Verhältnisse begründet sind, bedürfen der Genehmigung des Kultusministers."

Auch das über eine Zusammenfassung von Grund- und Hauptschule hinausgehende Konzept der Gesamtschule, für das sich das Land Hessen grundsätzlich entschieden hat, ist unter ländlichen Verhältnissen nur in einer Mittelpunktschule zu verwirklichen. Über diesen Schultyp wird in § 4(1) des neuen Schulverwaltungsgesetzes ausgesagt: "Gesamtschulen sollen errichtet werden, wenn dies die örtlichen Verhältnisse zulassen."

a.) Grundschulen

Für sie gilt in Hessen die in §5 Schulverwaltungsgesetz vom 30.5.1969 genannte Minimalgröße von zwei Klassen und mindestens 50 Schülern. Dieser Umfang ist so niedrig bemessen, weil für diese Einrichtungen die Wohnplatznähe von entscheidender Bedeutung, d.h. wichtiger als die Integration in die Gesamtschule ist.

Wenn für die Grundschüler keine Beförderungsmittel zur Verfügung stehen, ist nach Erlass des hessischen Kultusministers -S-813-423-9- vom 12.10.1964(182) ein Schulweg als unzumutbar anzusehen, der eine Länge von zwei Kilometer übersteigt oder über "verkehrsgefährdete Straßen" bzw. "durch unübersichtliches oder unwegsames Gelände (z.B. dichtes Waldgelände) führt". WELTER(208), S.119 hält im "Normalfall" noch "einen Fußweg von etwa drei Kilometer Entfernung" für erträglich. Auch beim Einsatz von Schulbussen sollten nach MEYER(126), S.208 "4-5km nach Möglichkeit nicht überschritten werden".

Die Mindestgrößenbestimmung von Grundschulen mit gesicherter Schülerbeförderung kann nicht durch auszulastende Fachräume vorgenommen werden, weil diese -außer man rechnete die Turnhallen mit dazu- kaum benötigt werden. Eine solche Halle mit einer Kapazität von 36 Stunden/Woche wäre bei drei Wochenstunden Leibeserziehung je Klasse durch 12 Unterrichtseinheiten, also durch eine dreizügige Grundschule voll ausgenutzt. Auch ein auf ein Fach spezialisierter Lehrer, der pro Klasse zwei Stunden Unterricht zu erteilen hätte, ist mit seinen 28 Wochenstunden insbesondere dann voll beschäftigt, wenn an der Grundschule noch Klassen der angestrebten Eingangsstufe (für vorschulpflichtige fünfjährige Kinder) eingerichtet werden und/oder eine besondere Vorschulklasse (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder). Da aber in letzterem Falle eine aus einem Übungsraum bestehende Turnhalle überlastet wäre, kann eine Mittelpunkt-Grundschule der Mindestgröße nur zweizügig sein, dafür aber noch drei Klassen der Eingangsstufe und -falls erforderlich- eine Vorklasse aufweisen, zusammen also 11-12 Unterrichtseinheiten umfassen.

Bei durchschnittlich 25 Wochenstunden der Schüler und 28 Unterrichtsstunden der Lehrer sind in der Grundstufe 7, in der 11klassigen Grundschule 10 Lehrkräfte auslastbar.

Die Klassenfrequenz der Eingangsstufe ist in Hessen mit 25 festgesetzt worden. Der maximale Klassenumfang der Grundstufe soll

mit 35 angenommen werden, wie dies auch WAGENER(201), S. 337 tut. Für die noch 1969 von der Ständigen Konferenz der Kultusminister genannte und immer noch gültige Höchstzahl von 50 Schülern je Klasse gilt die Äusserung RAUSCHENBERGERS(148), S. 48, der Klassen mit mehr als 41 Schülern auf allen Schulstufen für eine "pädagogische Todsünde" hält. Im Entwurf des Schulentwicklungsplanes des Kreises Fritzlar-Homburg(31) wird mit einer Frequenz von 40 gearbeitet. Wenn diese hier auf 35 gesenkt wird, so geschieht das, um den Unterschied zur Eingangsstufe nicht zu groß werden zu lassen. Nach RAUSCHENBERGER(148), S. 51 sollte der Klassenumfang sogar auf 25 reduziert werden, weil die Grundschule "wohl das halten muß, was der Eingang zu ihr versprach". Außerdem bietet eine niedrigere Klassenfrequenz eine gewisse Kapazitätsreserve, die für stark auftretende Jahrgänge gebraucht wird, d.h. es ist der notwendige Raum für Spitzenbelastungsjahre, in denen höhere Schülerzahlen je Klasse zugelassen werden können, stets vorhanden. Hiernach hätte eine zweizügige Grundschule mit drei Eingangsklassen eine Unterrichtskapazität von 350 Schülern. Um jedoch die Frage zu beantworten, welche Mindesteinwohnerzahl erforderlich ist, um eine Grundschule auszulasten, genügt es sich auf die 280 Plätze der Grundstufe zu beschränken. Über den Besuch von Eingangsklassen, der nicht obligatorisch, sondern der Entscheidung der Erziehungsberechtigten anheimgestellt ist, fehlen noch ausreichend gesicherte Bedarfswerte. Es ist aber anzunehmen, daß der überwiegende Teil der Fünfjährigen an diesem Unterricht teilnehmen wird, wenn hierzu eine Gelegenheit an den Grundschulen geboten wird.

Wenn mit WAGENER(201), S. 338 eine Grundschülerquote von 7 v.H. der Bevölkerung angesetzt wird, beträgt die Mindesteinwohnerzahl 4.000. Wie aus Tabelle 11 ermittelt, ist dieser Prozentsatz für das Untersuchungsgebiet im Jahre 1969 als leicht überhöht anzusehen, für das Jahr 1975 ist er dagegen aufgrund der hohen Geburtenraten zwischen 1962 und 1967 in den meisten Fällen als Obergrenze anzuerkennen, wobei zu bemerken ist, daß 1975 die Zeit der nächsten Grundschülerzahlen schon überschritten sein wird. Diese wird im Untersuchungsgebiet zwischen 1970 und 1973 liegen, und zwar in den Nannbereichen Jesberg und Niedenstein im Schuljahr 1970/71, in den Gebietseinheiten Grifte, Wabern und Zimmersrode 1971/72 und in Zwesten 1972/73.

Eine Grundschülerquote von 7% setzt Geburtenraten von etwa 1,7% voraus.

Tabelle 11: Zahl und Bevölkerungsanteil der Grundschüler in den Nahbereichen während der Schuljahre 1969/70 und 1975/76:

Nahbereich	Einwohner am 31.12.		Grundschülerzahl im Schuljahr		Grundschüler in v.H. der Wohnbevölkerung	
	1969	1975	1969/70	1975/76	1969	1975
Grifte	3.430	4.000	217	275	6,3	6,9
Niedenstein	3.356	3.900	226	270	6,7	6,9
Wabern I	6.061	6.300	345	379	5,7	6,0
Jesberg	3.343	3.400	206	199	6,2	5,9
Zimmersrode	3.461	3.500	234	219	6,8	6,3
Zwesten	2.900	3.100	171	200	5,9	6,5

Es ist noch der Berechnungsmodus der für das Schuljahr 1975/76 angegebenen Schülerzahl nachzutragen: Zu der Anzahl der zwischen Mitte 1965 und 1969 geborenen Kinder sind 7 v.H. der tatsächlichen und prognostizierten Wanderungssalden der Jahre 1965-75 addiert bzw. subtrahiert worden, und dieses Zwischenergebnis wurde um die etwa 5 v.H. der Grundschüler ausmachenden Sonderschüler vermindert.

Die Ziffern des relativen Grundschulbesuchs, die im Untersuchungsgebiet allermeist nur 6,0-6,5 v.H. der Bevölkerung erreichen, erfordern zur Auslastung der 280 Plätze zwischen 4.300 und 4.700 Einwohner. Diese Zahlen weichen nur unerheblich von den vorgefundenen Mindesteinwohner-Richtwerten ab, die für eine zweizügige Grundschule mit 4.000 (WAGNER, RAIMER-CODERITZ-HOFFMANN¹⁾), 4.500 (OTTO¹⁾), 5.000 (HAMMER¹⁾) angegeben werden.

Grundschulen sind danach geeignete Anstalten für eine Trägerschaft ländlicher Großgemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner. Wenn die Schülerbeförderung gewährleistet ist, besteht hierüber kein Zweifel. Fehlt jedoch eine solche, dann wäre die Gemeinde nur zuständig, falls die Grundschule (auch subminimaler Größe) mehrere 2-3 km von ihrem Standort entfernte Siedlungen bedienen kann. Sind die Distanzen noch größer und können trotzdem keine Busse eingesetzt werden, so sind die überwiegend winzigen Schulen eine rein örtliche Angelegenheit.

In Gebietseinheiten der Minimalgröße von 5.000 Einwohner wird bei einem gut funktionierenden Zubringerdienst eine zweizügige Grundschule im Kleinzentrum zu erstellen sein.

¹⁾ zitiert nach ROSENBAUM (1972), S. 39

In Bereichen der angestrebten Größe von 8.000 Einwohnern können aus Gründen besserer Erreichbarkeit zwei Mittelpunktschulen dieser Art erforderlich werden, wenn die Entfernungen zwischen dem Kleinzentrum und den randlichen Nachbarortschaften fünf Kilometer erheblich übersteigen. Im Falle einer stark exzentrischen Lage der Kernsiedlung wird neben der in ihr notwendigen Schule eine weitere im Mittelpunkt des entlegenen Nahbereichsteiles zu bauen sein. Hier empfiehlt sich bei Zweikernigkeit der Großgemeinde der zweite Zentralort, sofern dieser dem ersten nicht zu nahe liegt. Besteht ein Kleinstraum nur aus drei oder vier größeren Siedlungen, so könnte die Schule in der Mitte zwischen diesen Orten liegen. In der Regel kann bei derartigen Verhältnissen - wie sie auch in den Nahbereichen Grifte und Niedenstein anzutreffen sind - auf eine Schülerbeförderung verzichtet werden, solange die Kinder nicht verkehrsreiche Wege benutzen müssen. Ein Schulweg über zwei Kilometer Länge dürfte in derartigen Situationen recht selten sein. Ansonsten ist aber eine Kernsiedlungslage vorzuziehen, weil hierbei die Zahl der zu befördernden Kinder beträchtlich vermindert werden kann, und diese Orte von den nichtmotorisierten Lehrern allgemein am besten zu erreichen sind.

b) Gesamtschulen

In der Absicht, eine bessere Durchlässigkeit der bislang meist voneinander getrennten Schultypen zu erreichen und damit dem einzelnen Schüler reichhaltigere Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, der Chancengleichheit in der Ausbildung zu dienen und Bildungsreserven zu mobilisieren sowie schließlich den Lehrkräften Gelegenheit zu zweckmäßigerer Arbeitsteilung zu geben, sollen in den Gesamtschulen die Haupt-, Realschulen, Gymnasien und gegebenenfalls auch die Grundschulen zu einer pädagogischen, organisatorischen und räumlichen Einheit zusammengefaßt werden. Nach §8(1) Schulverwaltungsgesetz i.d.F. vom 30.5.1969 müssen diese Schulen "mindestens einen Hauptschul-, einen Realschul- und einen Gymnasialzweig bis zur Klasse 10 umfassen". Dieser Bestimmung entspricht §7(1) des gleichen Gesetzes, in dem von Mittelpunktschulen gefordert wird, daß sie "von der Klasse 5 an mindestens dreizügig ausgebaut sein" sollen.

Eine Gesamtschule dieser Art zählt dann ohne (mit) den Schuljahrgängen 11-13 insgesamt 18(21) Klassen, davon jeweils sechs der Haupt- und Mittelschule und sechs (neun) des Gymnasiums oder nach den Vorstellungen einer künftigen Organisation, in der die einzelnen Zweige durch Stufen ersetzt werden: sechs Klassen der Förderstufe (5. und 6. Schuljahr), 12 Klassen im Sekundarstufenbereich (7.-10. Schuljahrgang) und evtl. drei Klassen der Studienstufe (11.-13. Schuljahr).

Diese für Gesamtschulen als notwendig erachtete Mindestgröße berücksichtigt die Forderungen nach möglichst niedrigen Baukosten und nach Auslastung der kostspieligen Fachräume wie Physik-, Chemie-, Biologie-, Zeichen-, Werk-, Musikraum und ggf. eines Sprachlabors, deren Kapazitäten mit 36 Wochenstunden angesetzt werden können. Die Räume der mit einer Doppelstunde je Woche im Stundenplan vertretenen Pflichtfächer sind durch die Klassen 5-10 oder 6-13 voll auslastbar. Für Disziplinen, in denen Wahlfreiheit besteht, dürften die Räume für den Bedarf der gesamten Klassen ausreichen.

Schulen der o.g. Größe sind auch so bemessen, daß sie zwei ausschließlich für die Leibeserziehung zuständige Lehrer voll beschäftigen können. Das gleiche gilt für jeweils eine Ein-Fach-Lehrkraft des naturwissenschaftlichen oder künstlerischen Unterrichts, die in den Schuljahrgängen 6-10 oder von der Sekundarstufe aufwärts (Klasse 7-13) tätig ist.

Die Klassenfrequenz der Förder- und Sekundarstufe soll bis zum Jahre 1975 mit 35 angenommen werden. Diese Ziffer entspricht auch den Ansätzen WAGNERS (201), S. 338 für die Hauptschulen, während er für die Mittelschulen und die Unterstufe der Gymnasien mit 30 Schülern je Klasse rechnet. Im Entwurf zum Schulentwicklungsplan des Landkreises Fritzlar-Homburg (31) wird eine maximale Klassenstärke von 40 zugrundegelegt. Eine den pädagogischen Wünschen folgende Senkung der Frequenz unter 35 erscheint angesichts des Lehrermangels und der steigenden Schülerzahlen in der nächsten Zukunft nicht realisierbar.

Eine Gesamtschule der Jahrgänge 5-10 hätte danach eine Unterrichtskapazität von 630 Schülern. Werden hierzu noch die drei Klassen der Schuljahre 11-13 gezählt, für die allgemein Klassenstärken von 25 angesetzt werden, so böte eine solche Mittelpunktschule rd. 700 Schülern Platz.

Nach einer groben Überschlagsrechnung sind ca. 7.800 Einwohner nötig, um eine Gesamtschule dieser Mindestgröße auszulasten. Diese Zahl ergibt sich aus folgenden Prämissen: Der Anteil hauptschulpflichtiger Kinder und Jugendlicher an der Bevölkerung kann mit rd. 5,5 v.H. angenommen werden. WAGENER(201), S. 338 nennt hingegen nur 4,5%. Der hohe Wert ist trotz des zu erwartenden Rückganges des Grundschulbesuchs, den MORGEN(130), S. 23 bis 1980 auf 20% schätzt, gewählt worden, weil in Kürze mit der generellen Einführung des 10. Pflichtschuljahres zu rechnen ist und 1975 die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1960 und 1965 diese Schule besuchen werden. Wird in Übereinstimmung mit WAGENER(201), S. 345f der Bevölkerungsanteil der Realschüler auf 1,5 und der der Gymnasiasten auf 2,0 v.H. festgesetzt, so kämen 1975 etwa 9 v.H. der Einwohner als Frequenten der Gesamtschule in Betracht. Für den Landkreis Fritzlar-Homberg wird ein noch etwas höherer Vonnahmededersatz zugrunde zu legen sein, weil dort schon am 1.1.1969 die Gymnasiasten 2,0 und die Mittelschüler knapp 1,9% der Bevölkerung ausmachten.

Im Untersuchungsgebiet wird der Platzbedarf für die Förder- und Sekundarstufe zum 31.12.1975 wie folgt berechnet: Zu den Grundschulern des Schuljahres 1969/70 werden die in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 4-5jährigen Kinder gezählt. Diese Summe wird um 9 v.H. der Wanderungsgewinne bzw. -verluste der Zeit zwischen 1970 und 1975 und um die 5 v.H. der Sonderschüler korrigiert. Die Zahl der Grundschüler ist bereits ermittelt worden, die 1969 Vier- und Fünfjährigen können unschwer aus den Geburtenzahlen festgestellt werden, die in den Statistischen Berichten (183) halbjährlich veröffentlicht werden.

Obwohl es durch größere Stärkeunterschiede in den Jahrgängen, die im herkömmlichen starren System der Jahrgangsklassen nicht egalierbar sind, zu Raumbedarfsabweichungen gegenüber einer gleichmäßigen Verteilung der Altersgruppen kommen kann, ist es hier nicht beabsichtigt, im einzelnen die für das Jahr 1975 zu erwartenden Klassenzahlen und -stärken festzustellen, wie dies im Entwurf zum Schulentwicklungsplan des Landkreises Fritzlar-Homberg(31) mit Hilfe einer Fortschreibung der 1969 ermittelten Klassen- und Geburtenjahrgänge geschehen ist. Der Verzicht auf eine derartige Feinbestimmung des Bedarfs gründet sich zum einen darauf, daß sich durch Wanderungsbewegungen, die in den Berechnungen des Entwurfs zum Schulentwicklungsplan unberücksichtigt bleiben, nicht genau vorhersehbare Veränderungen in der

Jahgangsstruktur einstellen können, und zum anderen darauf, daß in dieser Arbeit die für die einzelnen Einrichtungsarten erforderlichen Einwohnerzahlen nur überschlägig erfasst werden sollen. Für konkrete Planungsvorhaben sind solche weitergehenden Bedarfsermittlungen indes unerlässlich.

Die Zahlen und Bevölkerungsanteile der Gesamtschüler der Förder- und Sekundarstufe, die in den Nahbereichen 19/5 wahrscheinlich auftreten werden, sind in Tabelle 12 zusammengestellt.

Tabelle 12: Zahl und Bevölkerungsanteil der in den Nahbereichen am 31.12. 1975 wahrscheinlich vorhandenen Gesamtschüler:

Nahbereich	Zahl der Einwohner	insges.	Zahl der für den 31.12.1975 errechneten Gesamtschüler			Gesamt- schüler in v.H. der Bevölkerung
			Grund- schüler 1969/70	davon die 1969 4-5jährigen	aus Wanderungs- bewegungen 1970/75	
Grifte	4.000	359	217	104	38	9,0
Wiedenstein	3.900	364	226	100	38	9,3
Wabern I	6.300	553	345	203	5	8,8
Wabern II	8.900	775	490	294	- 9	8,7
Jesberg	3.400	294	206	88	-	8,6
Zimmersrode	3.500	352	234	127	- 9	10,0
Zwesten	3.100	299	171	116	12	9,6
Jesberg, Zimmersrode und Zwesten zusammen:						
	10.000	945	611	331	3	9,5

Die Berechnungen zeigen, daß ein Prozentsatz der Gesamtschüler an der Bevölkerung von 9,0-9,5 brauchbar ist, wenn er auch mitunter noch höher angesetzt werden muß, zumal in ihm auch die Schüler der Studienstufe noch nicht enthalten sind.

Eine dreizügige Gesamtschule benötigt zu ihrer Auslastung etwa 7.000-8.000 Einwohner und erweist sich damit als nur den größeren Landgemeinden angemessen. Für die einzige Schule dieser Art im Nahbereich, die von jungen Menschen täglich aufgesucht werden muß, und folglich eine möglichst günstige Standortwahl verlangt, ist ein Standort in der Kernsiedlung angezeigt.

Da im Unterschied zu den Mittelpunktschulen der Grundstufe die Gesamtschulen von allen Kindern der Ortsgemeinden zu besuchen sind, und die Entfernungen in Kommunen über 7.000 Einwohner die zumutbare Schulweglänge von 2-3 Kilometer in vielen Fällen bei weitem übersteigen, ist zumindestens für die peripheren Siedlungen eine Schülerbeförderung erforderlich.

Über ihre sozialen und pädagogischen Vorteile hinaus, verkürzt eine solche Gesamtschule auch die Wegeaufwände, denn für einzelne Realschulen und Gymnasien werden je nach Prämissen (Zahl der Züge, Klassenstärke usw.) 15.000-35.000 Einwohner als notwendig erachtet. Daraus ernellt, daß dieser Schultyp den schwierigen Verhältnissen ländlicher Räume am meisten entgegenkommt.

2. Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Hierzu werden üblicherweise die öffentlichen- oder Volksbüchereien und Volkshochschulen gerechnet, obwohl deren Leistungen i.d.R. auch Schülern und Jugendlichen zugänglich sind.

Neben dem allgemeinen Ziel, "den mündigen, verantwortungsbewußten, freien, sozialgebundenen Menschen zu schaffen"¹⁾, bleibt als Hauptaufgabe, den Erwachsenen in einer sich außerordentlich rasch verändernden Welt, in der der einstige schulische Lehrstoff schnell veraltet oder unzulänglich wird, das notwendige Orientierungs- und Fachwissen zu vermitteln.

a) Volkshochschulen

Die Funktionen dieser Bildungsinstitute werden klar in den §§1 und 2(1) des Gesetzes über Volkshochschulen vom 12.5.1970 (GVBl. I. S. 341) umrissen:

"Volkshochschulen...haben die Aufgabe, den Teilnehmern ihrer Veranstaltungen die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten für Leben, Beruf und gesellschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen. Ihr Bildungsangebot wendet sich an alle Erwachsenen und Heranwachsenden, die ihr Wissen und ihre Bildung erweitern wollen und durch Weiterlernen eine ständige Auseinandersetzung mit den Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erstreben" und

"Volkshochschulen sind Einrichtungen von überwiegend örtlicher oder regionaler Bedeutung, die ihre Bildungsarbeit in Form von Arbeitsgemeinschaften, Seminaren, Lehrgängen durchführen."

Der Benutzerkreis und die selbst bei regelmäßig durchgeführten Kursen verhältnismäßig geringe Veranstaltungshäufigkeit lassen ein zentrales Angebot der volkshochschulischen Bildungsarbeit zu. Um diese Tätigkeit, die von großem politischen Interesse ist, wirksam werden zu lassen, ist u.a. auch eine Lage in gut erreichbaren Zentralorten notwendig.

¹⁾ Äußerung des ehemaligen Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt/M., Dr. Kolb; zitiert nach HESSENAUER (72), S. 66

Wenn auch §4(1) des hessischen Volkshochschulgesetzes im ländlichen Raum diese Aufgabe der Volksbildung den Landkreisen überträgt, so soll doch hier einmal versucht werden, festzustellen, ob diese öffentliche Tätigkeit nicht auch von größeren kreisangehörigen Gemeinden zwischen 8.000 und 10.000 Einwohnern erbracht werden kann, zumal Volkshochschulen derzeit von einer großen Zahl kleiner und mittelgroßer Städte mit Erfolg getragen werden, und ROSENBAUM(192), S. 51 zumindestens einen Vortragsring in Einzugsbereichen von 10.000 Einwohnern für angemessen hält. Bei dieser Überprüfung wird von den Kursen, Lehrgängen, Arbeitsgemeinschaften usw., die hier zusammenfassend künftig als Kurse bezeichnet werden, ausgegangen.

Nach den Angaben STEINS(187), S. 256 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 1963 1,6 Millionen Belegungen in 68.000 Kursen registriert. Das bedeutet, daß 2,9 v.H. der rd. 55 Millionen Einwohner des Bundesgebiets von diesem Bildungsangebot Gebrauch gemacht haben. Die durchschnittliche Kursusstärke betrug dabei etwa 24 Personen. Aus einer Zusammenstellung RAIFFs(149), S. 304ff über die Volkshochschularbeit deutscher Gemeinden des Jahres 1967 ist zu entnehmen, daß 163 zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner zählende Städte, die zusammen rd. 5,2 Mill. Bewohner besaßen, ca. 13.800 Kurse veranstalteten, die insgesamt 271.700 Belegungen erreichten. Die Teilnehmerzahl je Kurs, die hier - von wenigen Ausnahmen abgesehen - zwischen 12 und 25 schwankte, wies ein arithmetisches Mittel von knapp 20 auf. Einer Angabe DEGENs(21), S. 54 zufolge, wurde die gleiche Ziffer für die BRD 1969 ermittelt. Zwischen den Jahren 1963 und 1969 ist allerdings eine Annahme der Belegungsstärke unverkennbar.

Der Beteiligungsgrad in den Städten 1967, dessen Hauptstreuungsfeld zwischen 1 und 10 v.H. der Bevölkerung und dessen Mittel bei 5,2% lag, überstieg erheblich den Bundesdurchschnitt von 1963, welcher durch unversorgte Gebiete gedrückt wurde. Bemerkenswert ist jedoch, daß das Maximum der Besucherziffern noch immer bei 2-3% anzutreffen ist. Wird bei diesen niedrigen Beteiligungsquoten das Vorhandensein hoher durchschnittlicher Kursusstärken über 20 Personen vereinfachend als Unterversorgung der Bevölkerung - etwa infolge fehlender Lehrkräfte oder geeigneter Räumlichkeiten - interpretiert, so sind rund die Hälfte aller Fälle so geringen Besuchs auf eine schwächere Nachfrage zurückzuführen.

Wenn selbst die Stadtbewohner, die im allgemeinen noch etwas höhere Bedarfswerte zeigen und die ihre zentralen Einrichtungen verhältnismäßig leicht erreichen können, ihre Bildungsstätten oftmals so wenig besuchen, so wird im ländlichen Raum kaum mit wesentlich höheren Nachfrageraten zu rechnen sein.

Die Mindestgröße einer eigenständigen Volkshochschule ist außerordentlich schwer, und über den Raum- und Personalfaktor überhaupt nicht zu bestimmen. Vermutlich liegt es daran, daß in der benutzten Fachliteratur weder klare Angaben noch verwendbare Hinweise gefunden wurden. Es soll daher versucht werden, die Minimalkapazität in etwa folgendermaßen in den Griff zu bekommen: Um der Bevölkerung ein attraktives Bildungsangebot zu machen, d. h. den vielfältigen Bildungsabsichten der Einwohner möglichst weitgehend zu entsprechen, ist es notwendig, eine große Anzahl von Sachbereichen zu pflegen. Wenn zum Zwecke einer überschaubaren Auswahl mindestens zwei Veranstaltungen je Hauptdisziplin (politische Bildungsarbeit; Geisteswissenschaften; Naturwissenschaften; Fremdsprachen; Berufsförderung; Vorbereitung auf Schulabschlüsse; künstlerisches Laienschaffen; Film und Fernsehen; Gesundheitswesen, Körperpflege, Sport; Hauswirtschaft) zu fordern sind, so müssen im Trimester 20 und im Jahr 60 Kurse abgehalten werden.

Soll außer bei sportlichen Veranstaltungen nicht auf Räume allgemeinbildender Schulen zurückgegriffen werden, so könnten durch ein solches Programm bei einer Raumbelastung von zwei Doppelstunden je Abend (18-21 Uhr) zwei volkshochschuleigene Räume an den Wochentagen (Montag-Freitag) voll ausgelastet werden. Für die Einzelveranstaltungen, die oftmals recht hohe Besucherzahlen erzielen, wäre zusätzlich ein großer Vortragsraum zu erstellen. Angesichts der allmählich sinkenden Belegungsziffern je Kurs und der Verkehrsschwierigkeiten im ländlichen Raum wird hier nur eine mittlere Teilnehmerzahl von 15 Personen in Rechnung gesetzt. Somit mißt die Kapazität einer solchen Volkshochschule 900 Plätze. Bei einem Beteiligungsgrad von 3 v. H. der Bevölkerung ist sie in einem Einzugsbereich von 30.000 Einwohnern auslastbar. Ist nach dieser Rahmencalculation die eigene Volkshochschule keine Aufgabe der Großgemeinden bis 10.000 Einwohner, so können in ihnen - trotz der weitgestreuten Bildungsinteressen - allgemein

stark frequentierte Veranstaltungen sehr wohl auslastbar sein, d.h. die erforderliche Teilnehmerzahlen (15-20 für theoretische Fächer, 6-10 für praktische Übungen) erreichen.

Die Erreichung der Teilnehmerzahlen einzelner Kurse besonders starker Nachfrage sowie die Überprüfung der angenommenen Durchschnittsbeteiligung von 4 v. d. Bevölkerung ist jetzt anhand der Arbeitsergebnisse der Volkshochschule im Landkreis Fritzlar-Homberg vorzunehmen. Das Kultur- und Volkshilfswerk des Kreises führt seine Veranstaltungen fast ausschließlich in den größeren Orten wie Fritzlar-Homberg oder Borken durch. Englisch-Kurse werden in allen drei, Französisch-Lehrgänge nur in den beiden erstgenannten Städten angeboten. Lediglich die für die Führerscheinprüfungen benötigten und deshalb besonders stark frequentierten Erste Hilfe-Kurse werden in Zusammenarbeit mit DRK-Fritzlar auch in den Ortschaften der Nahbereiche - und keinesfalls nur in deren Zentren - abgehalten.

Im Landkreis Fritzlar-Homberg wurden im Jahre 1970 126 Kurse, Lehrgänge, Arbeitskreise etc. mit 2.688 Belegungen durchgeführt. Die mittlere Teilnehmerziffer je Veranstaltung belief sich somit auf 21 und die durchschnittliche Beteiligungsquote, bei einer Einwohnerzahl des Kreises von rd. 64.800, auf 3,2%. Letztere stimmt also recht gut mit dem Ansatz in der Überschlagsrechnung überein. Die Abweichung der tatsächlichen Kursstärke um 6 Personen von der Mindestforderung soll indes nicht zum Anlaß genommen werden, einen noch größeren Einzugsbereich der Volkshochschulen anzunehmen. Über die Verteilung der Lehrgänge und Belegungen auf die einzelnen Sachgebiete gibt Tabelle 13 Auskunft.

Tabelle 13: Volkshochschulkurse und Belegungen im Landkreis Fritzlar-Homberg 1970:

Stoffgebiet	Kurse	Belegungen
Gesellschaftslehre, Politik, Geschichte, Volkswirtschaft, Recht	2	24
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	2	47
Mathematik	5	157
Verwaltung, Beruf	18	139
Englisch	9	104
Französisch	4	65
andere Fremdsprachen	2	25
Kunst, Freizeitgestaltung	14	118
Hauswirtschaft	2	19
Gesundheit, Sport, Körperpflege	66	1.928
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	1	34
Summe	126	2.688

Die während des ersten Halbjahres 1970 in den hier interessierenden Nahbereichen durchgeführten Erste Hilfe-Kurse und die darin festgestellten Teilnehmerzahlen aus diesen Gebietseinheiten sind in Tabelle 14 zu ersehen.

Tabelle 14: Teilnehmer aus den Nahbereichen an Erste Hilfe-Kursen im ersten Halbjahr 1970:

Kursort	Einwohnerzahl (31.12.69) des Kurs- des Nah- ortes bereichs		Teilnehmerzahl an Kursen in Erster Hilfe insges. davon aus davon aus Kursort Nahbereich		
Wabern	3.044	mit Zennern	23	16	16
Zennern	1.056	8.740	28	28	28
Udenborn	252		21	14	14
Zwesten	1.517	2.900	18	11	12
Waltersbrück	545	3.461	22	16	20

Von den 70 Teilnehmern der vier Englisch-Kurse, die im Winter 1970/71 in den Orten Fritzlar und Homberg veranstaltet wurden, kamen 15 Personen aus den Nahbereichen Wabern und Zwesten, welche mit Zennern zusammen rd. 10.000 Einwohner besaßen. Die übrigen Kleinsträume entsandten überhaupt keine Besucher. In den anderen Lehrgängen blieben die Frequenten aus den Nahbereichen hinter den notwendigen Teilnehmerzahlen zurück.

Nach Auskunft der für die Kulturarbeit des Kreises zuständigen Referenten werden auch hier etwa 30.000 Einwohner für erforderlich gehalten, um ein genügend vielseitiges Programm wirtschaftlich anbieten zu können. Über annähernd große Einzugsbereiche verfügen auch die drei Kursorte der Volkshochschule im Landkreis.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß selbständige Bildungsstätten dieser Art und der geschilderten Mindestleistung in Großgemeinden unter 10.000 Einwohner weder tragbar noch auslastbar sind, auch wenn einzelne Veranstaltungen stärkeren Interesses die notwendigen Teilnehmerzahlen auf sich vereinigen können. Die Volkshochschulen sind also angemessene Einrichtungen von Gemeinde- und Zweckverbänden, die den Schulbetrieb hauptsächlich in den Mittel-, allenfalls in den Unterzentren durchführen. Diese Träger sollten aber diejenigen der vorangekündigten Veranstaltungen, für die sich ausreichende Teilnehmerzahlen aus den kleinen Nahbereichen angemeldet haben, in den Gemeinschaftsräumen der Kernsiedlungen oder in Klassenzimmern der Mittelpunktschulen abwickeln, um so die Nachfrage durch geringe Wegeaufwände hoch zu halten bzw. zu steigern. Für Nanobereiche mit

erforderungsgemäß stets hinreichenden Besucherzahlen in mehreren Kurven ist schon die Errichtung einer festen Aussenstelle zu erwägen.

b) Öffentliche Büchereien

Vie PRADER(159), S. 259 schreibt, hat der Begriff "Öffentliche Bucherei" an der "Volksbücherei" heute weitgehend ersetzt, weil das Aufgabengebiet durch die zunehmende Berücksichtigung der Fachliteratur neben den traditionell gepflegten und bislang populären Sparten der Belletristik und der Jugendbücher stark erweitert wurde, der Aspekt der Öffentlichkeit für die Büchereien entscheidend ist und der Name Volksbücherei "in seinem Anklang an literarisch-pädagogische Arbeit irreführend ist".

Über die Organisation des ländlichen Büchereiwesens bestehen unter den Fachleuten schon recht dezidierte und weitgehend übereinstimmende Vorstellungen. Nach den Empfehlungen des Gutachtens der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung(99) sollte die Mindestgröße einer eigenständigen gemeindlichen Bibliothek 10.000 Bände betragen. Auch MÜLLER-HEIDELBERG(132), S. 73 vertritt die Ansicht: "Eine öffentliche Bucherei, die den Anforderungen unserer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und den buchereifachlichen Notwendigkeiten in Breite und inhaltlicher Differenzierung des Buchbestandes einigermaßen genügen soll, erfordert einen Mindestbestand von 8.000-10.000 Bänden, darunter 2.000-3.000 Bände spezieller Literatur für Kinder und Jugendliche." Im Rahmen der kleinen ländlichen Gemeinden heutigen Zuschnitts, den künftigen Ortschaften, ist diese Aufgabe nicht zu meistern. So ist KUDNIG(106), S. 478 zuzustimmen, wenn er sagt: "Die Dorfbücherei vermag dieses Angebot aber weder quantitativ -in bezug auf ihre räumlichen und finanziellen Möglichkeiten- noch qualitativ -in bezug auf die Leserberatung- zu bewältigen.

Als vorläufiges Leistungsziel wird im KGST- Gutachten(99), S. 15 "unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes und des internationalen Vergleichs" eine Sollbestandsrelation von einem Buch je Einwohner genannt, wonach sich eine Stadt von 10.000 Bewohnern als geeigneter Träger einer solchen Bücherei erweist.

Auch wenn die von WEIMAR(206),S.83 und (207),S.95 für die kleinsten Büchereien geforderte erhöhte Leistung von 2,5 Bänden je Kopf der Bevölkerung zugrundegelegt wird,beträgt die notwendige Einwohnerzahl für die o.g. Mindestbibliotheksgröße noch immer 3.200-4.000.

Solange überdies die Bewohner städtischer und ländlicher Siedlungen -wie die Erfahrung lehrt- nicht bereit sind,mehr als 15 Minuten Fußweg aufzuwenden,um annähernd regelmäßig eine Ausleihestelle aufzusuchen,gehören die öffentlichen Standbüchereien auch nicht zu den zentralen Einrichtungen ländlicher Großgemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner.

Ogleich bei den Bibliotheken das Prinzip der Wirtschaftlichkeit weit hinter dem der Förderung der Volksbildung zurücksteht, so darf dieses Bedeutungsverhältnis jedoch nicht zu einer allzu starken Diskrepanz zwischen Bücherangebot und -nachfrage führen, d.h. auf ein Mindestmaß an Kapazitätsauslastung ist auch hier zu achten.

Die minimale Leistungsfähigkeit der Büchereien soll in dieser Arbeit durch die erwünschte Häufigkeit,mit der die Mindestanzahl von 10.000 Bänden während eines Jahres ausgeliehen wird, bestimmt werden.Aus den von KUDNING(106),S.478 und WEIMAR(207), S.75,(206),S.83 und (207),S.93 und 95 genannten Richt- und Zielwerten für das Leistungsangebot von 2,5 Bänden je Einwohner und für die Nachfrage von 5,5-6,0 Bänden je Bewohner und Jahr könnte geschlossen werden,daß die vorhandenen Bücher zweimal während des Jahres verliehen werden sollten.Aber in Anbetracht der in dieser Relation enthaltenen Wunschvorstellung für die Zukunft und der Bedeutung,auch eine niedrige Nachfrage zu befriedigen bzw. zu steigern, soll als Mindestkapazität nur das einmalige Ausleihen des Bestandes angesetzt werden.

Ein anderes Maß, das Leistungsvolumen einer Bibliothek zu bestimmen -so etwa über das Betreuungsvermögen des Personals- bereitet noch größere Schwierigkeiten,weil die von WEIMAR(206),S.85 empfohlenen Öffnungszeiten zu stark bedarfsabhängig sind, und auch die auf die Zeiteinheit umgerechnete Ausleihzahl infolge sehr wechselnder Beratungsnotwendigkeiten kaum generell festlegbar ist.Von der Raumseite her ist eine befriedigende Kapazitätsbestimmung,die eine umfassende Bemessung der Auslastbarkeit erlaubt,gleichfalls nicht durchführbar,weil die Lesesäle nur von

einem keinesfalls allgemeingültig festlegbaren Teil der Besucher in Anspruch genommen werden, das in der Größe vom Buchbestand abhängige Magazin einer Thekenbücherei nicht von den Benutzern betreten werden kann, und der Raum einer im allgemeinen flächenbeanspruchenden Freilandbibliothek durch lediglich buch-suchende Menschen unter normalen Bedingungen kaum jemals auslastbar ist.

Eine solche Benutzungsintensität in Höhe einer einmaligen Ausleihe der gesamten Bücherzahl im Jahresverlauf ist heute -freilich bei geringeren Angebots- und Nachfrageziffern je Einwohner, wie sie oben angegeben sind- in den meisten größeren Bibliotheken erreicht und oftmals überschritten. Wie THAUER (189) berichtet, kamen in der Bundesrepublik Deutschland 1963 rd. 61 Millionen Ausleihen auf 22 Millionen Bände, d.h. bei einem Bestand von 0,4 Bänden je Einwohner 2,8 Entlehnungen auf ein Buch. Aus einer von KAUARS (93) zusammengestellten Übersicht über die Verhältnisse im Büchereiwesen deutscher Städte 1968 kann entnommen werden, daß die Bibliotheken der kleinsten dort berücksichtigten 16 Städte zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner fast die gleichen Werte zu verzeichnen hatten, nämlich bei einer Buch-Einwohner-Relation von 0,4; 2,8 Entlehnungen je Band. Nach einer Umrechnung auf den Normbestand von einem Buch pro Einwohner wären noch immer 1,1-1,4 Ausleihen je Band feststellbar, vermutlich aber sogar noch mehr, weil i.d.R. die Nachfrage mit der Reichhaltigkeit des Angebots wächst. Obwohl es hier nicht darum geht, die Kapazität und ihre Auslastung relativ zu bestimmen, so soll doch gezeigt werden, daß die Leistungsfähigkeit dieser so wenig wirtschaftlichen Einrichtungen auch unter den heutigen Gegebenheiten voll in Anspruch genommen werden kann, d.h. nicht zu hoch angesetzt ist. Die Mindestkapazität kommunaler Büchereien beträgt danach 10.000 Ausleihen im Jahr.

Die in der Zahl entliehener Bücher je Einwohner ausgedrückte Nachfrage betrug nach den Angaben THAUERS (189) in der BRD 1963 1,1, während sie in den von KAUARS (93), S. 259 und 268 aufgeführten 16 Kleinstädten des Jahres 1968 -bei Schwankungen zwischen 0,4 und 3,2- eine durchschnittliche Höhe von 1,55 erreichte. Wird eine derartige mittlere Inanspruchnahme unterstellt, so könnte eine Bibliothek der o.g. Mindestkapazität schon durch 7.400 Einwohner ausgelastet werden. Die starke Streuung der Be-

darfswerte im einzelnen gestattet es allerdings nicht, eine völlig gesicherte, allgemeingültige Mindesteinwohnerzahl zu nennen.

Sollten sich nun kleinere Gemeinden, beispielsweise in der Größenordnung zwischen 1.000 und 5.000 Einwohner wider Erwarten eine eigene Bücherei des Mindestumfangs finanziell leisten können, so müßten hohe bzw. bislang völlig unerreichbare Entlehnungsziffern je Einwohner von 2-10 auftreten, um den Buchbestand in wünschenswertem Ausmaß zu nutzen.

Aber auch bei dem geringen Bücherangebot zu kleiner Bibliotheken läßt sich die erstrebenswerte Auslastung nur selten feststellen, weil die bescheidenen Bestände den differenzierten und steigenden Bedürfnissen nicht genügend Rechnung tragen können. Das nur in wenigen größeren Gemeindebüchereien des Untersuchungsgebietes gewonnene und in Tabelle 15 dargestellte Ergebnis mag diese Behauptung belegen.

Tabelle 15: Buchbestand und Ausleihen 1969 in den Gemeindebibliotheken der Nahbereiche:

Gemeinde	Einwohner am 31.12. 1969	Buchbestand 1969 insges.	Ausleihen im Jahre 1969			
			je Einwohner	insges.	je Buch	Einwohner
Jesberg	1.851	723	0,39	750	1,04	0,41
Zwesten	1.517	989	0,65	2.527 (3.106)	2,65 (3,14)	1,67 -
Niedenstein	1.492	905	0,61	608	0,67	0,41
Holzhausen/H.	641	560	0,87	241	0,43	0,38
Oberurff- Schiffelborn	640	566	0,89	495	0,87	0,77

() einschließlich Entlehnungen an Fremde

Ist also eine in Buchbestand wie Benutzungsintensität befriedigende eigene Bücherei in ländlichen Gemeinden, insbesondere bei starker Siedlungszersplitterung, nicht zu erreichen, so sind Formen kommunaler Zusammenarbeit zu entwickeln, um die notwendige Versorgung zu schaffen, sichern oder zu verbessern. Hierüber liegen von MÜLLER-HEIDELBERG(132), SCHULZE(174), WEIMAR(206) u.a. großräumige Lösungsvorschläge vor, die in der Art der Durchführung, der Organisation weitgehend übereinstimmen, in der Größe der Träger und Einrichtungen noch starker voneinander abweichen: Im Rahmen der zu schaffenden Groskreise soll ein Büchereisystem mit einer zentralen Stelle (für das Lektorat, die Buchpflege -

Vervielfältigungsabteilung usw.), ortsfesten Ausleihstellen in den einwohnerstärkeren Siedlungen und einem Fahrbüchereidienst für kleinere Ortschaften eingerichtet werden. Die Grenzgröße der Siedlungen, die den geeigneten Einsatz einer Stationsbücherei von dem eines Fahrzeugs trennt, wird von den einzelnen Autoren unterschiedlich angesetzt: von KUDNIG(100), S.477 mit höchstens 1.000, WEIMAR(101), S.71 und(200), S.83 mit 1.000, allenfalls 2.000 und von WILHELM(174), S.84 mit 2.000 oder gar 3.000 Einwohnern. Auf die gegebenenfalls landlichen Randbereiche bzw. Großgemeinden bezogen bedeutet dies, daß die Kernsiedlungen kleine ortsfeste Ausleihstellen mit einem austauschbaren Buchbestand von etwa 5.000-7.500 Bänden erhalten, während die Nachbarorte von den Fahrbüchereien aufgesucht werden. Nach KUDNIG(106), S.480 hat ein hierfür verwendbarer mittelgroßer Bus mit einer Kapazität von 1.000 Bänden, der für Mitarbeiter und Dorikern angepaßt ist, bei vierzehntäglicher Bedienung der Ortschaften ein "Operationsfeld" von rd. 10.000 Einwohnern. Da derart kleine fahrbare Büchereien keine Jugendbücher mitführen können, dürfte durch den teilweisen Ausfall der sodann stärker auf die Schüler- und Stadtbibliotheken der Kernsiedlung verwiesenen Kinder zumindestens anfänglich ein spürbarer Rückgang in den Ausleihzahlen eintreten.

Bei einer solchen "Bücherei-Verbundwirtschaft" sind weder die Fahrbüchereien noch die kleinen ortsfesten Bibliotheken, die zwar in ihrer Bedarfsdeckung lokale Einrichtungen, organisatorisch aber Zweigstellen der Kreisbücherei sind, Obliegenheiten der künftigen Großgemeinden. Erst wenn sich die Bevölkerung an ein regelmäßiges Aufsuchen der Kernsiedlungen gewöhnt hat und mit Hilfe der werbewirksamen fahrbaren Bibliotheken eine Steigerung der Ausleihzahlen erzielt ist, konnte den alsdann voll auszubauenden ortsfesten Büchereien in den Kernsiedlungen eine zentrale Bedeutung zukommen. Die Übernahme des landlichen Büchereiwesens durch die Großgemeinden wäre indes nur sinnvoll, sofern eine genügende Koordination in der Bücherbeschaffung und ein wechselseitiger Austausch von Bänden gewährleistet sind.

3. Fest- oder Gemeinschaftssäle

Diese Räume haben die Aufgabe, sozial-kulturellen Zwecken zu dienen, in erster Linie also künstlerischen Darbietungen, Veranstaltungen der Volksbildung, der öffentlichen oder vereinsgetragenen Geselligkeit und größeren privaten Familienfeiern (Hochzeiten, Taufen, Leichenschmaus etc.) Platz zu bieten. Darüber hinaus sollen sie auch politischen Versammlungen, einschließlich der Gemeindevertretersitzungen, sowie Verbandstagen zur Verfügung stehen.

Diese Gemeinschaftsräume sind heute zumeist neben den hygienischen Einrichtungen wie Saunen, Wannenbädern und den die Arbeit ländlicher Hausnachte auf wirtschaftliche Weise erleichternden Gemeinschaftsanlagen (Tiefgefrieranlage, Kelterei, Mosterei, Back- und Schlachtraum, Wasch-, Trocken-, Bügelraum, Nähstube) Bestandteil der Dorfgemeinschaftshäuser. Sie sind es auch in den Bürgerhäusern der Gemeinden über 5.000 Einwohner, in denen jedoch die o.g. wirtschaftlichen und hygienischen Einrichtungen i.d.R. zugunsten von Kindergärten, Jugend- und Sozialräumen, Büchereien usw. zu rücktreten. Als selbstständiges Gebäude kann ein Gemeinschaftssaal in Form einer Mehrzweckhalle allein oder neben einem Dorfgemeinschafts- bzw. Bürgerhaus errichtet werden. Wie es in den vom hessischen Minister des Innern herausgegebenen Richtlinien für die Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern, Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen in Hessen (Landesrichtlinien für Gemeinschaftshäuser -IVg-II 6028- vom 29.1.1960) im Staatsanzeiger 21/1960(182), S.616 heißt, sollen die Mehrzweckhallen "den Raum für kulturelle Veranstaltungen und leibeserzieherische Betätigungen bieten".

Im Gegensatz zu den der Arbeitserleichterung der Landfrau und der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse im Dorf dienenden Einrichtungen, deren Zweckbestimmungen keine längeren Wege erlauben, und die somit als örtliche Anlagen betrachtet werden müssen, sind die Gemeinschaftsräume aufgrund ihrer i.d.R. erwachsenen Benutzer und der relativen Seltenheit der Inanspruchnahme durch den einzelnen als zentrale Einrichtungen von Kernsiedlungen geeignet; ja ihre geringe Ausnutzung in den kleinen Ortschaften läßt eine solche Zentralisierung sogar ratsam erscheinen.

Die Nachforschungen in einer Reihe von Dorfgemeinschaftshäusern des Untersuchungsgebietes haben erbracht, daß die Säle -die

regelmäßigen Benutzungen durch Gemeindevorsteher, Gesangsvereine, Jugend- und Konfirmandengruppen u.a. mit eingerechnet - nur an zwei bis drei Tagen in der Woche für einige Stunden belegt sind. Hierbei bewirkte die Zunahme der Ortsgröße von 500 auf 1.500 Einwohner noch nicht einmal in allen Fällen eine Steigerung der Nachfrage um eine Veranstaltung je Woche. Erst dadurch, daß Nachbarsiedlungen mit ihren Nutzergruppen den Saal mit in Anspruch nehmen, ist eine bessere Auslastung erreichbar. Die Mehrzweckhalle der rd. 3.050 Einwohner zählenden Gemeinde Wabern wies im Jahre 1969 ohne die allwöchentlich wiederkehrenden Benutzungen 76 Belegungen auf, von denen 16 auf Sitzungen überörtlicher Verbände, 11 auf gemeindliche, 28 auf Vereins-, 4 auf kulturelle Veranstaltungen und 17 auf private Familienfeiern entfielen. Auch LAUX(113), S. 140 spricht sich gegen lokale Gemeinschaftsräume im ländlichen Bereich aus: "Nach den bisherigen Erfahrungen unserer Gesellschaft ist hier jedoch größte Vorsicht geboten, weil eine Auslastung im allgemeinen recht schwierig ist und die Folgekosten nicht unbeträchtlich sind." Eine von ihm empfohlene zentrale Einrichtung von 500 Sitzplätzen "muß bei beschleunigtem Betriebsprogramm schon auf einen Einzugsbereich von ca. 40.000 Einwohnern zurückgreifen können". Sale dieses Ausmaßes überschreiten bei weitem die Mindestgröße und -kapazität und die zu ihrer Auslastung im ländlichen Raum erforderliche nochgradige Konzentration auf die Mittelzentren erzwingt Wege zurückzulegen, die für die meisten der angegebenen Nutzungszwecke wesentlich zu lang sind. Derart entfernte Gemeinschaftsräume würden von den Einwohnern kleiner Ortschaften auch nicht mehr als die inren betrachtet und somit nur noch bei besonders attraktiven, von öffentlicher Seite aufgezeigten Veranstaltungen besucht. So räumt denn auch LAUX(113), S. 146 ein, daß derartig dimensionierte Sale eine "gewisse Bevölkerungsdichte" voraussetzen, damit "das Einzugsgebiet nicht räumlich zu groß ist".

In ländlichen Gebieten sind daher kleinere Festsäle zu erstellen. In naiver Verwendung des von LAUX genannten Nachfragewertes würde ein Raum der absoluten Mindestgröße von 100 Plätzen in einem Bereich von 8.000 Einwohnern auslastbar sein. Bei einer Reihe von Gruppennutzungen kommt es jedoch keineswegs darauf an, daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt ist. Auch den Trägern der Einrichtung ist vielmehr an einer möglichst kontinuierlichen Ausnutzung des Gemeinschaftsraumes als an

wenigen, voll ausgelasteten Veranstaltungen gelegen. Auch wenn die Zeiten für die Vor- und Nachbereitungen mit einbezogen werden, wird aber eine zeitlich lückenlose Belegung nicht möglich sein, weil sich die den einzelnen Benutzern passenden Termine nicht völlig aufeinander abstimmen lassen. Nach den Erfahrungen, die in den Gemeinden des Untersuchungsgebietes gewonnen wurden, lassen sich jedoch die Gemeinschaftsräume kleiner Nanbereiche um 5.000 Einwohner wenigstens an den Wochenenden durch größere Familienfeste und in den Nachmittags- und Abendstunden der Wochentage durch kulturelle Veranstaltungen aller Art, Geselligkeiten und Vereinstreffen recht gut auslasten. In größeren Gebietseinheiten resp. bei erhöhter Nachfrage ist es schon sinnvoll, die allwöchentlich stattfindenden Treffen kleiner Gruppen in einen vom großen Saal abtrennbaren zweiten Raum zu verlegen, der bei zahlreicher besuchten Veranstaltungen mitbenutzt werden kann.

Nach KUHNMÜNCH (109), S. 35f sollten die Gemeinschaftsräume neben den Volksbüchereien örtliche Einrichtungen und somit Dorf- oder Dorfgemeinschaftshäuser bleiben, weil "ein geistiges Vakuum, das im Dorf durch die Herausnahme der Schulen entsteht, durch das Gemeinschaftsaus ausgefüllt werden" kann. Als weitere Begründung führt KUHNMÜNCH an, daß "im Dorf... im allgemeinen noch die große Gesellschaft, die große Familie (besteht), die sich um den Anschluß an den allgemeinen Lebensstandard bemüht". Zu dieser Argumentation ist zu bemerken:

- a) Es muß bezweifelt werden, ob in den kleinen Gemeinschaftsräumen und vor einer derart geringen Zahl von Interessenten kulturelle Angebote unterbreitet werden, die geeignet sind, dem "geistigen Vakuum" in dem erwünschten Maß zu begegnen.
- b) Wenn gleich zugegeben werden muß, daß das Gemeinschaftsleben der Dörfer gegenüber dem größeren Städte noch stark entwickelt ist, so kann doch sein zunehmender Abbau nicht geleugnet werden.
- c) Nach den vorliegenden Beobachtungen spielt sich die landliche Gemeinschaftssoflege auch dann weiterhin hauptsächlich in den Gastwirtschaften ab, wenn in den Dorfgemeinschaftshäusern der Ortschaften ansprechende Säle zur Verfügung stehen. Die vorstehend beschriebenen niedrigen Benutzungszahlen belegen diese Tatsache.
- d) Der vorliegende Gemeinschaftsraum kann der erstrebten sozialen Integration der verschiedenen Bindungen zu einer neuen Großgemeinde in Wege stehen. Die zentralisierten Säle schaffen hingegen eine gute Gelegenheit für eine überörtliche Kontaktaufnahme in der Freizeit.

4. Jugendheime bzw. Jugendpflegeräume

Für diese Heime werden stark voneinander abweichende Mindesteinkaufszahlen genannt: KRIEGER-GODLILZ-OFFMANN¹⁾: 4.000, OFFO¹⁾: 8.000, Handbuch für Siedlungsplanung(64), S. 20: 18.000 für Heime organisierter Jugendgruppen, 26.000 für Heime der offenen Tür (für nichtorganisierte Jugendliche).

Ein Jugendpflegeraum, der sich in einem anderen dem Gemeinschaftsleben dienenden Gebäude (Jugendgemeinschaftshaus, Mehrzweckhalle) befindet, ist als Minimalgröße einer Jugendeinrichtung anzusehen. Es gilt zu prüfen, ob ein solcher Raum in Nahbereichen bis 10.000 Einwohner eine Auslastung erfahren kann.

Bei der Kapazitätsbestimmung soll nicht von der organisatorisch möglichen Öffnungszeit der Räume ausgegangen werden, sondern von den Zeiten, in denen die oftmals schon berufstätigen Jugendlichen imstande und bereit sind, ihre regelmäßigen Treffen stattfinden zu lassen. Dies wird hauptsächlich an den Abenden der Wochentage der Fall sein. Da diese Zusammenkünfte vor 18 Uhr kaum möglich und nach 21 Uhr nicht mehr wünschenswert sind, wird der Raum i. d. R. mit nicht mehr als einer Jugendgruppe belegbar sein. Durch jugendliche Schüler können die Räume noch in den Nachmittagsstunden eine zusätzliche, wenn auch zumeist nicht so regelmäßige Nutzung erfahren, der hier aber aus Schwierigkeiten der Erfassung nicht nachgegangen werden wird.

Ein Jugendpflegeraum wird in diesem Sinne schon als ausgelastet gelten können, wenn in seinem Einzugsbereich vier nicht zu den Turn- und Sportvereinen zählende Jugendgruppen existieren, die sich wöchentlich treffen, aber über keine eigenen Versammlungsräumlichkeiten verfügen. Der fünfte Abend müßte der nichtorganisierten Jugend vorbehalten sein. Die Gruppenstärke ist dabei nicht belangvoll, weil auch den in den Mitgliederzahlen kleinen Klubs und Vereinen die Gelegenheit zu Zusammenkünften in öffentlichen Räumen gegeben werden sollte.

Zu Beginn des Jahres 1968 bestanden im Landkreis Fritzlar-Homburg insgesamt 177 Jugendgruppen, von denen 111 nicht den Turn- und Sportvereinen angehörten. Wie in den zu untersuchenden Nahbereichen dieser Arbeit gezählten Gruppen sind in Tabelle 16 die Angaben.

¹⁾ zitiert nach KRIEGER-GODLILZ-OFFMANN(1962), S. 39

Tabelle 16: Jugendgruppen in den Nahbereichen und Kernsiedlungen am 1.1.1968

Nahbereich/ Kern	Einwohner am 31.12.1967	Jugendgruppen 1968	
		insges.	davon ohne Turn- u. Sportpflege
Grifte	3.304	8	5
davon Kern	1.706	4	2
Niedenstein	3.203	8	5
davon Kern	1.373	3	2
Wabern I	6.114	10	3
davon Kern	3.088	4	2
Jesberg	3.365	7	5
davon Kern	1.639	4	3
Zimmersrode	3.442	6	3
davon Kern	1.113	4	2
Zwesten	2.826	3	1
davon Kern	1.447	2	1

Es mußte darauf verzichtet werden, den für Jugendräume in Betracht kommenden Bevölkerungsanteil exakt zu quantifizieren, weil zum einen schwer zu entscheiden ist, wie weit neben den Jugendlichen auch noch die in den Gruppen häufig anzutreffenden jüngeren Erwachsenen und älteren Kinder zu berücksichtigen sind, und weil zum anderen wegen des Fehlens neuerer Daten selbst die Zahl der Jugendlichen nur mit dem Genauigkeitsgrad einer Schätzung erfaßt werden könnte. Die Altersgruppe der am 31.12.1967 14-21jährigen etwa mit Hilfe des gleichen Vonnundertsatzes der 1961 8-15jährigen ermitteln zu wollen, ließe die starke Mobilität gerade des jugendlichen Personenkreises ganz außer acht zu lassen.

Als Ergebnis aus den wenigen in Tabelle 16 angeführten Beispieluntersuchungen kann jedoch festgehalten werden, daß in den meisten Nahbereichen ab 3.000 Einwohner Jugendräume unter den o.g. Bedingungen auslastbar sind. Da jedoch das Gemeinschaftsbedürfnis und die Aktivität der Vereine auch stark von der Alters- und Sozialstruktur abhängen, weist der nur auf die Bevölkerungszahl bezogene Raumbedarf erhebliche Schwankungen auf. Daneben hat die oben erwähnte Mindesteinwohnerangabe nur die Bedeutung eines groben Orientierungswertes.

Trotzdem reichen die gewonnenen Erkenntnisse aus, um festzustellen, daß Jugendräume angemessene Einrichtungen der Daseinsvorsorge ländlicher Großgemeinden sind. In größeren Kernsiedlungen um 3.000 Einwohner kann ein solcher Raum schon durch die lokale

Nachfrage voll besetzt sein. Weil den Jugendlichen die Wege zwischen Wohnort und Kleinzentrum durchaus schon zugemutet werden können, die Jugendprilegeräume also als zentrale Einrichtungen anzusprechen sind, müßten zur Befriedigung des in den Nachbarsiedlungen auftretenden Bedarfs unbedingt ein zweiter und -je nach Größe des Nahbereiches- ggf. ein dritter Raum bzw. ein entsprechend großes Jugendheim in der Kernelsiedlung zur Verfügung gestellt werden.

Trotz der schon beachtlichen Motorisierung älterer Jugendlicher und der Bereitschaft, Klub- und Vereinskameraden der gleichen Ortschaft mitzunehmen, ist eine gute öffentliche Nahverkehrsbedienung in den Abendstunden unerläßlich, damit diese Jugendeinrichtungen ihre Funktion für den gesamten Nahbereich voll erfüllen können. Fahrradfahrten der insbesondere jüngeren Jugendlichen zu den Kleinzentren sind in stärker reliefierten Gebieten meist ausgeschlossen und in Anbetracht der großen und weiter zunehmenden Verkehrsbelastung der klassifizierten Straßen auch wenig wünschenswert.

5. Kindertagesstätten

Sie werden in den Richtlinien des hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen -Vc/1/52t-06- vom 28.11.63, Staatsanzeiger 51/1963(182), S.1428 definiert als "Einrichtungen im Sinne §73 Absatz 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961..., in denen Minderjährigen unter 16 Jahren dauernd oder zeitweise, ganztägig oder für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, betreut werden. Zu Kindertagesstätten gehören:

- a) Horte für Kinder im Alter von 6 bis zum vollendeten 16. Lebensjahr,
- b) Kindergärten für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum 7. Lebensjahr
- c) Krabbelstuben für Kinder im Alter von 2 bis 3 Jahren und
- d) Krippen für Kinder im Alter von einem Vierteljahr (in Ausnahmefällen im Alter ab 6 Wochen) bis zu 2 Jahren."

a) Kindergärten

Nach den Richtlinien der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und anderer Einrichtungen nach §78 JWG und den schon genannten Bestimmungen des hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen bedürfen diese Einrichtungen zur Leitung und zur Gruppenbetreuung ausgebildeter Kindergärtnerinnen oder Jugendleiterinnen, von denen eine je Kindergruppe notwendig ist. MÜLLER(131) empfiehlt, nach Möglichkeit noch zusätzlich eine unausgebildete Hilfskraft pro Gruppe einzustellen. Über die Mindestgröße besagen die Vorschriften, daß jedem Kindergarten mindestens zwei Kräfte zur Verfügung stehen müssen. Als optimalen Betriebsumfang nennt WAGENER(201), S. 290 4-6 Gruppen, während MORGEN(130) die Zahl von 4 schon als Maximalgröße betrachtet.

Die Gruppen dürfen nicht zu groß sein, weil nach MÜLLER(131), S. 128 die Betreuungskraft "mit jedem Kind Kontakt nehmen und ihm individuelle Hilfe geben muß". Zur Frage der maximalen Gruppenstärke finden sich folgende Angaben:

Arbeitshilfe des Landschaftsverbandes Rheinland für den Bau von Tagesstätten für Kinder¹⁾: 20-30 Kinder

Richtlinien der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und anderer Einrichtungen nach §78 JWG¹⁾: 20-25 Kinder

Richtlinien des hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen vom 28.11.1963: "in der Regel nicht mehr als 20 Kinder".

Werden nun zwei Gruppen zu 20 Kinder zugrundegelegt, dann beträgt die Mindestkapazität eines Kindergartens 40 Plätze. WAGENER(201), der mit mindestens zwei Betreuungseinheiten zu je 25 Kindern rechnet, gelangt zu einem Aufnahmevermögen von 50 Personen.

Noch kleinere, eingruppige Einrichtungen, die ebenfalls zwei Kräfte besitzen müssen, sollten höchstens in unumgänglichen Ausnahmefällen unterhalten werden, weil sie für den Träger und/oder die Eltern der Kinder recht unwirtschaftlich sind.

Bei der Bedarfsermittlung soll hier zwischen dem Anteil der Nutzungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung und der Beteiligungsquote unterschieden werden.

In den allgemeinen Berechnungen wird zumeist von einem 5% be-

¹⁾ abgedruckt in JANS-MÜLLER(86), S. 106ff

tragenden kindergartenfähigen Bevölkerungsanteil ausgegangen, der auf den Altersstruktur-Ergebnissen der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1964 von 4,9% basiert.

Zur Berechnungsweise dieser Bevölkerungsgruppe in den Nahbereichen 1969 und 1975 ist zu bemerken: Da das Kindergartenalter mit dem Augenblick der Einschulung endet, und ein solcher Vorgang i. a. nur einmal, etwa in der Mitte des Jahres stattfindet, steigt die Zahl der kindergartenberechtigten Jahrgänge zwischen zwei Einschulungsdaten von 3 auf beinahe 4. Wird der Untersuchungszeitpunkt auf das Jahresende gelegt, so ist mit einer mittleren Zahl von 3,5 Jahrgängen zu rechnen. Der zum 31.12.1969 bzw. 1975 für die Kindergärten in Betracht kommende Personenkreis ist danach aus den tatsächlichen resp. prognostizierten Geburten zwischen dem 30.6.1963 und dem 31.12.1966 bzw. den gleichen Stichtagen der Jahre 1969 und 1972 zu bestimmen. Für letztere wird unterstellt, daß die mittleren prozentualen Geburtenziffern der Jahre 1964/69 auch in der nächsten Zukunft auftreten werden. Die so ermittelten Personen, die um die 5% der Wanderungssalden zwischen Mitte 1963 und Ende 1969 bzw. 1969 und 1975 zu modifizieren sind und mit den Einwohnerzahlen am 31.12.1969 und 1975 relativiert werden, ergeben die kindergartenfähigen Bevölkerungsanteile in den betrachteten Nahbereichen, die zusammen mit den absoluten Kinderzahlen in Tabelle 17 wiedergegeben sind.

Tabelle 17: Zahl und Bevölkerungsanteil 3-6jähriger Kinder zum 31.12.1969 und 1975

Nahbereich	Einwohnerzahl		3-6jähriger Kinder			
	1969	1975	absolut		in v. d. der Bevölkerung	
			1969	1975	1969	1975
Grifte	3.430	4.000	208	240	6,1	6,0
Niedenstein	3.356	3.900	218	256	6,5	6,6
Wabern I	6.061	6.300	331	352	5,5	5,6
Jesberg	3.343	3.400	169	181	5,1	5,3
Zimmersrode	3.461	3.500	230	213	6,6	6,1
Zwesten	2.900	3.100	203	207	7,0	6,7

Nach Abzug der fünfjährigen Kinder, die schon die Eingangsklassen der Grundschulen besuchen können, sind in den Nahbereichen 1975 die in Tabelle 18 angegebenen Prozentsätze kindergartenberechtigter Personen zu erwarten.

Tabelle 18: Zahl und Bevölkerungsanteil 3-5-jähriger Kinder am 31.12.1975:

Nahbereich	Einwohnerzahl am 31.12.1975	3-5-jährige Kinder am 31.12.1975	
		absolut	in v.H. der Bevölkerung
Grifte	4.000	179	4,5
Niedenstein	3.900	191	4,9
Wabern I	6.300	252	4,0
Jesberg	3.400	131	3,9
Zimmersrode	3.500	155	4,4
Zwesten	3.100	149	4,8

Wie aus den Tabellen 17 und 18 ersichtlich ist, liegen die Vonderhundertanteile der Drei- bis Sechsjährigen in ländlichen Gebieten, insbesondere während oder kurz nach geburtenreichen Perioden, erheblich über dem Mittelwert des Jahres 1964 von 5%. Es kann hier mit durchschnittlich 6 v.H. gerechnet werden, was einer Geburtenrate von 1,7% entspricht. Aber auch unmittelbar nach dem Einschulungstermin, also dem Zeitpunkt niedrigster kindergartenfähiger Personenzahlen, waren in den Nahbereichen 1969 noch festzustellen: Grifte 5,4; Niedenstein 5,8; Wabern 4,6; Jesberg 4,2; Zimmersrode 5,8; Zwesten 6,2; also im Mittel 5,3 v.H. der Bevölkerung. Die Durchschnittsquote der Drei- bis Fünfjährigen wird sich im Untersuchungsgebiet am 31.12.1975 wahrscheinlich auf 4,4 und am 30.6.1975 auf 3,5 v.H. belaufen.

Nach den Annahmen der meisten Fachleute soll der relative Platzbedarf in den Kindergärten von 33% der Drei- bis Sechsjährigen im Jahre 1964 auf 50% in der Mitte der 1970er Jahre ansteigen. Auch der Hessen-Jugendplan ist darauf abgestellt, wenn auf Seite 31 des Großen Hessen Planes (74) angegeben wird, daß 1974 47,2 aller kindergartenfähiger Kinder aufgenommen werden sollen. Dieser Wert von 50% erscheint selbst in ländlichen Gebieten keinesfalls zu hoch. Er muß im Gegenteil vielerorts als zu niedrig gelten, weil er zumindestens in Gemeinden mit gut ausgestatteten Kindergärten bereits 1970 erreicht ist.

Da in den hier betrachteten Nahbereichen zum Zeitpunkt der Erhebungen nur zwei Kindergärten bestanden, die in erster Linie die Standortgemeinden versorgten, ist ergänzend noch ein dritter herangezogen worden, der in der Gemeinde Odershausen (Landkreis Waldeck) am Rande des Untersuchungsgebietes gelegen ist. Über die in diesen Einrichtungen festgestellten Nachfragewerte gibt Tabelle 19 Auskunft.

Tabelle 19: Bedarf an Kindergartenplätzen in Gemeinden des Untersuchungsgebietes 1970:

Kindergarten	insgesamt	vorhandene Plätze davon belegt durch Kinder der Gemeinde	Zahl der Gemeinde- kinder auf der Warteliste	Platz- bedarf ins- gesamt	Zahl der 3 -unt.6 jährigen am 1.1.70	Platzbe- darf in v.H.der 3 -unt.6 jährigen
Jesberg	35	Jesberg 30	-	30	82	36,6
Wabern	50	Wabern 50	10	60	119	50,2
Odershausen/ Braunau	40	Oders- hausen 29 Braunau 9	3 3	32 12	55 34	58,2 35,3

In den Berechnungen ist die Nachfrage gleichgesetzt mit der Summe aus den am Stichtage besetzten Kindergartenplätzen und der Anzahl der Drei- bis Sechsjährigen, die bis dahin keine Aufnahme finden konnten, sich aber auf einer Warteliste vormerken ließen.

Der hohe relative Bedarf an Plätzen in der an die Stadt Bad Wildungen angrenzenden Gemeinde Odershausen ist durch den in ihr einsetzenden Verstädterungsprozeß erklärlich. In der Gemeinde Braunau kommt zum Fehlen einer solchen Entwicklung auch noch die Entfernung zum Kindergarten-Standort hinzu, die in der Regel -wegen der in manchen Familien bestehenden Schwierigkeiten der Kinderbeförderung- niedrigere Inanspruchnahmen bewirkt. Der ebenfalls recht geringe Kindergartenbesuch in Jesberg mag nicht zuletzt auf die zum Zeitpunkt der Erhebungen noch nicht ganz den Richtlinien entsprechenden Gebäudeverhältnisse zurückzuführen sein.

Auch wenn statt einzelner Gemeinden, die über eigene Kindergärten verfügen, ganze Nanbereiche oder Großgemeinden betrachtet werden, in denen aufgrund größerer Wegeaufwände niedrigere Bedarfswerte anzunehmen sind, so erscheint für die nahe Zukunft eine Beteiligungsquote von 50% der im Kindergartenalter befindlichen jungen Menschen durchaus angemessen.

Wird in einer Überschlagsrechnung von dieser Nachfrageziffer, einem 3,5-4,4 v.H. betragenden Bevölkerungsanteil der Drei- bis Fünfjährigen und einer Kindergarten-Mindestkapazität von 40

Plätzen ausgegangen, so sind zur Auslastung einer solchen Einrichtung zwischen 1.800 und 2.500 Einwohner nötig. Bei einem Nachfragerkreis der Drei- bis Sechsjährigen in Höhe von 5,5-6,0 v.H. der Bevölkerung sinkt -ceteris paribus- die erforderliche Bewonnerzahl auf 1.500-1.500. Die in der Literatur gefundenen Vergleichszahlen, die aber teilweise von erheblich abweichenden, wenngleich auch zumeist nicht näher genannten Betriebsgrößen und Nachfragewerten abgeleitet sind, liegen breit gestreut um diese Angaben herum: ROSENBAUM(152):800, CAROL¹⁾:1.500, SCHOLZ(171) und WAGNER(199):2.000, WAGNER(201):4.000 und HAMMER¹⁾:5.000 Einwohner.

Die geringe notwendige Bevölkerungszahl erlaubt, Kindergärten selbst in kleinsten Nahbereichen zu errichten. Sie ist aber zu hoch, als daß eine solche Einrichtung unter Beachtung der darzulegenden Grundsätze für kleine ländliche Ortschaften in Frage käme. Die Kindergärten, die ROFFERT(15), S. 47 schon in "Dörfern in einer geschlossenen Ortslage von etwa 800 Einwohnern an sinnvoll und notwendig" hält, sind jene unwirtschaftlichen eingruppigen Kleinsteinrichtungen, von denen bereits gesprochen wurde. Sie erscheinen lediglich für abgelegene Siedlungen akzeptabel. Die größeren zweigruppigen Tagesstätten könnten zwar durch die Nachfrage in den Kleinzentren vollauf belegt werden, könnten also dort als örtliche Einrichtungen fungieren, wenn dadurch nicht die umliegenden Ortschaften unversorgt blieben.

Der gemeinsame Kindergarten nur für Dörfer des Nachbarschaftsbereichs ist nur dann ratsam, wenn die entsprechende Einrichtung in der Kernsiedlung bereits ihre maximale Leistungsfähigkeit von vier Betreuungseinheiten erreicht hat, das Kleinzentrum eine stärker exzentrische Lage aufweist bzw. der Versorgungsnahbereich mehr als einen Kranz unmittelbar an den Kern angrenzender Nachbarorte besitzt, die betreffenden Orte über die notwendige Mindesteinwohnerzahl verfügen und verkehrsmäßig hinreichend miteinander verbunden sind. Bei diesen Einrichtungen, die von einer Bevölkerungsgruppe benutzt wird, der die geringsten Wegeaufwände zuzumuten sind bzw. die von den Erziehungsberechtigten täglich zweimal aufgesucht werden müssen, ist solange besonders darauf zu achten, daß sie -wie es die hessischen Richtlinien für Kindertagesstätten ausdrücken- "zentral gelegen und möglichst leicht und gefahrlos zu erreichen" sind, wie keine eigenen Zu- und Abfuhrmöglichkeiten und eine gute Schulerkennung vorgesehen sind.

¹⁾angeführt bei ROSENBAUM(152), S. 39

Ist dagegen nur die Höchstkazazität der zentralen Tageseinrichtung überlastet, so erscheint es aus den genannten Gründen sinnvoller zu sein, eine zweite in den verkehrsmäßig noch am besten zu erreichenden Kern zu erstellen.

Die Äusserung JANS-MÜLLERS (86), S. 38 "Mittelpunkttageseinrichtungen zu schaffen, wäre wohl für Kindergärten, die in für Kleinkinder leicht erreichbarer Nähe der Wohnungen liegen sollten, abzulenken", wird man heute nur noch für Gebiete lokal ausreißender Nachfrage gelten lassen können. In den dünnbesiedelten ländlichen Räumen ist - sofern nicht auf Kindergärten überhaupt oder deren Wirtschaftlichkeit verzichtet bzw. ein zu hohes Entgelt gefordert werden soll - eine Zentralisierung unumgänglich, auch wenn dadurch die Eltern veranlaßt werden, die Beförderung ihrer Kinder vorzunehmen, was jedoch bei der hohen und steigenden Motorisierung nicht mehr so nachteilig ist wie in früheren Zeiten. Damit nun auch Kinder, deren Eltern kein eigenes Fahrzeug besitzen und die keine Mitfahrgelegenheit haben, gleichfalls einen zentral gelegenen Kindergarten besuchen können, ist eine gute öffentliche Nahverkehrsbedienung durch Linienbusse zu fordern.

b) Kinderhorte

Nach den hessischen Richtlinien gelten für die Tageseinrichtungen der Schulpflichtigen die gleichen Vorschriften über Personalbesatz und Gruppenstärke wie für die Kindergärten. Die Minimalkapazität eines für sich allein bestehenden Hortes beträgt somit ebenfalls zwei Betreuungseinheiten mit zusammen 40 Plätzen. Zur Auslastung einer organisatorisch an einen Kindergarten angeschlossenen Hortgruppe reichen schon 20 Kinder und Jugendliche aus.

Wie Tabelle 20 zeigt, stieg die in Prozenten der Gesamtbevölkerung ausgedrückte nutzungsberechtigte Altersgruppe in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Jahren 1961/62 erheblich an.

Tabelle 20: Bevölkerungsanteil hortfähiger Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 1961, 1964 und 1967:

Altersgruppe	Kinder und Jugendliche in v.H. der Wohnbevölkerung am		
	6.6.1961	31.12.1964	31.12.1967
6 - unt. 15 Jahre	12,3	12,6	13,0
6 - " 16 "	13,5	13,9	14,3

Für ländliche Räume, besonders nach Zeiten höherer Geburtenziffern wird jedoch mit einem Bevölkerungsanteil der Sechs- bis Sechzeanjährigen von 15-17 v.H. zu rechnen sein. Aus Tabelle 21 sind die Zahlen und Prozentsätze dieser Altersgruppe zu entnehmen, wie sie 1975 in den zu untersuchenden Nahbereichen zu erwarten sind. Bei der Berechnung dieser Jahrgänge kann auf die schon angeführten Zahlen der Grund- und Hauptschüler zurückgegriffen werden, die hier um den Betrag der Sonderschüler zu vermehren sind.

Tabelle 21: Zahl und Bevölkerungsanteil der Sechs- bis unter Sechzenjährigen in den Nahbereichen am 31.12.1975:

Nahbereich	Zahl der 6 -unt.16 jährigen am 31.12. 1975	Einwohner am 31.12.1975	6 -unter 16jährige in v.H. der Bevöl- kerung 1975
Grifte	666	4.000	16,7
Niedenstein	666	3.900	17,1
Wabern I	979	6.300	15,5
Wabern II	1.419	8.900	16,0
Jesberg	518	3.400	15,3
Zimmersrode	600	3.500	17,1
Zwesten	524	3.100	16,9

Der relative Hortbesuch je Tausend der Schulpflichtigen soll sich nach MORGEN(130) von 9 im Jahre 1964 auf 12-14 im Jahre 1980 erhöhen. Auch der Große Hessenplan(74), S.31f sieht eine entsprechende Steigerung des Platzangebotes vor: 1964: 9, 1970: 11, 1974: 14 v.T. Diese Beteiligungsquote mag aber in ländlichen Gebieten angesichts des hier besonders starken Personal mangels vor allem in landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben, in denen die Jugendlichen schon stark zu Mithilfe veranlaßt werden, niedriger liegen. Leider ist es nicht möglich, dieser Frage in den ausgewählten Nahbereichen nachzugehen, weil in diesen Kindernorte gänzlich fehlen.

Bei einer Beteiligungsrate von 12(14) v.T. sind 3.330(2.860) Schulpflichtige notwendig, um einen Kinderhort mit 40 Plätzen zu füllen. Tabelle 22 enthält die Einwohnerzahlen, die erforderlich sind, damit ein Hort bzw. eine Hortgruppe bei unterschiedlichen Bevölkerungsanteilen der Sechs- bis Sechzenjährigen und wechselnden Beteiligungsquoten voll in Anspruch genommen werden kann.

Tabelle 22: Mindesteinwohnerzahlen für Kinderhorte und Hortgruppen:

Beteiligungs- quote in v.H. der 6 -unt.16 jährigen	Mindesteinwohnerzahl für			
	einen Kinderhort	eine Hortgruppe		
	bei einem Bevölkerungsanteil von 15%	17%	der Schulpflichtigen von 17%	
12	22.200	19.600	11.100	9.900
14	19.000	16.800	9.600	8.400

Das bedeutet, daß eigenständige Jugendeinrichtungen dieser Art unter strenger Beachtung des Prinzips der Mindestkapazitätsauslastung in ländlichen Großgemeinden bis zu 10.000 Bewohnern nicht in Frage kommen. Eine im Kindergarten entfalteten Hortgruppe benötigt dagegen nur 9.000-10.000 Einwohner, damit aber noch immer doppelt so viele, wie ROSENBAUM(152) für einen ganzen Kinderhort fordert. Eine solche Einrichtungsabteilung liegt somit an der Obergrenze des Zuständigkeitsbereichs der hier betrachteten Gebietseinheiten. Sie besitzt zweifellos zentrale Bedeutung, denn die hohe notwendige Einwohnerzahl drängt auf eine Konzentration des Leistungsangebotes und im Interesse der jugendlichen Benutzer bzw. der nichtmotorisierten Eltern, die ihre Kinder auf den Wegen begleiten, sollte möglichst ein auch durch öffentliche Nahverkehrsmittel am besten erschlossener Standort gewählt werden.

c) Kinderkrippen

Unter diesem Begriff sollen hier vereinfacht Krippen, Säuglings- und Krabbelstuben terminologisch zusammengefaßt werden. Eine derartige Einrichtung ist keinesfalls eine für die kleinsten der künftigen Gemeinden geeignete Aufgabe.

Schon aus entwicklungspsychologischen Gründen gilt das, was MÜLLER(131), S.127 von den Krabbelstuben gesagt hat: "Letztere sollten nur dort errichtet werden, wo sie wirklich dringend erforderlich sind, z.B. in Schwerpunkten der Frauenerwerbstätigkeit."

Auch im Hinblick auf eine wirtschaftliche Auslastung der Mindestbetriebskapazität gehören die Krippen nicht zum Wirkungskreis ländlicher Großgemeinden. Zwar werden -wie aus Tabelle 23 zu entnehmen ist- in den schon erwähnten Richtlinien für Krippen wesentlich niedrigere Gruppenstärken angesetzt als für die übrigen Tageseinrichtungen für Kinder.

Tabelle 23: Richtlinien für die Gruppenstärken der verschiedenen Altersstufen in Kinderkrippen

Richtlinie	Gruppenstärken für die Altersstufen		
	Säuglinge 0- unt.1	Krabbl. 1- unt.2	Kleinstkinder 2- unt.3Jahre
Richtlinie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter für Heime und andere Einrichtungen nach §78 JWG	bis 10	bis 12	bis 15
Arbeitshilfe des Landschaftsverbandes für den Bau von Tagesstätten für Kinder	6 - 10		8 - 10
Richtlinie des hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	8	7	10

Und die bis dreijährigen Kinder erreichen -wie auch in den zu untersuchenden Nahbereichen(vgl.Tabelle 24)- zumeist 5,0-5,5 v.H. der Bevölkerung;in der Bundesrepublik betrug der Vergleichswert des Jahres 1964 5,1%.

Tabelle 24: Zahl und Bevölkerungsanteil krippenfähiger Kinder in den Nahbereichen am 31.12.1969:

Nahbereich	Einwohner am 31.12.1969	krippenfähige Kinder am 31.12.1969	
		absolut	in v.H. der Bevölkerung
Grifte	3.430	191	5,6
Niedenstein	3.356	181	5,4
Wabern I	6.061	317	5,2
Wabern II	8.740	471	5,4
Jesberg	3.342	147	4,4
Zimmersrode	3.461	164	4,7
Zwesten	2.900	153	5,3

Dafür liegt der Anteil der in die Krippen gebrachten Säuglinge, Krabbl. und Kleinstkinder -er belief sich im Bundesgebiet 1964 auf 2 v.T.- sehr niedrig.Nach MORGEN(130) ist aber in diesem Jahrzehnt infolge steigender Müttererwerbstätigkeit und einer fortschreitenden Entwicklung von der tri- zur bigenerativen Familie eine Zunahme der relativen Nachfrage auf 3-4 v.T.anzu nehmen. Auch im Großen Hessenplan(74) wird für das Jahr 1974 ein Platzangebot von 4 v.T. der unter Dreijährigen angestrebt. Trotz einer hohen Quote krippenfähiger Kinder von 5,5 v.H. der Bevölkerung und des gesteigerten Bedarfswertes von 4.v.T. dieser Altersgruppe sind zur Auslastung einer Tageseinrichtung, die aus

jeweils einer Säuglings-, Krabber- und Kleinstkindergruppe besteht und nach den hessischen Vorschriften nur 25 Kinder aufnehmen kann, noch immer 114.000 Einwohner notwendig. Wenn ROSENBAUM(152), S. 51 als Richtwert für eine Kinderkrippe einen Einzugsbereich von 5.000 Bewohnern nennt, so muß er - schon die niedrig angesetzten hessischen Kapazitätsbestimmungen und den stattlichen Bevölkerungsanteil der bis Dreijährigen von 5,7 v.H. in Anspruch nehmend - mit einer nicht nur für ländliche Gebiete außergewöhnlich hohen Beteiligungsquote von 9,1 v.H. dieser Altersstufe rechnen.

6. Altenheime

Sie werden je nach dem in ihnen gebotenen Betreuungsgrad in folgende drei Typen eingeteilt:

- a) Altenwohnheime als Zusammenfassungen von Kleinwohnungen mit Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Lese- und Fernsehräume, Bäder, Wäschereien, Sprechzimmer für Ärzte und Sozialarbeiter), in denen sich die noch rüstigen alten Menschen i.d.R. gänzlich selbst versorgen,
- b) Altersheime oder Altenheime i.e.S., welche Unterkunft und volle Verpflegung für Betagte, die keinen eigenen Haushalt mehr führen können oder wollen, bieten und
- c) Altenpflegeheime, die chronisch Kranken und dauernd hilfsbedürftigen bzw. bettlägerigen Senioren Unterbringung, Versorgung und Pflege gewähren.

Die Sonderheime für schwer geistesgestörte, mit ansteckenden Krankheiten behaftete oder sittlich gefährdete alte Menschen werden in die Betrachtung nicht einbezogen.

Diese einzelnen Zweige der Alteinrichtungen, die heute allermeist für sich allein bestehen, lassen sich mit guten Gründen zu einem kombinierten Altenheim vereinigen. So ist nach SCHOLL(170), S. 308 "bei zunehmender Bedürftigkeit ein Wechsel vom Altenwohnheim zum Altenheim oder oft gleich zum Pflegeheim... für den alten Menschen leichter zu ertragen", wenn dies nicht mit einem Ortswechsel verbunden ist. "Zudem können die Betagten im Altenwohnheim im Notfalle von anderen Abteilungen aus versorgt werden". Entsprechende Argumente finden sich auch in den Empfehlungen des Deutschen Städtetages zur Altenhilfe(75), S. 19. In ländlichen Gebieten kommt schließlich noch hinzu, daß ein solches mehrgliedriges Heim, dessen Kapazität nicht größer zu sein braucht als die eines isolierten Alten- oder Pflegeheimes, leichter von der geringen Platz-Nachfrage ausgenutzt werden kann, wodurch die bejahrten Menschen nicht gezwungen werden, sich

zu weit von ihren bisherigen Heimorten zu entfernen. In der hessischen "Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zum Neubau und zur Modernisierung von Heimen für alte Menschen" vom 20.4.1960, Staatsanzeiger 22/1960 (182), S. 652 wird daher gefordert: "In größeren Altenheimen, die neu errichtet werden, sollten Abteilungen für Pflegebedürftige vorgesehen werden."

Für die anzustrebende Mindestgröße sind -abgesehen von den individuellen Bestimmungsfaktoren wie Größe des vorhandenen Baugrundstücks oder Höhe der verfügbaren Baumittel- grundsätzlichen wirtschaftliche, organisatorische und psychologische Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen. Ein Heim soll kostendeckend zu bewirtschaften sein, darf aber, um die Heimatmosphäre nicht zu zerstören, d.h. um nicht unpersönlich zu werden und um die Überschaubarkeit nicht zu gefährden, auch nicht zu groß bemessen werden. Dem Heimleiter muß es möglich sein, zu jedem Bewohner persönlichen Kontakt aufzunehmen. Zu große Häuser tragen nicht eher dazu bei, den Übergang zum Heimleben zu erleichtern. Als Größen, die diesen Postulaten genügen sollen, werden im einzelnen genannt:

Altenheime sollen nach den schon zitierten hessischen Richtlinien "in der Regel nicht mehr als 100 Plätze haben". In den "Hinweisen zur Altershilfe" des Deutschen Städtetages (75), S. 15 wird über diese Heimart ausgeführt: "Die ideale Größe dürfte bei 80-100 Betten liegen. In ländlichen Gemeinden können auch kleinere Heime zweckmäßig sein." Über die Pflegestation einer kombinierten Einrichtung heißt es in der gleichen Quelle auf Seite 18: "Die Stationsgröße sollte 30 Betten nicht übersteigen." Auch nach SCHILL (10), S. 106 "liegen bei den mittelgroßen Heimen (mit 70-100 Plätzen) die Verhältnisse am günstigsten". LAUX (113), S. 145 schreibt: "Ein reines Pflegeheim läßt sich erfahrungsgemäß bei einer Größe von 100-120 Betten wirtschaftlich führen, ein Altersheim kann schon ab 60 Plätzen eine günstige Größe erreichen, jedoch soll es ebenfalls nicht mehr als 80-120 Plätze umfassen." Im gleichen Jahr SCHILL (10), S. 41 ein Altenpflegeheim schon bei 60 Betten nur wirtschaftlich tragbar und BRANDSTÄTTER (15), S. 547 will diese auf 80-100 Plätze beschränkt sehen.

Die Mindestgröße eines aus mehreren Abteilungen bestehenden Altenheimes ländlicher Gebiete wird also mit 70 Betten in Ansatz gebracht werden können, und dieses um so sicherer, wie es

den Anstalten in diesen Regionen möglich ist,weniger hoch bezahlte Arbeitskräfte zu erhalten und sich -wenn auch nur begrenzt- mit Nahrungsmitteln selbst zu versorgen.

Als Bezugsbasis die an Heimaufenthalten interessierten Senioren wird im allgemeinen die Altersgruppe der über 65jährigen angegeben, obwohl sich mitunter schon jüngere Frauen in den Alteinrichtungen finden.So wäre es wohl -auch im Hinblick auf die Herabsetzung des Rentenalters und die Zunahme gesundheitlicher Verschleißerscheinungen im Berufsleben- zumindestens für die Zukunft richtiger, den für die Altenneime infragekommenden Bevölkerungsanteil auf die über 60jährigen zu erweitern.Wegen der oftmals fehlenden statistischen Angaben über die Altersstufe der 60-65jährigen und der besseren Vergleichbarkeit mit den vorgefundenen Bedarfswerten muß an der kleineren Bezugseinheit festgehalten werden.

Der Vonhundertsatz dieser Altersschicht ist in der Bundesrepublik des letzten Jahrzehnts stark angewachsen,und zwar von 11,1(1961) auf 11,8(1964) und 12,7(1967) und er soll nach der Prognose SCHWARZs¹⁾ im Jahre 1975 13,9 betragen.

Für den Landkreis Fritzlar-Homberg 1967 werden von der Kreisverwaltung(50,S.132 die folgenden,selbst für ländliche Gebiete mit höheren Geburtenraten ungewöhnlich niedrigen Werte genannt:10,5% der über 65jährigen und 14,1% der über 60jährigen.Die Vergleichsziffer für die letztgenannte Altersgruppe erreichte in der BRD 1967 dagegen schon eine Höhe von 18,8%.Zum 6.6.1961 betrug der Anteil der über 65jährigen im Landkreis 11,3 und in einzelnen Nahbereichen:Grifte 9,9;Niederstein 12,8;Wabern I 11,5;Jesberg mit/ohne Kreisaltenheim 13,8/11,8,Zimmersrode 13,3 und Zwesten 12,7%.

Der Bedarf an Heimplätzen für alte Menschen wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege(1/79) wie in Tabelle 25 wiedergegeben beziffert.

Tabelle 25: Bedarf an Altenheimplätzen in der Bundesrepublik, angegeben in Vonhundert-Anteilen der über 65jährigen:

Heimart	Platzbedarf in v.H. der über 65jährigen in		
	ländlichen industriellen Kreisen	und Mittelstädten	Landesdurchschnitt
Altenwohnheim	-	2,0	1,5
Altenheim	2,5	2,5	3,0
Altenpflegeheim	1,5	1,5	1,5
Summe	4,0	6,0	6,0

1) entnommen aus: MEYER(127),I.C.5 (3)

Dagegen ist der Vorschlag des Deutschen Städtetages(75) mit einem Vonnundertsatz von insgesamt 8,3 auf rein großstädtische Verhältnisse zugeschnitten. Das gleiche gilt auch für den Richtwert des Handbuchs für Siedlungsplanung(64), der für ein Alten- und Pflegeheim 6,5-7,0 Plätze/1.000 Einwohner vorsieht. Noch höher liegt die Angabe BRANDTs(16), in der allein für ein Pflegeheim 6-7 Betten je Tausend der Bevölkerung gefordert werden. Nach dem hessischen "Sozialplan für alte Menschen", dessen Ergebnis Bestandteil des Großen Hessenplanes(74) ist, sollen dagegen bis 1974 nur Heimplätze für 4,5 v.H. der über 65jährigen geschaffen werden.

Ein 70 Plätze umfassendes Altenheim, das eine Pflegeabteilung von etwa 25 Betten enthält, brauchte zur Kapazitätsauslastung in ländlichen Gebieten nach den von der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege genannten Bedarfswerten bei einem Bevölkerungsanteil der über 65jährigen von:

12%	oder	4,8 v.T.	der Bevölkerung:	14.600,
13%	"	5,2	" " " "	: 13.500 und
14%	"	5,6	" " " "	: 12.500 Einwohner.

Würde in ein mehrstufiges Heim mit 70 Plätzen auch noch eine kleine Abteilung mit Altenwohnungen untergebracht, für die -wie noch gezeigt werden wird- auch in ländlichen Bereichen durchaus ein Bedarf bestehen kann, und wird der Landesdurchschnittssatz der Nachfrage von 6% der alten Menschen unterstellt, so wären nur noch folgende Mindesteinwohnerzahlen erforderlich:

9.700	bei einer Seniorenquote von 12% oder 7,2% der Bevölkerung,
9.000	" " " " " 13% " 7,8% " " ,
8.300	" " " " " 14% " 8,4% " " .

Ein "integriertes" Altenheim ist danach eine Einrichtung, die im Regelfall nur in den einwohnerstärkeren ländlichen Großgemeinden zu erstellen ist, wenn die Mindestheimgröße nicht auf 60 Plätze oder weniger gesenkt und nicht städtische Bedarfswerte angenommen werden sollen, wie dies WAGENER(199) und SCHOLZ(171) taten. Während WAGENER für 50 Altenheimbetten 6.000 Einwohner errechnete, gab SCHOLZ -ohne nähere Berechnungsdaten zu nennen- eine Bevölkerungszahl von nur 4.000 an.

Auf jeden Fall läßt sich die Mindestleistungsfähigkeit eines kombinierten Heimes durch wesentlich geringere Bewohnerzahlen auslasten

als die einstufigen Altenheimen. So werden für Altersheime von OTTO¹⁾ 18.000, von WAGENER(201) 19.000 Einwohner gefordert, für Altenwohn- und Altenpflegeheime sogar die doppelte Anzahl. Eine von der Kreisverwaltung im Sommer des Jahres 1969 durchgeführte Erhebung zeigt, daß in den fünf Alten- und fünf Altenwohnheimen des Landkreises Fritzlar-Homberg insgesamt 360 alte Menschen untergebracht waren. Wie sie sich auf die verschiedenen Betreuungsstufen verteilten, wird aus Tabelle 26 ersichtlich.

Tabelle 26: Altenheimbewohner im Landkreis Fritzlar-Homberg: Anzahl, Bevölkerungsanteil und V Hundertsatz an den über 65jährigen des Kreises:

Heimbewohner	in		davon in:		
	Altenheimen insgesamt	Altenwohnheimen	Altenheimen	Abteilungen mit erhöhter Pflege	Pflegeabteilungen
absolut	360	123	145	31	61
in v.H. der über 65-jährigen Kreisangehörigen	4,1	1,4	1,6	0,4	0,7
in v.T. der Kreisbevölkerung vom 30.6.69	4,3	1,5	1,7	0,4	0,7

Schon die auf die über 65jährigen Kreisangehörigen bezogenen Belegungsziffern in den Heimtypen weichen von den Richtwerten der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege erheblich nach unten ab. Die im Sommer 1970 vorgenommene Untersuchung des Verfassers ergab darüber hinaus, daß nur rd. 240 Heimbewohner ihren letzten Wohnsitz im Landkreis Fritzlar-Homberg hatten, daß also -unter Einbeziehung der dort schon länger ansässigen Flüchtlinge und Vertriebenen- nur etwa zwei Drittel der in den Heimen lebenden Personen aus dem Landkreis selbst stammten. Von diesen 240 Senioren befanden sich 140 in Altenheimen einschließlich Pflegeabteilungen und 100 in Altenwohnheimen. Werden dagegen die für eine Aufnahme in diese Heime vorgemerkten alten Menschen des Kreises mit erfaßt, so erhöht sich der Platzbedarf zwar insgesamt auf rd. 280, bleibt aber mit etwa 3,2 v.H. der Altersklasse über 65 Jahre oder 3,3 v.T. der Bevölkerung weit hinter den üblichen Richtwerten zurück. Wenn auch nicht auszuschließen ist, daß eine Reihe alter Menschen des Untersuchungsgebietes in Heimen der Stadt Kassel oder der Nachbarkreise untergekommen ist, so ist dennoch zu sagen, daß einmal die

1) siehe ROHREBACH(1972), S. 39

Zahl dieser Personen nicht allzu groß sein kann, weil die kommunalen Heime vornehmlich die Nachfrage aus dem eigenen Verwaltungsgebiet zu befriedigen suchen, und sich die Fürsorgeverwaltungen der Landkreise bei freigemeinnützigen Heimen -insbesondere bei finanziellen Unterstützungen- größere Kontingente für Antragsteller aus dem eigenen Kreis vorbehalten. Zum anderen können zur Nachfrage nur noch solche alten Menschen hinzugerechnet werden, die gezwungenermaßen -etwa infolge Platzmangels in heimischen Einrichtungen- in auswärtige Heime ausweichen. Hierauf beruhende höhere Bedarfswerte könnten sich im Untersuchungsgebiet am ehesten im Bereich der Altenpflege ergeben, in der die geringsten Kapazitäten und Belegungsziffern festgestellt wurden, obwohl von der Abteilung Altenhilfe des Kreissozialamtes versichert wurde, daß bislang zumindestens alle dringlichen Fälle sogleich untergebracht werden konnten. Dennoch dürfte die Gesamtnachfrage nach Heimplätzen dadurch den für ländliche Räume ermittelten Richtwert von 4,0 v.H. der über 65jährigen nicht übertreffen. Nach Ansicht einiger Heimleiter gründet sich der relativ geringe Bedarf weitgehend darauf, daß viele alte Menschen im Altenheim noch immer das Armenhaus alten Stils erblicken. Kennzeichnend hierfür ist auch die eindeutige Prädominanz ehemaliger Vertriebenen und Flüchtlinge unter den Heimbewohnern.

Bemerkenswert ist allerdings: In einem Landkreis, der mit einem niedrigen und sinkenden Industriebesatz (1966): 60, 1968: 48 Beschäftigte auf 1.000 Einwohner) und einer Auspendlerquote 1969 von 96 je Tausend Einwohner in seiner Bevölkerungsstruktur nicht als ausgesprochen industrialisiert anzusehen ist, kann schon ein Bedarf an Altenwohnheim-Plätzen in Höhe von 1,1 v.H. der über 65jährigen bzw. 1,2 v.T. der Bewohnerzahl bestehen. Die Befragung der Heimleiter nach der Herkunft der untergebrachten Personen und der vorgemerkten Aufnahmeanträge führt in den einzelnen Nahbereichen zu dem in Tabelle 27 aufgezeichneten Ergebnis. Dieses mag von den tatsächlichen Verhältnissen ganz geringfügig abweichen, weil die Angaben eines Heimes z.T. nicht ganz im gewünschten Detail erfolgen konnten.

Es zeigt sich, daß in Nahbereichen, in denen ein Altenheim vorhanden ist (Jesberg, Niedenstein) oder in der Nähe liegt (Zweven), die Nachfrage am nächsten ist. Das Heim in Wenzigerode (Nahbereich Zwesten) hat fast ausschließlich alte Menschen aus dem Stadt- und Landkreis Kassel aufgenommen.

Tabelle 27: Bedarf an Altenheimplätzen in den Nahbereichen 1970

Nahbereich	Einwohner am 31.12. 1969	Bedarf an Heimplätzen 1970			
		insgesamt ab- solut	in v.T.der Bevölkerung	davon in den Alten- u. Pflegeheimen	Altenwohn- heimen
Grifte	3.430	3	0,9	3	-
Niedenstein	3.356	14	4,2	7	7
Wabern I	6.061	12	2,0	10	2
Jesberg	3.343	11	3,3	11	-
Zimmersode	3.461	7	2,0	6	1
Zwesten	2.900	10	3,5	9	1

Aber nicht nur die von den Fachleuten und in den hessischen Grundsätzen für die Errichtung von Altenheimen ¹⁾ geforderte Berücksichtigung des Wunsches alter Menschen, ihren Lebensabend in oder möglichst nahe dem bisherigen Wohnort zu verbringen, läßt den Bedarf an Heimplätzen steigen, sondern auch die bessere Kenntnis der Alteinrichtungen durch die Bevölkerung selbst. Indem die Einwohner ihre Verwandten, Freunde und Bekannten in den Heimen des öfteren besuchen, werden sie mit diesen Einrichtungen vertraut, und auf diese Weise bauen sich die nachfragehemmenden, falschen Vorstellungen vom Armen- und Siechenhaus früherer Zeiten am schnellsten ab.

Diese Untersuchung erbrachte also das Ergebnis, daß der Bedarfs-Richtwert von 4 v.H. der über 65jährigen für ländliche Gebiete der Gegenwart und allernächsten Zukunft als realistisch zu bezeichnen ist. Somit ist selbst ein mehrstufiges Altenheim der Mindestkapazität derzeit keine angemessene Einrichtung der Kleinzentren, bzw. der Großgemeinden bis 10.000 Einwohner, sondern eine der Untertzentren.

Obgleich die Heime allgemein verhältnismäßig wenig Verkehr erzeugen, und für sie daher eine zentrale Lage weniger dringlich ist als für andere Einrichtungen, sollten sie dennoch in das Gebietszentrum gelegt werden, weil:

- a) der Versorgungskern im Verhältnis zu den anderen Orten allen Einwohnern des Nahbereichs gut bekannt ist,
- b) zumindestens die recht große Zahl alter Menschen dieser Zentralorte nicht fern allen Geschehens, an dem sie durchaus

1) Anlage A zu den Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zum Neubau und zur Modernisierung von Heimen für alte Menschen vom 29.4.1960, St. Anz. 22/1960 (182), S. 652

- noch interessiert sind, untergebracht werden sollten,
 c) auch den Heimbewohnern die Möglichkeit geboten müßte, noch selbst Einkäufe zu tätigen, Einrichtungen der Gesellschaft und der Erwachsenenbildung zu besuchen und
 d) - wie SCHOLL(170), S. 308 es ausdrückt - "eine verkehrsgünstige... Lage wichtiger (ist) als eine herrliche unberührte Landschaft", damit "die alten Leute die Verbindung mit ihren Angehörigen und Bekannten pflegen können".

7. Gemeindeschwesternstationen

Die Hauptaufgabe der Gemeindeschwester besteht darin, häusliche Kranken- und Siechenpflege zu leisten und dabei zugleich den Angehörigen der Patienten Anleitungen hierzu zu geben. Diese Betätigungen machen nach den im Untersuchungsgebiet gesammelten Erfahrungen etwa 80% des zeitlichen Arbeitsaufwandes einer Schwester aus. Der Rest verteilt sich auf eine Reihe verschiedenartiger, oftmals ambulanter Dienstleistungen wie Erste Hilfe in Unglücksfällen, Bestrahlungen, Impfungen, Ausleihen kleinerer Behandlungsgeräte und fürsorgliche Tätigkeiten im Rahmen der ländlichen Sozialhilfe (insbesondere Altenbesuche und -betreuungen, Beratungen in der Säuglingspflege etc.). In ihrer funktionalen Stellung zwischen den Obliegenheiten der Krankenhäuser und ärztlicher Praxen ergänzt sie deren Wirksamkeiten.

Die in Einwohner ausgedrückte betreuende Kapazität einer Gemeindeschwester wird in der Literatur recht unterschiedlich angegeben: KRAFT(100): 1.000-1.500, ROSENBAUM(152): 2.000, MEYER (127): 2.500, WAGENER(201): 5.000.

Eine klare Begründung seiner Richtzahl gibt nur WAGENER(201), S. 375f., der auf der Bedarfsseite einen Hauspflegefall je 1.000 Einwohner annimmt und auf der Leistungsseite durchschnittlich fünf solcher Fälle je Schwester und Tag. Die Befragung der Gemeindeschwestern, die in den untersuchten Nandoereichen beschäftigt waren, führte jedoch zu erheblich abweichenden Werten: Hiernach ist damit zu rechnen, daß eine Kraft im Durchschnittsmonat bei etwa 1 v.H. der Bevölkerung häusliche Krankenbetreuung und Siechenpflege vornehmen muß. Davon entfallen gut 30% oder ca. 3 v.T. der Einwohner auf die Versorgung der letztgenannten schwer chronisch Kranken, die einer täglichen Pflegezeit von einer halben bis zu einer Stunde

bedürfen, unter Berücksichtigung des Wegeaufwandes einer motorisierten Schwester im Mittel also 50 Minuten. Für die übrigen Krankenfälle genügt zumeist an jedem zweiten Tag ein Besuch von 20 Minuten einschließlich Fahrzeit. Bei einer Arbeitszeit von neun Stunden, von denen im Schnitt sieben für Hausbesuche anzusetzen sind, kann eine Gemeindeschwester sechs Siechen- und sechs Krankenfälle am Tage behandeln. Das bedeutet, daß sie durch die Nachfrage von etwa 2.000 Einwohnern auslastbar ist. Die Durchschnittswerte dieser zwangsläufig schematischen Überschlagsberechnung enthalten durch eine mögliche Verkürzung der Pflegezeiten je Patient noch Reserven für eine Spitzenbelastung in den Wintermonaten, ohne daß gleich die übrigen Obliegenheiten (ambulante Behandlungen, Sozialhilfeleistungen) zu kurz kommen müssen.

Die Gemeindeschwesternstationen sollten als zentrale Einrichtungen der Kernsiedlungen angelegt werden, auch wenn oftmals schon die Nachfrage in diesen Zentren ausreicht, um eine Kraft arbeitsmäßig auszufüllen. Der Bedarf in den Nachbarsiedlungen, die für eine eigene Station zu klein sind, die zahlreichen Fahrten der Schwestern, die Notwendigkeit, die Behandlungsräume vom gesamten Nahbereich rasch erreichen zu können und der Wunsch, diese Räume, deren Inanspruchnahme sinkt, besser auslasten zu können, sprechen eindeutig für eine zentrale Lage. So gilt selbst in kleinen ländlichen Nahbereichen eine Stationsgröße von mindestens zwei Schwestern als erwünscht, obschon eine derartige Besetzung aufgrund des großen Kräftemangels derzeit kaum realisierbar erscheint. In größeren Nahbereichen ab 6.000 Einwohner kann bei Markernigkeit oder starker exzentrischer Lage der Kernsiedlung daran gedacht werden, eine zweite Station zu errichten, wodurch die Wegelängen verkürzbar wären.

8. Allgemeine Turn- und Sportstätten

Hierzu werden nur die öffentlichen Turn- und Gymnastikhallen sowie die Sportplätze gerechnet, nicht aber die Sondersportanlagen wie Tennis-, Reitsport-, Golfplätze, Schießstände u.ä., die sich meist auch im Besitz entsprechender Sportvereine befinden. Auch die öffentlichen Einrichtungen des Badewesens und des Schwimmsports werden gesondert betrachtet.

Um eine bessere Gesamtausnutzung der allgemeinen Turnhallen und Sportplätze zu erreichen und damit eine zahlenmäßige Verringerung der benötigten Anlagen, sollten diese vormittags der schulischen Leiheserziehung, nachmittags und abends dem Vereinssport bzw. der sportlichen Betätigung der nicht vereins- resp. wettkampfgewandenen Einwohner (Einzelpersonen oder Gruppen) zur Verfügung stehen. Dem entspricht auch die Aufforderung des hessischen Kultusministers vom 13.12.1966, Staatsanzeiger 2/1967(182), S.111 die schulischen Übungsstätten "auch den Turn- und Sportvereinen zur Benutzung zu überlassen, soweit die Schule diese Räume nicht für ihre eigenen Zwecke benötigt".

Die öffentlichen Frei- und Hallenanlagen zählen zum Katalog angemessener Einrichtungen ländlicher Kernsiedlungen. Die von den verschiedenen Autoren als Beleg dafür angeführten Mindesteinwohnerzahlen schwanken indes beträchtlich, zumal ältere Angaben noch von einer örtlichen Bedarfsdeckung ausgehen. So werden im einzelnen genannt für:

- a) Turnhallen: WAGENER(201) 2.500, CAROL¹⁾ 3.000, LAUX(113) 3.500-4.000, OTTO¹⁾ 4.500 und
- b) Sportplätze: ROSENBAUM(152) 800, WAGENER(201) 2.000, CAROL¹⁾ und WAGENER(199) 3.000, LAUX(113) 3.000-4.000, OTTO¹⁾ 4.500, SCHOLZ(1/1) und Handbuch für Siedlungsplanung(64) 6.000.

Die Rechtfertigung für eine Kernsiedlungslage ergibt sich schon aus der Notwendigkeit, daß für voll ausgebaute Mittelpunktschulen beide Einrichtungen in nächster Nähe bereitstehen müssen. Wenn diese Turn- und Sportstätten schon nicht als Fachräume bzw. -anlagen Bestandteil der Schulen sind, sich also nicht auf dem Schulgrundstück befinden, so dürfen sie nach ROSKAMM(153), S.38 nicht weiter als 500 Meter und nach den Richtlinien der Deutschen Olympischen Gesellschaft(DOG)²⁾ und SCHÖNBOHM(169), S.529 nicht weiter als ein Zehnminuten-Fußweg vom Schulgebäude entfernt liegen, damit die Schüler sie ohne Schwierigkeiten in den Pausen erreichen können.

Eine Zusammenfassung mehrerer örtlicher Kleinstturn- und -sportanlagen zu einer größeren zentralen Einrichtung ist neben den Kapazitätsauslastungs-, Platz- und Kostenersparnisgründen auch wegen der Möglichkeit, vielseitigere sowie in Qualität und

¹⁾ zitiert nach ROSENBAUM(152), S.39

²⁾ abgedruckt im Handbuch für Siedlungsplanung(64), S.27

Ausmaßen wettkampfgerechte Übungsstätten schaffen zu können, empfehlenswert. Ähnlich äußert sich auch LAUX(113), S. 146: "Bei den allgemeinen Sportanlagen im ländlichen Raum (ist) eine örtliche Lösung nicht denkbar, sondern muß eine Konzentration auf Mittelpunktsgemeinden angestrebt werden. Rechnet man für einen einigermaßen brauchbaren Sportplatz mit Nebeneinrichtungen rd. 10.000qm, so bedeutet diese Anlage, daß sie für eine Benutzung für rd. 3.000-4.000 Einwohner bereitgestellt werden soll und daner weitere Investitionen gleicher Art in dieser Größenordnung falsch sind."

Als Mindest-Einrichtungsgrößen, die die wichtigsten allgemeinen Turn-, Sport- und Spielarten zulassen, sind wohl die aus einem Übungsraum bestehende Normalturnhalle (12X24 oder 14X27m) und der eine nutzbare Gesamtfläche von 10.000qm aufweisende Sportplatz zu nennen, der ein Spielfeld von 60X90m, ein Kleinspielfeld von 20X40m, eine Spiel- und Gymnastikwiese von ca. 400qm, eine vierbahnige Kurzstreckenlaufbahn von 75m (mit Start- und Ablaufbahn von 90m) und Einzelanlagen für Leichtathletik von rd. 1.000qm umfaßt. Kleinere öffentliche Einrichtungen sollten wegen ihrer eingeschränkten Verwendungsfähigkeit nur noch in Ausnahmefällen neu erstellt werden.

Wie schon im Kapitel Mittelpunktschulen dargelegt, können diese Minimalgrößen der Frei- und Hallenanlagen im Schulbetrieb bei einer Kapazität von 36 Wochenstunden und drei Stunden Leibeserziehung je Klasse und Woche schon durch die 12 Klassen einer Grundschule eine Auslastung erfahren. Der Sportplatz kann in Notfällen sogar für die 13-21klassige Gesamtschule ausreichen, weil auf ihm aufgrund der vielfältigen Einzelanlagen durchaus zwei nicht zu große Klassen zugleich üben können. Besser ist aber hierfür der von der DOG empfohlene Sportplatz anzusehen, der eine Kampfbahn des Typs C, ein Übungsspielfeld von 68X105m und mehrere Kleinspielfelder mit einer nutzbaren Fläche von insgesamt 24.000qm umfaßt. Für dreizügige Gesamtschulen reicht jedoch eine Normalturnhalle nicht aus, weil bei gleichzeitigem Turnen zweier Klassen in einem Raum die Riegen zu groß würden und die die ganze Halle beanspruchenden Ballspiele gar nicht durchführbar wären. So wird in den Richtlinien der DOG gefordert, für Schulen mit 13-24 Klassen mindestens eine zusätzliche Gymnastikhalle vorzusehen oder gar eine unterteilbare Großturnhalle von 18X33m mit zwei Räumen von 18X24 und 18X9m zu errichten.

Aus diesem Bedarf im Schulbereich lassen sich die für die Turn- und Sporteinrichtungen notwendigen Mindesteinwohnerzahlen ableiten: Sie betragen etwa 4.000 für die Normalturnhalle und den Sportplatz von 10.000qm sowie 7.000-8.000 für die Großturnhalle bzw. die um einen Gymnastikraum erweiterte Normalturnhalle und den großen Sportplatz von 24.000qm. Nach den Empfehlungen der DOG genügen für die kleineren Einrichtungen schon 3.000 Einwohner, während die größeren etwa 8.000 benötigen.

Auf größere Schwierigkeiten stößt hingegen der Versuch, allgemeingültige Mindesteinwohnerzahlen anzugeben, die beim Vereins- und "Jedermann-" Sport zu einer vollen Ausnutzung der Einrichtungen in der außerschulischen Zeit führen. Die freiwillige Betätigung der hieran beteiligten Gruppen unterliegt infolge differenzierter Sportinteressen viel stärkeren örtlichen und regionalen Unterschieden als der weitgehend einheitlich reglementierte Schulsport.

Die Kapazitätsbestimmung wird sich in diesem Bereich auf die Zeiten regelmäßiger Trainingsveranstaltungen beschränken können, in denen das Gros der Einrichtungsbelegungen stattfindet. Diese sind für die Tage Montag-Freitag von 15-22 Uhr anzusetzen. Zum Wochenende besteht -sofern für die Turn- und Sportstätten nicht sonnenin Ruhetage vorgesehen sind oder Wettkämpfe, Meisterschaften, Vergleichsspiele u.ä. ausgetragen werden- zumeist eine geringere Neigung zu Übungen. An den Arbeitstagen erweisen sich die für die erwerbstätigen Personen geeigneten Zeiten zwischen 19 und 22 Uhr, in denen eine Turn- und Sportstätte bei Vornandensein ausreichender Umkleideräume eine wöchentliche Kapazität von 15 Stunden besitzt, als am stärksten frequentiert. Hingegen herrscht zwischen 15-19 Uhr in der Regel eine wesentlich geringere Nachfrage, obgleich in dieser Zeitspanne für weite Bevölkerungskreise (wie Selbständige, halbtags Beschäftigte, Hausfrauen, Schüler, noch nicht schulpflichtige Kinder etc.) die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung bestünde. Eine realistische Bestimmung der Kapazität von Turn- und Sportstätten in der außerschulischen Zeit wird die Stunden der Hauptinanspruchnahme zwischen 19 und 22 Uhr zugrundelegen müssen. Ergänzend sollen aber auch die Nachmittagszeiten mit ihrer Wochenkapazität von 20 Stunden berücksichtigt werden.

Der Grad der Kapazitätsauslastung, der in den Turnhallen der Nahbereiche im Winter 1969 zu verzeichnen war, ist in Tabelle 28 angegeben.

Tabelle 28: Benutzung der Turnhallen in den Nahbereichen im Winterhalbjahr 1969:

Nah - bereich	belegte Wochenstunden der Turnhallen am								
	Vor- mittag 8-13 ⁰⁰	Nachmittag zw. 15-19 ⁰⁰				Abend zw. 19-22 ⁰⁰			
		ins - ges.	davon durch Gruppen aus Kern- sied- lung	Nachbar- gemeinden	anderen Gemein- den	ins - ges.	davon durch Gruppen aus Kern- sied- lung	Nachbar- gemeinden	anderen Gemein- den
Grifte	33	13	3 ¹ / ₂	7 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	13	5 ¹ / ₄	7 ³ / ₄	-
Nieden- stein	33	3 ¹ / ₂	-	-	-	11	11	-	-
Wabern I	45	4	4	-	-	14	12	-	2
Jesberg	39	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	-	-	8 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂	-	-
Zimmers- rode	36	6	6	-	-	13 ¹ / ₂	13 ¹ / ₂	-	-
Zwesten	36 ¹ / ₂	14	2	12	-	9 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	5	-

Die Bedeutung des Vereinssports an den Hallenbenutzungen während der Nachmittags- und Abendstunden ist aus Tabelle 29 zu ersehen.

Tabelle 29: Anteil der Turn- und Sportvereine der Nahbereiche an der Turnhallenbenutzung während der Nachmittags- und Abendstunden:

Nahbereich	belegte Wochenstunden in den Nachmittagen und Abenden des Winters 1969		
	ins - gesamt	davon durch Turn-u. Sportvereine belegt	Vereinsbelegung in v.H. der Gesamtbele- gung
Grifte	26	24 ¹ / ₂	94
Niedenstein	14 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	100
Wabern I	18	18	100
Jesberg	12	9 ¹ / ₂	79
Zimmersrode	19 ¹ / ₂	12 ¹ / ₂	64
Zwesten	23 ¹ / ₂	6	26

Zum richtigen Verständnis dieser summarischen Übersichten ist anzumerken: Die in den Relationen von Nachmittags- zu Abendsport und Vereins- zum freien Sport vom Normalfall erheblich abweichenden Benutzungsverhältnisse in Zwesten sind darauf zurückzuführen, daß die dortige Halle nachmittags in starkem Ausmaß von einem privaten Gymnasium in Oberurff frequentiert wurde.

Die hohe Zahl belegter Stunden während der Vormittage in Wabern wird durch die aus zwei Säumen bestehende Mehrzweckhalle ermöglicht.

Die Auslastung der abendlichen Hallenkapazitäten kann unschwer durch zwei bis drei einigermaßen vielseitige bzw. aktive Turn- und Sportvereine oder -wie die Zusammenstellung 28 zeigt- in Gemeinden resp. Nanbereichen von etwa 3.500 Einwohner erfolgen. Das gleiche Ergebnis wäre auch in den Kleinsträumen Niedenstein und Jesberg zu erzielen, wenn dort nicht nur die Vereine der Kernsiedlungen die zentralen Hallen benutzen würden.

Für Sportplätze kann die Kapazitätsauslastung nicht in der sonst üblichen Strenge gefordert werden. Abgesehen von ihrer nur jahreszeitlichen Beispielbarkeit sind diese Anlagen auch noch in der Spielsaison witterungsbedingten Nutzungsbeschränkungen unterworfen. Dem Einwand jedoch, das Streben nach möglichst weitgehender Auslastung sei aufgrund relativ geringen Kostenanfalls überhaupt nicht relevant, muß mit dem Hinweis auf die alljährlich wiederkehrenden beträchtlichen Instandsetzungs-Aufwendungen im Frühjahr entgegengetreten werden, wenngleich auch die Anlagekosten im Verhältnis zur Größe und zur Reichhaltigkeit der Einrichtung als niedrig zu bezeichnen sind.

Das Großspielfeld könnte in den Abendstunden des Sommers ohne Zweifel durch die Nachfrage in den hier betrachteten Nanbereichen, also durch rd. 3.500 Einwohner auslastbar sein, wenn nicht die selbst in den kleinsten Landgemeinden oftmals vorhandenen Fußballvereine ihre eigenen z.T. nur aus "zwei Toren auf einer grünen Wiese" bestehenden lokalen Spielplätze vorzögen. Nach der Aktivität, die die Sportvereine der Kleinsträume auf dem Gebiet der Leichtathletik durchschnittlich entfalten, wäre zur vollen Nutzung der entsprechenden Anlagen ein Einzugsbereich von etwa 7.000 Einwohner erforderlich. Wird diese Bevölkerungszahl erreicht, so ist die tatsächliche Auslastung viel eher gesichert als die der Fußballfelder, weil zumindestens die Leistungssport treibenden Leichtathleten auf die gut ausgebauten zentralen Anlagen angewiesen sind. Für die Kleinspielfelder können hier mangels befragbarer Vereine, die die einschlägigen Sportarten pflegen, keine Auskünfte gegeben werden.

Eine Übersicht über die in den Nahbereichen des Jahres 1969 vorhandenen Vereine und die in ihnen betriebenen Sportarten gibt Tabelle 30.

Tabelle 30: Anzahl der Sportvereine und betriebene Sportarten
in den Nahbereichen 1969:

Nahbereich	Zahl der Sportvereine		von diesen Vereinen betrieben folgende die Sportart			
	ins - gesamt	davon in der Kernsiedlung	Fuß- ball	Leicht- athletik	Hand- ball	Kleinball- spiele
Grifte	3	1	3	3	-	-
Niedenstein	2	1	2	-	-	-
Wabern I	5	2	4	2	-	1
Jesberg	2	1	2	-	-	-
Zimmersrode	2	1	2	1	-	-
Zwesten	3	1	2	2	1	-

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß allgemeine Turn- und Sportstätten der Mindestgröße angemessene zentrale Einrichtungen auch der kleinsten landlichen Großgemeinden ab 5.000 Einwohner sind. Sollten die Anlagen im Einzelfall -infolge weit unter - durchschnittlichen Sportinteresses der Bevölkerung- in den Abendstunden nicht restlos genutzt werden, so müßten die Einrichtungen wegen des unabweisbaren Bedarfs der Schulen dennoch erstellt werden. In größeren räumlichen Einheiten von 7.000-8.000 Einwohner aufwärts sind aus Gründen möglicher Platz- und Kostenersparnis und/oder vielseitigerer bzw. qualitativ verbesserbarer Ausgestaltung vergrößerte Anlagen im Kern einer zweiten Einrichtung der Mindestgröße im Nachbarschaftsbereich vorzuziehen. Dies entspricht auch der städtebaulichen Zielvorstellung der in einer Grünfläche eingebetteten Bezirkssportanlage, in der die sich gegenseitig ergänzenden und zentralisierbaren Spiel-, Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen räumlich zusammengefaßt werden sollen.

Der notwendige Wegeaufwand ist den Erwachsenen und Jugendlichen zumutbar; desgleichen den Schülern, wenn für deren Beförderung gesorgt wird. Trotz der hohen Motorisierung und der Mitfanrgellegenheiten wäre es ratsam, etwa gegen 19, 20³⁰ und 22 Uhr Busse verkehren zu lassen, auf deren Fahrzeiten sich die gesamten, also nicht nur die sportlichen Veranstaltungen der Abendstunden in ihrer Termingestaltung einstellen könnten.

9. Badeanstalten

Hier geht es nur um die zu den Erholungs- und Sportstätten zählenden Frei- und Hallenbäder, nicht aber um Kureinrichtungen, Saunen und die in ihrer Bedeutung immer mehr abnehmenden kommunalen Reinigungs-Warmbadanlagen mit Badewannen und Brausebädern.

a) Freibäder

Die Angaben, die die verschiedenen Autoren über die Mindesteinzugsbereiche dieser Anstalten machen, decken sich weitgehend. Nach den städtebaulichen Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen, die gemeinsam von der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG), den Deutschen Sportverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet wurden¹⁾, werden 5.000 Einwohner genannt. Die gleiche Zahl hält auch ROSENBAUM (152), S. 51 für erforderlich. SCHOLZ (171), S. 478 und WAGENER (199), S. 249 sprechen sich für einen Mindestversorgungsbereich von 6.000 Bewohnern aus. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen empfiehlt jedoch WAGENER (201), S. 353 in Anlehnung an die Sollwerte des Kulturatlases des Landes Nordrhein-Westfalen später einen optimalen Einwohnerbereich von 20.000.

Über die Mindestgröße eines Freibades gibt die Neufassung der städtebaulichen Richtlinien der DOG vom 9.11.1967²⁾, die die Grundsätze einer zentralörtlichen Versorgung und die diesbezüglich schwierigen Bedingungen ländlicher Räume berücksichtigt, Auskunft. Das Bad für einen Einzugsbereich von 5.000-10.000 Einwohner soll eine Beckengröße von 1.040 qm (Schwimmerbecken 16,7 x 25 m, seitlicher Sprungteil 100 qm, Nichtschwimmerbecken 450 qm, Planschbecken 75 qm) und eine Gesamtfläche von 10.000-15.000 qm aufweisen.

Bevor darangegangen wird, nachzuprüfen, ob diese Einwohnerzahlen zur Auslastung solcher Anlagen ausreichen, muß kurz noch etwas über die Eigenheiten der Freibäder gesagt werden: Es sind diejenigen Anstalten, die infolge ihrer außerordentlich stark witterungsabhängigen Benutzbarkeit nur an wenigen Tagen im Jahr voll in Anspruch genommen werden, somit Einrichtungen, die im Vergleich mit anderen am wenigsten gleichmäßig auslastbar sind.

1) erläutert bei ROSKAM (153), S. 21

2) vergleiche ABELBECK (1), S. 386

In einer Badesaison, die im allgemeinen vom 15. Mai bis zum 15. September reicht, die bei Beheizbarkeit des Wassers auf eine jahreszeitliche Öffnungszeit zwischen Anfang Mai bis Ende September verlängert werden kann und die somit insgesamt 120-150 Betriebstage umfaßt, ist nach GREBE(58), S. 48 in der Regel nur mit 10 reinen Bade- und 10 Spitzentagen zu rechnen. Daneben wird bei der Ermittlung der Auslastbarkeit sinnvollerweise nur von diesen Spitzentagen auszugehen sein.

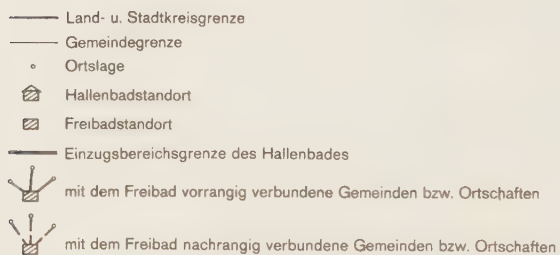
Merken als vereinfachende Prämissen an Wochentagen eine Öffnungszeit von 9-19 Uhr (von denen die Stunden 9-11 dem schulischen Schwimmunterricht und 18-19 dem Vereinssport vorbehalten sind), ein dreimaliges Aufsuchen des Wasserebeckens von je 15 Minuten je Person und ein für eine ungenügende Bewegung notwendiger Platzbedarf im Wasser von 8qm je Badender in Ansatz gebracht, so beträgt das Fassungsvermögen des 1.040qm großen Beckens in der für den allgemeinen Badebetrieb vorgesehenen Zeit von 11-18 Uhr rd. 1.200 Menschen. Fallen bei sonst gleichen Bedingungen - beispielsweise an Samstag- und Sonntagen sowie in den Schulferien - die morgend- und abendlichen Reservierungszeiten fort, so ernötigt sich die Kapazität für den breiten Publikumsverkehr auf etwa 1.700 Besucher pro Tag.

Zur Auslastung der 1.200 Plätze müßte an sonnig-warmen Arbeitstagen ein Bevölkerungsanteil die Freibäder aufsuchen, der in Einzugsbereichen von 5.000-10.000 Einwohnern zwischen 24 und 12 v.H. liegt. Für die höhere Kapazität ist sogar eine Beteiligungsquote von 34 bzw. 17% erforderlich.

Die Überprüfung der tatsächlichen Inanspruchnahme im Untersuchungsgebiet kann sich in dieser Arbeit nur auf die Gesamtzahl der verkauften Karten erstrecken, muß also auf die Berücksichtigung der stündlichen Schwankungen der Besucherzahlen mit ihrem üblichen Maximum zwischen 13³⁰ und 14³⁰ Uhr verzichten.

Die Benutzungsintensitäten, die in den außerhalb der Städte Fritzlar, Homberg und Borken gelegenen Freibädern des erweiterten Untersuchungsraumes an Spitzentagen des Badebetriebes während der letzten Jahre festgestellt wurden, sind in Tabelle 31 verzeichnet.

Tafel 3: Einzugsbereiche der untersuchten Hallen- und Freibäder



Quelle: Karte »Einzugsbereiche der Hallen- und Freibäder in Hessen 1967 (30)

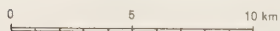




Tabelle 31 Inanspruchnahme der Freibäder an sommerlichen Spitzentagen:

Standort des Freibades	Bevölkerung 1969 im Ein- zugsbereich des Bades		verkaufte Karten an sommerlichen Spitzentagen ge- rundet zwischen		Beteiligungsgrad in v.H.der Wohn- bevölke- rung		"ortsanwesen- den" Bevöl- kerung
	Wohn- Bevölkerung	"ortsanwesende" Bevölkerung					
Jesberg	5.846	6.230	250-	600	4,3-10,3	4,0-	9,6
Gudensberg	9.405	9.502	600-	900	6,4- 9,6	6,3-	9,5
Wallenstein	4.033	5.036	400-	800	9,9-19,9	7,9-	15,9
Emstal	8.058	8.563	1.200-	1.500	14,9-18,6	14,0-	17,5

Die Einzugsbereiche der Freibäder sind der vom Hessischen Minister des Innern, Abt. VII herausgegebenen Karte über die Funktionsbereiche der Hallen- und Freibäder (30) entnommen, die - gleich der Karte der synoptischen Verflechtungsbereiche des - sischer Zentralorte (219) - auf den Ergebnissen einer im Jahre 1967 durchgeführten Befragung der Volksschüler in Gemeinden unter 3.000 Einwohner basiert. Die hier interessierenden Einzugsbereiche sind auf Tafel 3 dargestellt.

Die Einwohnerzahlen dieser Gebiete sind so ermittelt, daß in Gemeinden, die die Bäder vorherrschend benutzen, die gesamte Bevölkerung gezählt ist, während in Gemeinden, in denen diese Anlagen nur von nachrangiger Bedeutung waren, ein Drittel der Bewohnerschaft erfasst ist. Die in den Bereichen sich erholenden recht zahlreichen Fremden, die als Badegäste ebenfalls in Betracht kommen, sind in der zweiten Basiszahl berücksichtigt. Diese an Spitzentagen der Badesaison als "ortsanwesend" bezeichnete Einwohnerzahl 1969 setzt sich vereinfachend aus der Wohnbevölkerung zuzüglich der Bettenkapazität des gewerblichen und privaten Fremdenverkehrs sowie der durchschnittlichen täglichen Übernachtungszahl auf den Campingplätzen zusammen. Leider konnte der zum gleichen Zeitpunkt ortsabwesende Teil der Wohnbevölkerung nicht festgestellt und abgezogen werden.

Die niedrigen Benutzungsziffern der Bäder in Jesberg und Gudensberg dürfte weitgehend darauf zurückzuführen sein, daß sie z. Zt. der Erhebungen aufgrund fehlender Umwälz- und Wasserbeheizungsanlagen noch nicht dem neuesten Stand der Technik und den Ansprüchen weiter Bevölkerungskreise entsprachen. Das "Naturbad Burg Wallenstein" hat an Wochenenden ein wesentlich größeres,

wenngleich auch bislang noch nicht klar abgegrenztes Einzugsgebiet, das bis zu Stadt Kassel reicht. Zu solchen Zeiten wurden in diesem Bad schon des öfteren um 1.500 Karten/Tag verkauft. Die Angaben in Tabelle 31 betreffen daher nur die Verhältnisse an Wochentagen, für die das auf Tafel 3 dargestellte Einzugsgebiet noch weitgehend Gültigkeit besitzen dürfte.

Obwohl nur sehr wenige Beispiele mit zudem noch recht unterschiedlichen Ergebnissen vorliegen, kann doch der Schluß abgeleitet werden, daß Beteiligungsquoten über 20 v.H. der Bevölkerung kaum erreichbar sind. Daher erscheint schon zur Auslastung der niedrig angesetzten Freibadkapazität von 1.200 Personen je Tag eine Mindesteinwohnerzahl von 6.000 erforderlich. Zur Ausnutzung der höheren Leistungsfähigkeit von 1.500 Plätzen pro Tag sollte das versorgte Gebiet mindestens 7.500 Einwohner umfassen.

Freibäder sind somit als angemessene Einrichtungen künftiger Landgemeinden anzusehen. Obwohl diese Anlagen entsprechend den Witterungsbedingungen i.a. selten und unregelmäßig besucht werden, und sie aus Platz- und Bodenqualitätsgründen oftmals am Rande oder etwas außerhalb der Ortschaft liegen müssen, sollten sie dennoch einen zentralen Standort erhalten, weil die Kinder, die einen besonders hohen Anteil der gesamten Badegäste stellen, zumindestens in den Nachmittagsstunden der Wochentage auf einen öffentlichen Nahverkehrsanschluß angewiesen sind. An den Wochenenden besteht dagegen eher die Möglichkeit, daß diese Bevölkerungsgruppe die Freibäder in Begleitung Erwachsener, d.h. zu meist im PKW erreicht.

b) Hallenbäder

Bis vor etwa sechs Jahren galten Versorgungsnahbereiche oder Gemeinden unter 10.000 Einwohner als nicht tragfähig für ein eigenes Hallenbad. Kam die Normalschwimmhalle (12,5 oder 16,7 x 25m) als geeignete Einrichtung nur für Mittelstädte bzw. Mittelbereiche um 30.000 Einwohner in Frage, so waren die kleinsten überdachten Bäder, die Lehrschwimmbecken (8 x 16,7 oder gar 6 x 12,5m), auf die schulischen Belange abgestellt, über die FALLAK (31), S. 30 sagt: "Die schwimmsporttreibenden Vereine und die am Baden und Schwimmen interessierte Bevölkerung kann durch die Errichtung der Lehrschwimmbecken nicht erfaßt werden." Inzwischen sind

besondere Hallenbäder für kleinere Einzugsbereiche entwickelt worden: Die Kleinstschwimmballe (8X16,7m) mit höhenverstellbarem Zwischenboden, die zugleich auch den Erfordernissen des Schulschwimmunterrichts genügt, und die Kleinschwimmballe mit einem Mehrzweckbecken von 8X25m.

Nach den neugefaßten Richtlinien der DOG¹⁾ ist das Kleinsthallenbad für 5.000-10.000, das Kleinhallenbad für 10.000-30.000 Einwohner konzipiert. WAGNER (201), S. 354 zufolge ist die optimale Bevölkerungszahl "kleiner Hallenbäder" erst bei mindestens 20.000 erreicht.

Die witterungsunabhängigen Schwimmballen, die zumeist Stundenkarten ausgeben, werden im Gegensatz zu den Freibädern i. d. R. nur für kurze Zeit benutzt, hauptsächlich für eine Stunde. In dieser Zeit pflegt sich der Badende verhältnismäßig lange im Wasser aufzuhalten, so daß bei einer Kapazitätsbestimmung von Hallenbädern angebracht erscheint, ihm während der ganzen Stunde einen Wasserflächenbedarf von 8qm zuzurechnen. Wird nun eine tägliche Öffnungszeit von 8-12 und 15-22 Uhr unterstellt, in der die Stunden von 8-10 dem Schulschwimmen und die von 20-22 dem Leistungssport der Vereine gewidmet sind, so beträgt die Kapazität der 133qm großen Wasserfläche der Kleinsthallenbäder für das öffentliche Baden etwa 110 Personen je Tag; bei Fortfall der Reservierungszeiten erhöht sich das Leistungsvermögen unter sonst gleichen Bedingungen auf 175 Badende/Tag.

Um die geringere Kapazität auszunutzen, müßte der Beteiligungsgrad bei einer Bevölkerungszahl von 5.000 2,2 und von 10.000 1,1 v. H. ausmachen. Das höhere Leistungsvolumen erfordert entsprechende Prozentsätze von 3,5 bzw. 1,75.

Ob derartige Werte der Inanspruchnahme vorkommen, konnte im Untersuchungsgebiet nur an einem Beispiel, dem Hallenbad von Borken festzustellen gesucht werden, dessen Beckengröße jedoch 10X25m mißt. Der Einzugsbereich dieses Bades für die allgemeine Nutzung, der wiederum aus der schon erwähnten Karte über die Hallen- und Freibäder des Landes Hessen (30) übernommen und in dieser Arbeit auf Tafel 3 abgebildet ist, zählte am 30.6.1967 51.747 Einwohner. Das Einzugsgebiet, das dieses Bad an schwimmsporttreibenden Vereinen besitzt, ist wesentlich größer, und es könnte noch ausgedehnter sein, wenn es die abendlichen Kapazitäten zuließe. So

¹⁾ siehe ABELBECK (1), S. 386

liegen alljährlich eine Reihe von Nachfragen von Sportvereinen aus Städten der Nachbarkreise vor, denen nur teilweise Übungszeiten eingeräumt werden können.

Tabelle 32 gibt die in den letzten Jahren registrierte Inanspruchnahme des Hallenbades Borken wieder. Hieraus folgen die in Tabelle 33 aufgezeigten prozentualen Beteiligungsquoten für die Extremitäten und das Tagesmittel des Bedarfs, wobei in den a-Werten die Gesamtbesucherzahlen, in den b-Ziffern nur die durchschnittlichen Anteile der Allgemeinheit am Badebetrieb in die Rechnung eingegangen sind.

Tabelle 32: Besucherzahlen im Hallenbad Borken 1965 - 1969:

	1965	1966	1967	1968	1969
Einwohnerzahl des Einzugsbereiches am 30.6.	51.078	51.325	51.747	52.042	52.266
Gesamtzahl der Besucher	106.171	121.813	129.121	123.447	130.724
davon entfielen folgende v.H. Anteile auf:					
Allgemeinheit	67	66	69	68	70
Schulen	15	17	14	16	13
Militär	10	9	7	6	6
Vereine	8	8	10	10	11
durchschnittliche Besucherzahl je Woche	2.040	2.370	2.540	2.470	2.563
Tag	376	406	462	460	472
Tagesgrenzwerte des Besuchs					
Maximum	776	800	924	845	809
Minimum	75	153	99	209	65

Tabelle 33: Maximale, minimale und mittlere Tages-Beteiligungsquoten (Besucherzahl in v.H. der Bevölkerung) im Hallenbad Borken:

Tägliche Beteiligungsquote	1965	1966	1967	1968	1969
Minimum					
a	0,15	0,30	0,19	0,40	0,12
b	0,10	0,20	0,13	0,27	0,08
Mittel					
a	0,74	0,79	0,89	0,88	0,90
b	0,50	0,52	0,62	0,60	0,63
Maximum					
a	1,52	1,56	1,79	1,63	1,55
b	1,02	1,03	1,23	1,11	1,09

Die Ergebnisse in Tabelle 33 legen dar, daß die Nachfrage im Untersuchungsgebiet lediglich an Spitzentagen die Bedarfswerte erreicht, die als Mindestmaß für Einzugsbereiche von 10.000 Bewohnern gefordert wurden. Der derzeit in diesem Gebiet notwendige Funktionsbereich eines Kleinsthallenbades liegt also an der Obergrenze der DÖG-Empfehlung, bei 10.000 Einwohnern. Da aber die Tagesmittelwerte der Gesamtinanspruchnahme zwischen 1965 und 1969 von 0,74 auf 0,90 und die des allgemeinen Badebetriebes von 0,50 auf 0,74 v.H. der Bevölkerung angestiegen sind, und der ge-

ringere Entfernungswiderstand innerhalb kleinerer Bereiche eine höhere Nachfrage erwarten läßt, erscheint die Kleinstschwimmbadhalle zumindestens in der nächsten Zukunft als geeignete Einrichtung für Nahbereiche von etwa 8.000 Einwohner aufwärts. Dies gilt insbesondere für Gebiete mit Fremdenverkehr, deren Betrieb sich nicht nur auf die wenigen Sommermonate beschränkt.

Um ein ganzjähriges Baden zu gewährleisten, das auch den sommerlichen Hauptbelastungszeiten genügt, wird neuerdings ein kombiniertes Hallen-Freibad empfohlen. Ein größeres Hallenbad, welches an warmen Sommertagen zu öffnen ist, kann ein Freibad nicht ersetzen, weil es an den Spitzentagen des Bedarfs erhebliche Ausmaße (um 1.000 qm) benötigt, die im Winter nicht entfernt aus-reichend auslastbar sind. Dagegen vermag eine Kleinstschwimmbadhalle neben einem Freibad -sofern die Halle im Sommer nicht gänzlich stillgelegt wird- den Spitzenandrang an besonders heißen Tagen abzufangen bzw. zu mildern.

10. Kommunale Kreditinstitute

Als Geldinstitute in der Gewährträgerschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände unterhalb der Kreisebene kommen nur bestimmte Sparkassen, z.B. Gemeinde-, Stadt-, Amts- und Bezirkssparkassen in Betracht.

Die hessische Mustersatzung für kommunale Sparkassen vom 7.1.1969, d.h. der Erlass des hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr -IIc3-3en 05.01, Staatsanzeiger 2/1969(182), S.112 definiert in §1(2) eine solche Einrichtung als "Mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts".

Anders als die Banken und Kreditgenossenschaften, deren Primarfunktion das Aktivgeschäft ist, haben die Sparkassen die Hauptaufgabe -wie es §2 des hessischen Sparkassengesetzes i.d.F. vom 2.1.1969 (GVol.I.S.15) ausdrückt- "den Sparsinn der Bevölkerung zu wecken und zu fördern" oder -wie es in §2(1) der schon oben zitierten hessischen Mustersatzung heißt- "alle erforderlichen und geeigneten Einrichtungen zu treffen, um möglichst weite Kreise der Bevölkerung für den Spargedanken zu gewinnen". Hierzu gehört auch die Entgegennahme kleiner und kleinster Beträge,

beispielsweise in Gestalt des Pramien-, Schul-, Vereinssparens usw. Nach OBST-HINTNER(139), S. 213 sind die Sparkassen "wie die übrigen Bankinstitute ebenfalls Kreditvermittler", aber sie betreiben die Kreditgewährung an Kapitalsuchende ihres Geschäftsbereichs "nicht als Selbstzweck, sondern nur, um die ihnen anvertrauten Spargelder nutzbringend anzulegen". Andere Bankgeschäfte, zu denen die Sparkassen gleichfalls befugt sind, wie z. B. Giro-, Diskont-, Effekten-, Depotgeschäfte etc., treten dagegen in den Hintergrund.

Über die Mindestpräsenz örtlicher Sparkassen im ländlichen Raum besteht weitgehende Einigkeit. Die Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände(218), daß zumindest in den Kernsiedlungen die Zweigstelle eines derartigen Kreditinstituts vorhanden sein soll, findet auch unter den Fachleuten allgemeine Zustimmung. Als grober Orientierungswert für die kleinste Zweigstelle gilt in der Praxis schon eine Ortseinwohnerzahl von 1.000. Im einzelnen schwankt jedoch die Tragfähigkeit erheblich mit der gewerblichen Durchsetzung der Siedlung, der Wohnabundanz und Sparneigung der Bevölkerung, der Konkurrenzsituation mit anderen, privaten und/oder genossenschaftlichen Geldinstituten.

Wenn auch das örtliche oder regionale Bedürfnis als wichtiger Gesichtspunkt für die Errichtung einer Zweigstelle anzusehen ist, so wird es doch oftmals aus Prestige Gründen außer acht gelassen. Dies ist möglich geworden, nachdem die in § 24 Abs. 1 Ziff. 7 des neuen Kreditwesengesetzes (KWG) vom 10. 7. 1961 (BGBl. I. S. 881) i. d. F. vom 24. 5. 1968 (BGBl. I. S. 503) geforderte Anzeigepflicht gegenüber der Bundesbank und dem Bundesaufsichtsamt an die Stelle der früher einzunolenden Erlaubnis nach § 4 KWG alt getreten ist, für die gemäß Absatz 1 Buchstabe b Anträge mit genauen Angaben "über die einwohnermäßigen und wirtschaftlichen Verhältnisse am künftigen Zweigstellenort und die bereits dortin bestehenden Geschäftsbeziehungen und über die Verkehrslage des Ortes" einzureichen waren.¹⁾

Die Zweigstelle einer Sparkasse gehört mit Recht und Recht zum Bestand kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge ländlicher Kleinzentren, auch wenn das Institut zum Zweck besserer Kundenbetreuung und Kontaktverstärkung dauernd oder als Werbeimpuls

¹⁾ siehe PRÖHL(146), Bd. 4, S. 3511

vorübergehend die Orte des Nachbarschaftsbereiches von einer fahrbaren Zweigstelle betreuen läßt oder in den größeren Orten des Nahbereiches stationäre Zweigstellen unterhält, wodurch die Zentralität der Filiale in der Kernsiedlung erheblich abgeschwächt wird.

Sehr unterschiedlich wird hingegen die Frage beantwortet, welche Einzugsbereichsgröße für ein eigenständiges Sparkasseninstitut notwendig ist. Gehört beispielsweise nach BERKENHOF(7), S. 412 ein solches zur "Regelausstattung" kleiner Städte mit einem Versorgungsbereich von 10.000-20.000 Einwohner, so erachtet WAGENER(201), S. 473f eine Bevölkerungszahl von mindestens 112.000 für erforderlich.

Dem Sparkassenfachbuch 1970(180), S. 453ff ist zu entnehmen, daß von den in der Bundesrepublik Deutschland 1968 bestehenden 857 Sparkassen 76 einen Geschäftsbereich unter 10.000 und weitere 141 einen zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner besaßen. Wenn gleich heute noch eigenständige kommunale Kreditinstitute lebensfähig sind, die etwa 1.000 Menschen betreuen, so besagt das nichts gegen die Notwendigkeit, Richtwerte für die Mindestbetriebs- und -geschäftsbereichsgrößen zu ermitteln, die eine erfolgreiche Arbeit auch in der Zukunft bei zunehmendem Konkurrenzdruck versprechen.

Über die Mindestgröße und -kapazität der Sparkassen war in der Literatur und von den befragten Fachleuten keine klare Auskunft zu erhalten. Zwar bemühen sich die Sparkassen und ihre Verbände um die Klärung der auch für diesen Fragenkomplex wichtigen Grundlage der Arbeitskapazität der Beschäftigten, die -wie aus den Beiträgen von DIETER(23) und LEWERKÜHNE(118) hervorgeht- mit Hilfe arbeitswissenschaftlicher Methoden (Zeitmessungen, analytische Arbeitsbewertungen, Multimomentverfahren u.ä.) zu erfassen gesucht wird. Mit den hieraus erzielbaren Ergebnissen, die in erster Linie dem aktuellen Zweck dienen sollen, die Wirtschaftlichkeit bestehender Betriebe zu beurteilen, ist es hier allein noch nicht getan. Es fehlt noch die Kenntnis über den Mindest-Personalbestand, der zur Erledigung der vielfältigen Funktionen der Sparkassen in qualitativer Hinsicht erforderlich ist.

Wäre die minimale Leistungsfähigkeit bekannt, so könnte über die von FICKEL(43) und MARTIN(123) entwickelten "Leistungsquoten" (wie Anzahl der Buchungsposten oder Geschäftsvorfälle zu Be-

schäftigtenzahl und Monat), die aus den für die einzelnen Betriebe und Zweigstellen aufbereiteten Daten der Personal-, Posten- bzw. Geschäftsvorgangs-Statistik gebildet werden können, und über die Kenntnis der Geschäftsbereiche die spezifische Inanspruchnahme und die Mindesteinwohnerzahl der Sparkasse festgestellt werden.

Die Auslastung einer eigenen Datenverarbeitungsanlage als Grundlage zur Bestimmung der Mindestbetriebsgröße und -leistungsfähigkeit zu wählen, wie dies WAGNER(201), S.445 tut, erscheint nicht immer zweckmäßig, weil die Sparkasse gut auf die meist nicht voll ausgenutzte oder dem gesamten öffentlichen Leistungsbedarf anpaßbaren Rechenanlage zurückgreifen kann.

Die minimale Betriebsgröße und die notwendige Auslastung sollen daher über den Mindestkapitalbestand ermittelt werden: Für die Errichtung einer Sparkasse ist nach §32 KWG die Erlaubnis des Bundesaufsichtsamtes unerlässlich, welche nach §33 des gleichen Gesetzes außer bei mangelnder Zuverlässigkeit und/oder fachlicher Qualifikation des Kreditinstitut-Leiters auch versagt werden darf, wenn die zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel, insbesondere ein ausreichendes haftendes Eigenkapital...nicht zur Verfügung stehen". Diese Bedingung bezieht sich auf die klare Forderung des §10(1) KWG: "Die Kreditinstitute müssen im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte ein angemessenes haftendes Eigenkapital haben." Für die Errichtung eines Kreditinstituts mit Einlagengeschäft soll nach Auffassung des Bundesaufsichtsamtes ein solches Kapital, das der Finanzierung des Geschäftsgebäudes, der Betriebsausstattung, des intertemporären Verlustausgleiches, den Werbe- und Repräsentationsmaßnahmen sowie der Entschädigung von Gläubigerverlusten dient, in Mindesthöhe von 1 Mill. DM vorhanden sein. Die Besonderheiten der Sparkassen, die aufgrund der unbeschränkten Haftung durch den Gewährträger entsprechend §3 des hessischen Sparkassengesetzes und §1(3) der hessischen Musterstatzung als Eigenkapital nach § 10 Abs.2 Ziff.4 KWG nur die Rücklagen, nicht aber ein Grund- oder Stammkapital wie die privaten Bankinstitute oder ein Dotationskapital wie andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, also nur ein relativ geringes Eigenkapital kennen, können hier unberücksichtigt bleiben, weil

der Bankbetrieb nicht isoliert betrachtet werden soll, sondern nur in Zusammennang mit den Leistungen des kommunalen Trägers. Nach HAGENMÜLLER-DIEPEN(62), S.66 gilt bei Kreditinstituten ein Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital von 1:20 als angemessen: "Wird die Relation von 1:20 als branchenüblich betrachtet, so kann daraus geschlossen werden, das erst mit Erreichung dieses Verhältnisses die Errichtungsperiode im weiteren Sinne als abgeschlossen betrachtet werden kann." Eine ähnliche Verhältniszahl nennt auch PRÖHL(146), S.2537 für die Rücklagen der Sparkassen. Solange die Sicherheitsrücklage nicht 5% des Gesamteinlagenbestandes erreicht hat, dürfen die Sparkassen an ihren Gewährträger keinen Gewinn ausschütten. Die Mindestmenge des von den kommunalen Kreditinstituten zu verwaltenden Gesamtkapitals sollte daher 20 Mill. DM betragen.

Um die Einwohnerzahl zu ermitteln, die im Durchschnitt erforderlich ist, um diese Gelder anzusparen, sind 379 regionsversorgende Amts-, Bezirks- und Kreissparkassen der insgesamt 857 Sparkassen der BRD 1969 auf ihre Prokopf-Einlagen der Geschäftsbereichsbevölkerung untersucht worden.¹⁾ Dabei ergab sich, daß -abgesehen von einzelnen Streuungswerten unter 1.000 und über 3.000DM- das eindeutige Schwergewicht bei 1.200-2.400DM, das arithmetische Mittel bei 1.940, also bei rd. 2.000DM lag. Die abgerundeten Beträge je Einwohner, die in den einzelnen kommunalen Sparkassen im Untersuchungsbereich des Jahres 1969 feststellbar waren, sind in Tabelle 34 festgehalten.

Tabelle 34: Geschäftsbereichsgrößen und Einlagen kommunaler Sparkassen im Landkreis Fritzlar-Homberg 1969:

Sparkasse	Einlagen am 30.6.1969 in Mill. DM rd.	Einwohnerzahl des Geschäfts- bereichs in Tsd. rd.	Einlagen je Einwohner in DM
Kreissparkasse Fritzlar	53	30	1.770
Stadtsparkasse Borken	22	17	1.300
Stadtsparkasse Gudensberg	12	12	1.000
Stadtsparkasse Homberg	31	26	1.190

¹⁾ Quelle: Sparkassenfachbuch 1970(180), S.453ff

Werden diese Werte in Ansatz gebracht, so sind kommunale Sparkassen der Mindestgröße in Gebieten zwischen 8.500 und 16.600, im Mittel von rd. 10.000 Einwohner tragbar. Dieses Ergebnis stimmt recht gut mit der schon erwähnten Angabe BERKENHOFFs(?), S. 412 überein. Die eigene Sparkasse ist danach in Großgemeinden unter 10.000 Bewohner nicht generell, sondern nur in Einzelfällen als angemessene Einrichtung der Daseinsvorsorge anzusprechen. Obwohl dem Benutzerkreis der Sparkassen im allgemeinen die Wege zum nächsten Klein- oder Unterzentrum zumutbar sind, diese Einrichtungen für eine zentrale Lage geeignet sind, legen der starke Wettbewerb der Kreditinstitute untereinander und die gestiegenen Anforderungen an die Kundenbetreuung in zunehmendem Maße eine Bedienung einzelner Ortschaften durch fahrbare- oder zumindest zeitweilig besetzte stationäre Zweigstellen nahe, wodurch die Zentralität der in den Kernsiedlungen befindlichen Filialen, nicht aber die der Hauptbetriebsstellen, in einer Reihe von Geschäftsvorfällen an Bedeutung einbüßt.

11. Einrichtungen der Nahverkehrsbedienung

Hierzu sollen in dieser Arbeit die Innerortsstraßen der Kernsiedlungen samt Ampeln, Verkehrszeichen usw., die öffentlichen Parkplätze, die Anschlüsse der Kleinzentren an das überörtliche Verkehrsnetz und die öffentliche Personennahbeförderung mit den dazu notwendigen Anlagen (Wartenallen, Halteboxen o.ä.) gezählt werden.

a) Die Innerortsstraßen sind größtenteils lokale Einrichtungen. Der Teil von ihnen aber, der auch von den Einwohnern des Nahbereichs benutzt wird, läßt sich nur schwer bestimmen, denn er ist nicht nur auf die Ortsdurchfahrten und die Fahrbahnen und Fußwege in den zudem meist nicht klar abgegrenzten Geschäftszentren der Kernsiedlungen beschränkt. Eine Reihe privater und öffentlicher Dienstleistungseinrichtungen, die von den Benutzern aufgesucht werden müssen, (wie z.B. Freibäder, Spiel- und Sportanlagen, Kindergärten, Handwerksbetriebe usw.) haben ihren Standort zumeist in den Wohngebieten oder an der Peripherie der Kleinzentren.

- b) Bei den öffentlichen Parkplätzen, die in den Kernsiedlungen eine möglichst zentrumsnahe Lage haben oder haben sollten, gibt es dieses Erfassungsproblem nicht. Dagegen läßt sich bei diesen Anlagen eine Mindestgröße nicht eindeutig festlegen, d.h. sie sind -betriebstechnisch gesehen- völlig größenvariabel. Die Notwendigkeit ihres Vorhandenseins und ihre Dimensionierung hängen von der Art, Zahl und Größe der öffentlichen und privaten zentralen Institutionen der Kernsiedlung bzw. von deren Inanspruchnahme und von der Zahl der privaten Abstellflächen ab, die diese Einrichtungen gemäß §2(2) der Verordnung über Garagen und Einstellplätze (Reichsgaragenordnung) vom 17.2.1939 (RGBl. I. S. 219) und den Richtlinien zur Ermittlung der Zahl von Stellplätzen (Stellplatzrichtlinien) des hessischen Minister der Innern -VA1/VA4 vom 27.3.1967, Staatsanzeiger(182), S. 379 zu erstellen haben bzw. aus Raumgründen schaffen können. Das Fehlen einer einigermaßen verbindlichen Mindestgröße und die starke Abhängigkeit von den besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Zentralortes lassen allgemeine Aussagen nach dem methodischen Vorgehen dieser Arbeit nicht zu.
- c) Auf die für die Kernsiedlungen notwendigen Anschlüsse an das überörtliche Verkehrsnetz soll hier gleichfalls nicht eingegangen werden. Zum einen haben diese Anlagen keinesfalls nur zentrale Funktionen, d.h. sie dienen nicht nur dazu, die Bewohner der Nahbereiche in ihren Zentralort kommen zu lassen, sondern auch dem gesamten überörtlichen Personen- und Werksverkehr des Kleinzentrums, dem Durchreise-, Fremdenverkehr u.a.m. Zum anderen gilt für diese "öffentlichen Sachen in Gemeingebrauch" nicht das Auslastungspostulat, will sagen: die Anschlüsse sind auch dann herzustellen, wenn sie in ihrer Kapazität durch den gegenwärtigen oder zu erwartenden Verkehr nicht voll genutzt werden.
- d) Öffentliche Nahverkehrsunternehmen können in den dünnbesiedelten ländlichen Bereichen aus wirtschaftlichen Gründen nur Omnibusse einsetzen. So wichtig eine gute Nahverkehrsbedienung dieser Art zwischen den Siedlungen der Nachbarschaftsgebiete und den Kleinzentren ist, so sind die künftigen Großgemeinden auch nach Einführung von Gebietskonzessionen nicht als geeignete Träger von Personennahverkehrsunternehmen anzusehen.

Kommunale Verkehrsbetriebe zählen auch in Hessen zu den wirtschaftlichen Einrichtungen, die nach den Bestimmungen des §39(2) des Personenbeförderungsgesetzes vom 21.3.1961 (BGBl. I. S. 241), des §103 der hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1.7.1960 (GVBl. S. 103) und -sofern die Unternehmen wirtschaftlich, aber nicht rechtlich verselbständigt sind- auch nach den Vorschriften des §11 des hessischen Eigenbetriebsgesetzes vom 9.3.1957 (GVBl. S. 19) geführt werden sollen, d.h., zusammenfassend ausgedrückt, nach dem "Grundsatz der gemeinwirtschaftlich gebundenen, kostendeckenden Eigenwirtschaftlichkeit".¹⁾ Als wichtige Voraussetzung der nach §2(1) Personenbeförderungsgesetz notwendigen Betriebsgenehmigung wird in §13 Abs. 1 Satz 1 des gleichen Gesetzes neben anderen Bedingungen genannt, daß "die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebs gewährleistet sind". Um diesen Forderungen gerecht zu werden, sind ein qualitativ und quantitativ ausreichender Arbeitskräftebestand, Wagenpark einschließlich Reservefahrzeuge, eine Reparaturwerkstatt usw. sowie ein rationeller Personal- und Maschineneinsatz, kurzum ein größerer Betrieb und eine befriedigende Auslastung des Leistungsangebotes notwendig.

Angesichts der geringen Einwohnerzahlen ländlicher Siedlungen, der zumeist schwachen Anziehungskraft der Kleinzentren, der hohen und weiter zunehmenden privaten Motorisierung, die infolge ausreichenden Verkehrsflächenangebots in ländlichen Gebieten noch stärker als in den Städten ansteigen kann, ist eine den o.g. Wirtschaftlichkeitsprinzipien genügende Inanspruchnahme der öffentlichen Nahverkehrsmittel in den Nahbereichen nicht zu erwarten.

Schon 1964 bei einem Motorisierungsgrad von 8 Einwohner/PKW sah eine vom Deutschen Bundestag beauftragte Sachverständigenkommission (6), S. 28 eine Siedlungsgröße von etwa 6.000-8.000 Einwohner als nötig an, damit ein Buslinienverkehr zu einer größeren Kernstadt mit günstigen Zeiten wirtschaftlich gewährleistet werden kann. Nachdem die Motorisierungsziffer in der BRD bis zum Jahre 1970 auf 4,4 und im Untersuchungsgebiet bis zum 1.10.1969 auf 5,3 E/PKW angewachsen ist, bedarf die Angabe der Sachverständigenkommission überdies einer Revision.

¹⁾ siehe Bericht der Sachverständigenkommission ... (6), S. 104

Als Mindestgröße eines Nahverkehrsunternehmens, das über ein Büro, eine eigene Werkstatt mit Maschinen, einen Kfz.-Meister mit Arbeitsgruppe, eine Tankstelle u.ä. verfügt, nennt WAGENER (201), S. 443ff einen Bestand von 30 Bussen. Weiter führt WAGENER aus: "Eine besonders günstige Kostenrechnung ist bei einer Betriebsgröße von 50 bis 150 Bussen oder für ein Einzugsgebiet von 100.000 bis 500.000 Einwohner zu erwarten. Unter verkehrswirtschaftlichen Aspekten wäre anzustreben, Nahverkehrsunternehmen einzurichten, die für Gebiete mit 1,5 bis 6 Millionen Einwohner Regionalkonzessionen hätten."

Aus einer Aufstellung MARCHANDS (122), S. 98f geht hervor, daß in der BRD 1967 eine Reihe kommunaler Verkehrsbetriebe mit 4-26 Bussen und kleinen Einflußgebieten zwischen 12.000 und 50.000 Bewohnern bestanden. Bei den Betriebsgemeinden handelte es sich aber durchwegs um höherrangige und somit attraktivere Zentralorte, als dies üblicherweise die Kernsiedlungen sind, und oftmals um Fremdenverkehrsorte, die eine noch bessere Verkehrsbedienug erfordern, zugleich aber auch eine bessere Auslastung des Leistungsangebots versprechen. Zudem versorgte selbst das kleinste Unternehmen einen größeren Einwohnerbereich als die hier betrachteten bevölkerungsstärksten ländlichen Nahbereiche oder Großgemeinden.

Außer dem Gesichtspunkt zu geringen Bedarfs existieren noch weitere Gründe, welche den eigenen Nahverkehrsbetrieb in derart kleinen Gebietseinheiten ungeeignet erscheinen lassen:

In den entfernungsmäßig wenig ausgedehnten Nahbereichen bestünden Schwierigkeiten in der Linienführung, die bei Einsatz möglichst weniger Busse ungeschickte, umwegeverursachende Schleifenformen aufweisen müßte. Das normalerweise langgestreckte Einflußgebiet einer Buslinie widerspricht den Prinzipien der günstigen Erreichbarkeit im Individualverkehr und für den Einsatz mehrerer Busse sind die Nahbereiche zu klein. Großgemeinden mit wenigen, annähernd gleich großen Siedlungen, die sich auf ein neues zwischen ihnen gelegenes Zentrum einigen würden, brauchten zu dessen Besuch praktisch überhaupt keine öffentliche Nahverkehrslinie.

Ein System vieler kleiner Gebietskonzessionen wäre für den grossen Teil der Berufs- und Einkaufspendler, die längere Wege zu ihren Arbeitsstätten und den höheren Zentralorten zurücklegen müssen,

mit einem Zwang zu häufigem Umsteigen, d.h. mit unerwünschten Unbequemlichkeiten verbunden. Die Überlagerung dieser Kleinstnetze durch wenige weiterführende Linien würde einen starken Parallelverlauf von Strecken und somit eine unwirtschaftliche Konkurrenz entstehen lassen, sofern nicht Bedienungsverbote bestehen. Auf jeden Fall würde eine solche Regelung bei dem ohnehin schon geringen Bedarf zu einer noch schwächeren Auslastung der Fahrzeugkapazitäten führen.

In Anbetracht dieser Gegebenheiten gibt es zwei Möglichkeiten, eine ausreichende Nahverkehrsbedienug ländlicher Räume zu erreichen: Entweder werden die bisherigen Konzessionsträger dazu veranlaßt, miteinander zu kooperieren (gegenseitiges Anerkennen der Fahrtausweise, Abstimmung der Fahrpläne zur Schaffung besserer Umsteigemöglichkeiten usf.) und ihre Linien und Busfolgen auch in unrentablen Gebieten zu verdichten, wodurch das bisherige Liniensystem bestehen bleiben könnte, oder aber es müßte zu einem Regionalkonzessions-System übergegangen werden, in dem die Landkreise als geeignete öffentliche Träger von Busunternehmen zu nennen sind.

Das Ziel muß es jedoch sein, für günstige und ausreichende Verbindungen jeder Ortschaft mit ihrer Kernsiedlung und ihren übergeordneten Zentralorten zu sorgen. Zur anstrebbaren Erreichbarkeit der Kleinzentren gehört dabei nicht nur, daß die geforderten Maximalentfernungen von 9 km und -fahrzeiten von 15 Minuten eingehalten werden, sondern auch, daß diese Anschlüsse häufig genug und auch abends vorhanden sind. Die von KLATT(95), S. 70 in diesem Zusammenhang als ausreichend bezeichnete Busfolge von 20 Minuten bis zu einer Stunde muß m.E. nicht regelmäßig über die gesamte Betriebszeit aufrechtgehalten werden. Vorerst dürfte es genügen, wenn im Fahrplan -abgesehen von der am besten gesondert durchzuführenden Schülerbeförderung- etwa die in Tabelle 35 angegebenen Leistungen vorgesehen sind.

Tabelle 35: Empfehlung für eine befriedigende Bedienung ländlicher Siedlungen durch öffentliche Nahverkehrsmittel:

Tageszeit	erwünschte Zahl von Buspaaren	hauptsächlich für folgende Verkehrszwecke
6- 9 Uhr	4	Fahrten zu den Arbeitsstätten und zentralen Einrichtungen
11- 13 "	3	Heimfahrten halbtags Beschäftigter und Zentralortsbesucher
14- 18 "	5	Rückfahrten ganztägig Beschäftigter, Besuche von Bädern u.ä. Sporteinrichtungen durch Kinder, Jugendliche, Hausfrauen, Halbtagsbeschäftigte u.ä.
19- 22 "	3	Besuche von Freizeiteinrichtungen, insbesondere durch Vollzeit-Beschäftigte.

E. Zusammenfassung

In dieser Arbeit, in der versucht wurde, diejenigen zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge im einzelnen zu benennen, die von den künftigen Großgemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner bereitgestellt werden sollten, wurden folgende Merkmale zur generellen Bestimmung dieser Anlagen und Anstalten als geeignet angesehen:

- a) für die Einrichtungen der Daseinsvorsorge: Dienst an jedem einzelnen Bürger bzw. Nutzungsberechtigten oder -pflichtigen; Sicherung und Verbesserung seiner Existenzgrundlagen; unmittelbare Wirksamkeit der Dienstleistungen;
- b) für die gemeindliche Trägerschaft: die durch die Nachfrage in der Großgemeinde (Nahbereich) ausgelastete Mindestkapazität der Anlagen und Anstalten;
- c) für die zentrale Lage der Einrichtungen in den Kernsiedlungen: große Häufigkeit der Leistungsanspruchnahme (1X/Tag-1X/Woche); Notwendigkeit einer schnellen Erreichbarkeit in Dringlichkeitsfällen; gesicherte Beförderung der im Straßenverkehr besonders gefährdeten Personenkreise.

Unter Verwendung dieser Kriterien und der Resultate der empirischen Nachfrage-Erhebungen in den ausgewählten nordnassischen Nanbereichen des Landkreises Fritzlar-Homberg -ergänzt durch weitere Bedarfswerte in Einrichtungen außerhalb des engeren Untersuchungsgebietes- wurden die als angemessen erscheinenden Anlagen und Anstalten bezeichnet und dabei zugleich einige vorerfundene Kataloge zur Ausstattung der Kleinzentren und die für diese Einrichtungen genannten Mindesteinwohner-Richtzahlen überprüft. Diese Untersuchungen erbrachten das in Tabelle 36 zusammengefaßte Ergebnis.

Hiernach wird empfohlen, daß die kleineren ländlichen Gemeinden der Zukunft ab 5.000 Einwohner in ihren Zentren die folgenden Einrichtungen der Daseinsvorsorge vorhalten: Grundschule, Fest- oder Gemeinschaftssaal, Kindergarten, Gemeindeschwesternstation, Sportplatz, Turnhalle und Freibad. In den größeren kommunalen Gebietseinheiten zwischen 8.000-10.000 Bewohner sollten dazu noch eine Gesamtschule, eine Hortgruppe und eine Kleinstschwimmhalle treten.

Tabelle 36: Empfohlene zentrale Einrichtungen der Daseinsvorsorge für Großgemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern:

Einrichtungsart	Mindesteinwohner-Bereich
Grundschule(zweizügig)	4.300 - 4.700
Gesamtschule(dreizügig)	7.000 - 8.000
Fest- oder Gemeinschaftssaal	um 5.000
Jugendpflegeraum	" 3.000
Kindergarten	1.300 - 1.500
Hortgruppe im Kindergarten	9.000 -10.000
Gemeindeschwesternstation	4.000
Sportplatz	3.500 - 4.000
Turnhalle	3.500 - 4.000
Freibad	6.000 - 7.500
Kleinstschwimmhalle	8.000

Aus den überprüften Einrichtungs-Spezifikationen der Literatur mußten die nachstehenden Anlagen und Anstalten gestrichen werden, weil sie:

- a) nicht zur Daseinsvorsorge zu zählen sind: Verwaltung der Großgemeinde, Polizeiposten, freiwillige Feuerwehr,
- b) infolge zu geringer Nachfrage nicht zu den Aufgaben künftiger Landgemeinden zu rechnen sind: Volkshochschule, Kinderhort, Altenheim,
- c) zu Recht nur als Zweigstellen übergeordneter Träger genannt wurden: Postnebenstelle, Filiale eines öffentlich - rechtlichen Kreditinstituts,
- d) überhaupt oder zumindestens derzeit nicht als zentrale Einrichtungen anzusprechen sind: Kinderspielplatz, Grünanlage, Kanalisation, Volksbücherei.

Die in Tabelle 36 aufgeführten Anlagen und Anstalten sollten grundsätzlich vollständig in den Kleinzentren errichtet werden. Dennoch erweist sich aus Gründen besserer Erreichbarkeit in Einzelfällen ein zweiter Standort in einer verkehrsmäßig gut erschlossenen Nachbarsiedlung als sinnvoll, wenn die Kernsiedlung eine stark exzentrische Lage besitzt, die Einrichtungen nur ein kleineres Einzugsgebiet unter 2.500 bzw. 5.000 Einwohner benötigen und einen erheblichen Verkehr, insbesondere von Personen verursachen, denen möglichst geringe Wegelängen zugemutet werden sollten. Dies gilt vor allem für Kindergärten, Jugendräume, Grund-

schulen und damit auch für Sportplätze und Turnhallen.

Verglichen mit den:

- 1.) nicht zur Daseinsvorsorge zählenden elementaren öffentlichen Leistungen: Gemeindeverwaltung, Friedhof, Feuerwehr, evtl. Polizei-Station, Institutionen der Rechtsprechung (Ortsgericht, Schiedsmann),
- 2.) Grundversorgungseinrichtungen der Leistungsverwaltung
 - a) höherer Träger und Zentralität: Sonder-, Berufs-, Fachschule, Hauptinstitut der Volkshochschule, Altenheim, Krankenhaus, Nahverkehrs- und Müllabfuhrunternehmen,
 - b) Filialen übergeordneter Träger in den Kernsiedlungen: Bücherei-, Sparkassenzweigstelle, Außenstelle der Volkshochschule, Postnebenstelle,
 - c) überörtlich-exzentrischen Anlagen der Nahbereiche: Wassergewinnungs-, Kläranlage, Müllablagerungsplatz,
 - d) überörtlichen Linear- und Bandanlagen der Kleinstraßen: Ortsverbindungsstraßen, Anschlüsse an das weiterführende Verkehrsnetz, Ver- und Entsorgungsleitungen im Zwischenortsbereich,
 - e) dispersen oder örtlichen Einrichtungen: Erschließungsanlagen (Innerortsstraßen, Wasserleitungen-, Kanalisations-, Energieversorgungsnetze in den Siedlungen), städtebauliche Grünanlagen, öffentliche Kinderspiel- und Bolzplätze

stellen die in Tabelle 56 aufgeführten Anlagen und Anstalten der gemeindlichen Daseinsvorsorge, deren angemessene Standorte grundsätzlich die Kleinzentren sind, eindeutig die zahlenmäßig größte Gruppe der heute erforderlichen öffentlichen Grundversorgungseinrichtungen ländlicher Räume.

Die zur Bestimmung der Leistungsnachfrage gewählten Nannbereiche erwiesen sich in ihrer insgesamt reichhaltigen Ausstattung mit Anlagen und Anstalten der Daseinsvorsorge als ergiebig. Nur in verhältnismäßig wenigen Einrichtungsarten (Kindergärten, Altenheimen, Badeanstalten) mußte der Untersuchungsraum aufgrund zu geringer Objektzahlen erweitert werden. Abgesehen von zwei Freibädern, einem Altenwohnheim und einem Kindergarten wurden moderne und leistungsfähige Einrichtungen angetroffen, sodaß die Gefahr, qualitätsbedingt niedrige Nachfragewerte festzustellen, praktisch nicht bestand. Die befragten Einrichtungsleitungen stellten die Zahlen der Leistungsanspruchnahme -wenngleich auch manchmal abgerundet- in einer für die hier verfolgten Ziele ausreichenden Genauigkeit zur Verfügung. Lediglich für die Sparkassen konnten die erwünschten Werte für die einzelnen Zweigstellen aus Geheimhaltungsgründen nicht in Erfahrung gebracht werden.

Durch die Wahl von Nahbereichen, die insbesondere in ihrer sozio-ökonomischen Struktur nicht unerheblich voneinander differieren, wurde versucht, einem zu einseitigen Bedarfsbild zu entgehen. Die oftmals fehlende Übereinstimmung zwischen den Einzugsbereichen der Einrichtungen und den Nahbereichen ist kein schwerwiegender Nachteil, weil über die in den Institutionen erfaßte Herkunft der Benutzer die Nachfrage in den verschiedenen Kleinstregionen gesondert werden konnte. Wegen dieser räumlichen Inkongruenz wirken sich jedoch die vom Idealbild des Nahbereichs abweichenden Eigenschaften der ausgewählten Gebietseinheiten (zu geringe Einwohnerzahlen und exzentrische Lage der Kernorte) nicht stark bedarfsmindernd aus.

Allein durch die allermeist unzulänglichen öffentlichen Busverbindungen zwischen den Kern- und Nachbarsiedlungen kann eine geschwächte Nachfrage gegenüber Gebieten mit befriedigend ausgebautem Nahverkehrssystem angenommen werden. Dies ist aber keineswegs nur eine Schwäche dieses Untersuchungsraumes, welcher sich -insgesamt gesehen- als geeignet zeigte, brauchbare Daten zur Bestimmung der angemessenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zur Überprüfung der in der Literatur empfohlenen Richtwerte zu liefern. Um jedoch ihre räumlich wie zeitlich begrenzte Gültigkeit voll zu erkennen, wäre es wünschenswert, derartige empirische Untersuchungen in verschiedenen strukturierten Gebieten und in Abständen von einigen Jahren zu wiederholen.

Literaturverzeichnis

- 1) ABELBECK, G.: Verwirklichung des Goldenen Planes. In: Der Landkreis 37, 1967, H. 12, S. 385-387
- 2) ABELBECK, G.: Goldener Plan. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 618-632
- 3) ALBERS, W.: Die Aufgaben- und Einnahmenverteilung auf die Gebietskörperschaften. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 1, 1962, H. 1, S. 65-92
- 4) AUBEL, P. v.: Eigenbetriebsrecht. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft 1, Stuttgart 1956, Sp. 1546-1550
- 5) BAROCKA, E.: Kommunkredit und kommunale Finanzwirtschaft. Frankfurt/M. 1958
- 6) Bericht der Sachverständigenkommission nach dem Gesetz über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Deutscher Bundestag Drucksache IV/2661, Bonn 1964
- 7) BERKENHOFF, H. A.: Die Sparkasse als Integrationsfaktor der Klein- und Mittelstadt. In: Kommunalwirtschaft 1965, H. 10, S. 412-414
- 8) BLAUM, K.: Öffentliche Verwaltung und wirtschaftliche Unternehmen. In: Deutsches Verwaltungsblatt 73, 1958, S. 666-670
- 9) BOCHALLI, A.: Wegerecht. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2, a.a.O., S. 562-585
- 10) BOEHLKE, H.-K.: Der Friedhof.-Spiegelbild der Gemeinde. In: Die Gemeinde 16, 1964, H. 10, S. 197-205
- 11) BÖKEMANN, D.: Standortbezüge der Müll- und Abfallbeseitigung. Regionalwissenschaftliche Grundlagen. In: KUMPE-MAAS-STÄUB: Müll- und Abfallbeseitigung, a.a.O., Nr. 0630, S. 1-50
- 12) BOESLER, F.: Infrastruktur und Infrastrukturbedarf. In: Die Gemeinde 15, 1963, Nr. 10, S. 215-217
- 13) BOESLER, F.: Infrastrukturbedarf und die Möglichkeit seiner Deckung. In: Finanzpolitik und Raumordnung, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 28, Hannover 1964, S. 3-15
- 14) BOESLER, F.: Infrastruktur. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 767-777
- 15) BRANDSTÄTTER, H.: Bau- und Wohnungswesen. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2, a.a.O., S. 538-561
- 16) BRANDT, J.: Planungsfibel. München 1966
- 17) BRÜGELMANN, H. u. LUDWIG, W.: Kommunale Versorgungswirtschaft. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 3, a.a.O., S. 655-701
- 18) Bundesgesetzblatt Teil I, Hrsg.: Bundesminister der Justiz, Bonn 1953-1969

- 19) CHRISTALLER, W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland. 2. Aufl. Darmstadt 1968
- 20) CURDES, G.: Zur Tragfähigkeit von Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben in ländlichen Kernsiedlungen. In: Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung 1965, H. 1, S. 3-15
- 21) DEGEN, A.: Statistische Mitteilungen. In: Hessische Blätter für Volksbildung 1970, H. 1, S. 51-55
- 22) DELVOS, H.: Die kommunalen Eigenbetriebe in Hessen. In: Kommunalpolitische Blätter 6, 1954, H. 12, S. 303-304
- 23) DIETER, H.-J.: Arbeitsplanung durch Normalzeitwerte. Neues Verfahren zur Beurteilung der Bürotätigkeit. In: Betriebswirtschaftliche Blätter 1965, H. 1, S. 4-12
- 24) DIETRICH, B.: Die Theorie der zentralen Orte. In: Raumforschung und Raumordnung 24, 1966, H. 6, S. 259-267
- 25) DIETRICH, B.: Zum Problem der Infrastruktur. In: Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung 1967, H. 5, S. 8-16
- 26) DITTRICH, E.: Über den Begriff "social costs". In: Informationen des Instituts für Raumforschung 6, 1956, Nr. 19, S. 473-482
- 27) DITTUS, W.: Zum gemeindlichen Aufwand und seiner Deckung im Bau- und Wohnungswesen. In: Die Selbstverwaltung 9, 1955, H. 2, S. 30-33
- 28) DUHMER, W.: Das aktive Gemeindevermögen im allgemeinen. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 3, a.a.O., S. 75-98
- 29) EHRLICHER, W. u.a.: Kommunalen Finanzausgleich und Raumordnung. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 51, Hannover 1967
- 30) Einzugsbereiche der Hallen- und Freibäder in Hessen 1967. Hrsg.: Der hessische Minister des Innern, Abt. VII, Wiesbaden 1968
- 31) Entwurf des Schulentwicklungsplanes des Kreises Fritzlar-Homburg. Als Manuskript vervielfältigt, Fritzlar 1970
- 32) ERHARD, H.: Altenhilfepläne in den Ländern. In: Der Landkreis 36, 1966, H. 8/9, S. 287-291
- 33) Erläuterungen zur Karte "Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche in Hessen". Bestandsdarstellung 1967. Hrsg.: Der hessische Minister des Innern, Abt. VII, Wiesbaden 1968
- 34) Erschließung. Artikel in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 179
- 35) Erster Bericht über Raumforschung vom 1.10.1963. Deutscher Bundestag, Drucksache IV/1492, Bonn 1963
- 36) Erwachsenenbildung und Büchereiwesen. Empfehlungen der Kultusminister. In: Bücherei und Bildung 16, 1964, H. 3, S. 134-137

- 37) EVERS, H.: Gemeindegröße und Verwaltungsaufwand. In: Informationen des Instituts für Raumforschung 7, 1957, Nr. 7, S. 147-180
- 38) EVERS, H.: Social Costs. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 1784-1793
- 39) FALLAK, H.: Kleinschwimmhalle anstatt Lenrschwimmbecken. In: Sonderausgabe des Staatsanzeiger für das Land Hessen, Dezember 1965, S. 30-31
- 40) FEDER, G.: Die neue Stadt. Berlin 1939
- 41) FEHRE, H.: Stadtparkassen 1967. In: Statistisches Janrbuch Deutscher Gemeinden 56, 1969, S. 418-421
- 42) FELDSCHE, W.: Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden nach den Gemeindeordnungen der Bundesrepublik. In: Kommunalpolitische Blätter 6, 1954, H. 23, S. 635-635 und H. 24, S. 665-667
- 43) FICKEL, F. W.: Der Zweigstellen-Personal- und Beschäftigungs - vergleich. In: Betriebswirtschaftliche Blätter 1961, H. 4, S. 28-31 und H. 5, S. 39-41
- 44) FISCHER, K.: Folgeeinrichtungen und zentralörtliches Gefüge.- Ein Beitrag zur Praxis der Bauleitplanung. In: Der Landkreis 18, 1968, H. 1, S. 16-20
- 45) FISCHER, K.: Folgeeinrichtungen im ländlichen Nahbereich.- Bedarf, Bemessung und Flächenansprüche. In: Der Landkreis 18, 1968, H. 5, S. 154-158
- 46) FISCHERHOF, H.: Öffentliche Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität und öffentliche Verwaltung. In: Die Öffentliche Verwaltung 10, 1957, H. 11, S. 305-310
- 47) FORSTHOFF, E.: Die Daseinsvorsorge und die Kommunen.- Ein Vortrag. Köln 1958
- 48) FORSTHOFF, E.: Lenrbuch des Verwaltungsrechts. München und Berlin 1961
- 49) FRANKE, A. u. a.: Kurhessen-Waldeck. Land und Siedlung. Hrsg.: Hessische Heimat, Siedlungsgesellschaft m. b. H., Kassel 1959
- 50) FRANKE-PFLÜGER-SCHÜTZ: Heimatjahrbuch 1965-1968 für den Landkreis Fritzlar-Homburg. Fritzlar 1969
- 51) GASSNER, E.: Gemeinden und Erschließungskosten. Betrachtungen über ein kommunalwirtschaftliches Problem im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues. In: Der Gemeindetag 4, 1951, H. 4, S. 69-70 und H. 7/8, S. 144-149
- 52) GERNE, O.: Anschlußzwang. Artikel in: Handwörterbuch des Städtebaues, Wohnungs- und Siedlungswesens, a.a.O., S. 49
- 53) GERNE, O.: Erschließung. Artikel in: Handwörterbuch des Städtebaues, Wohnungs- und Siedlungswesens, a.a.O., S. 574-577
- 54) GERNE, O.: Gemeingebrauch. Artikel in: Handwörterbuch des Städtebaues, Wohnungs- und Siedlungswesens, a.a.O., S. 690-691

- 55) Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen.Hrsg.:Hessische Staatskanzlei,Wiesbaden 1953-1969
- 56) GÖB,R.:Gemeinde.Artikel in:Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung,a.a.O.,Sp.533-546
- 57) GÖNNENWEIN,O.:Gemeinderecht.Tübingen 1963
- 58) GREBE,R.:Grünplanung,Landschaftspflege und Naturschutz in der Gemeinde.Schriftenreihe Fortschrittliche Kommunalverwaltung 9,Köln und Berlin 1966
- 59) GREMMELS,H.:Die besonderen kulturellen Aufgaben der Mittel- und Kleinstädte.In:Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2,a.a.O.,S.231-236
- 60) GREWE-PARTSCH,M. u. WILLKE,R.:Stand und Entwicklung der Volkshochschule.In:Volkshochschule,a.a.O.,S.42-57
- 61) GROLL,M.:Gemeindegröße und vorkommende Ausgabepositionen. In:Informationen des Instituts für Raumforschung 6,1956, Nr.22,S.555-576
- 62) HAGENMÜLLER-DIEPÉN:Der Bankbetrieb 4.Aufl.,Wiesbaden 1970
- 63) Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis.Hrsg.:H. PETERS,Berlin-Göttingen-Heidelberg 1957-59
- 64) Handbuch für Siedlungsplanung.Städtebauliche Planungsgrundlagen für den Hamburger Raum.Hrsg.:Baubehörde der freien und Hansestadt Hamburg.Hamburger Schriften zum Bau-,Wohnungs- und Siedlungswesen 37,2.Aufl.,Hamburg 1963
- 65) Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung.Hrsg.:Akademie für Raumforschung und Landesplanung,Hannover 1966
- 66) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften.Stuttgart-Göttingen-Tübingen 1956
- 67) Handwörterbuch des Städtebaues,Wohnungs-und Siedlungswesens Stuttgart 1959
- 68) HECKEL,H.:Schulverwaltung.In:Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2,a.a.O.,S.110-159
- 69) HEIDE,H.-J.v.d.:Nahbereich und Fernbereich von zentralen Orten.-Ein Beitrag zur Verwaltungsgliederung und zur kommunalen Aufgabenverteilung.In:Der Landkreis 37,1967,H.7, S.211-218
- 70) HENSEL,W.:Kommunale Wirtschaft - eine Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung.In:Beiträge zur kommunalen Versorgungswirtschaft 12,3.Aufl.Köln 1953
- 71) HERZNER,E.:Grundgedanken zur städtebaulichen Ordnung im ländlichen Nahbereich.In:MORGEN,H. u.a.:Beiträge zur Entwicklung ländlicher Nahbereiche,a.a.O.,S.81-116

- 72) HESSENAUER, E.: Die Volkshochschule in Staat und Gemeinde. In: Volkshochschule, a.a.O., S. 58-69
- 73) Hessische Gemeindestatistik 1960/61, H. 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Hrsg.: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden 1964
- 74) Hessenplan, der große. Hrsg.: Hessischer Ministerpräsident, Wiesbaden 1965
- 75) Hinweise zur Altenhilfe. Hrsg.: Deutscher Städtetag. Köln-Marienburg 1965
- 76) HOFFMANN, J.: Die Landkreise mit ihren Sparkassen. In: Der Landkreis 36, 1966, H. 5, S. 176-177
- 77) HOFMEISTER, B.: Stadtgeographie. Das Geographische Seminar, Braunschweig 1969
- 78) HÜBLER, K.-H.: Zur Frage der zentralen Orte im ländlichen Raum. In: Informationen des Instituts für Raumforschung 15, 1965, H. 1, S. 1-19
- 79) HÜBLER, K.-H.: Verflechtungsbereiche und zentrale Orte.- Beschluß der Ministerkonferenz. In: Informationen des Instituts für Raumforschung 18, 1968, H. 5, S. 149-155
- 80) HURST, K.: Gemeindeeinrichtungen. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2, a.a.O., S. 833-900
- 81) ISBARY, G.: Zentrale Orte und Versorgungsnahbereiche.- Zur Quantifizierung der zentralen Orte in der Bundesrepublik Deutschland. Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung 56, Bad Godesberg 1965
- 82) ISBARY, G.: Die Verdichtung der Landkreise. In: Der Landkreis 36, 1966, H. 4, S. 116 ff.
- 83) ISENBERG, G.: Zur Frage der kommunalen Grundausstattung im dörflichen Bereich. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen 35, 1961, S. 61-76
- 84) ISENBERG, G.: Gemeinden im Spannungsfeld zwischen Marktwirtschaft und räumlicher Aufgabenerfüllung. In: Buch Deutscher Gemeinden 1965, Köln 1965, S. 41-60
- 85) JANS, K.-W.: Jugendhilfe. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2, a.a.O., S. 315-354
- 86) JANS, K.-W. u. MÜLLER, E.: Kindergärten, Horte, Kindertagesstätten, Kinderspielplätze. Schriftenreihe Fortschrittliche Kommunalverwaltung 10, Köln und Berlin 1966
- 87) JANSEN, L.-J.: Gemeindenaushaltsrecht. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 3, a.a.O., S. 228-270
- 88) JOCHIMSEN, R.: Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Tübingen 1966

- 89) JOCHIMSEN, R. u. TREUNER, P.: Zentrale Orte in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten der Schaffung zusätzlicher außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze. Mitteilungen aus dem Institut für Landeskunde 50, Bad Godesberg 1967
- 90) JOHNS, R.: Öffentliche Betriebe. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 2, a.a.O., S. 48-59
- 91) JOHNS, R.: Gemeindevirtschaft. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft 2, Stuttgart 1958, Sp. 2148-2158
- 92) KAPP, K. W.: Sozialkosten. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 9, a.a.O., S. 524-527
- 93) KAUKARS, I.: Büchereien 1968. In: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 57, 1970, a.a.O., S. 258-286
- 94) KUHR, D. u. MÖHLE, K.-A.: Wasserversorgung. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 2242-2250
- 95) KLATT, S.: Grundlagen der Verkehrserschließung. In: MORGEN, H. u. a.: Beiträge zur Entwicklung ländlicher Nanoereiche, a.a.O., S. 57-80
- 96) KLÖPPER, R.: Zentrale Orte und ihre Bereiche. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 2337-2347
- 97) KODAL, K.: Straßenrecht. Alphabetisch geordnetes Handbuch für die Praxis mit den Straßen und Wegegesetzen des Bundes und der Länder. 2. Aufl., München und Berlin 1964
- 98) KÖPPE, I.: Zum Begriff "social costs". In: Informationen des Instituts für Raumforschung 6, 1956, Nr. 2, S. 50-54
- 99) Kommunale öffentliche Bücherei. Hrsg.: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung. Köln-Marienburg 1964
- 100) KRAFT, J.: Die erforderliche Grundausrüstung ländlicher Räume. 1. Teil. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 980, Köln und Opladen 1961
- 101) KRAFT, J.: Die Grundausrustungskosten von Landgemeinden. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen 35, 1961, S. 27-51
- 102) KRAFT, J.: Über den Begriff "Infrastruktur". In: Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung 1966, H. 3, S. 13-22
- 103) KRAFT, J. u. MEYER, M.: Infrastruktur-Gefälle, Infrastruktur-Niveaus. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung a.a.O., Sp. 777-791
- 104) KRAFT, J. u. ROSENBAUM, H.: Die erforderliche Grundausrüstung ländlicher Räume. 2. Teil. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 1327, Köln und Opladen 1964
- 105) KRONER, G.: Die zentralen Orte in Wissenschaft und Raumordnungspolitik. In: Informationen des Instituts für Raumforschung 14, 1964, Nr. 13, S. 421-456

- 106) KUNDING, H.: Die ländliche Fachbücherei. In: Bücherei und Bildung 16, 1964, H. 11/12, S. 476-485
- 107) KÜHN, A.: Die "mittlere Zukunft" in der Raumforschung. In: Raumforschung. 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen 1960, S. 117-132
- 108) KÜHN, A.: Die Stellung der Angewandten Geographie im System der Wissenschaften. In: Beiträge zur Angewandten Geographie 4, 1968, S. 3-12
- 109) KUHNMÜNCH, K.: In jeder siebten Gemeinde ein Gemeinschafts -
haus. In: Sonderausgabe des Staatsanzeigers für das Land Hes-
sen, Dezember 1965, S. 33-39
- 110) KUMPF-MAAS-STRAUB: Müll- und Abfallbeseitigung. Handbuch über
die Sammlung, Beseitigung und Verwertung von Abfällen aus
Haushaltungen, Gemeinden und Wirtschaft. Berlin 1964-69
- 111) LAMM, J.: Beseitigung und Verwertung des Mülls. In: Kommunal-
politische Blätter 7, 1955, H. 23, S. 838-842
- 112) LAUMEN: Das Hessische Eigenbetriebsgesetz. In: Der Gemeinde-
tag 10, 1957, H. 7/8, S. 148-153
- 113) LAUX, E.: Bedeutung und Methoden der Planung kommunaler Ver-
sorgungseinrichtungen. In: Der Landkreis 37, 1967, H. 5, S. 141 -
147
- 114) LEHNER, F.: Öffentlicher Nahverkehr. In: Handwörterbuch der
Raumforschung und Raumordnung, a.a.O., Sp. 1219-1246
- 115) LENDHOLT, W.: Grünplanung. In: Handwörterbuch der Raumforschung
und Raumordnung, a.a.O., Sp. 655-666
- 116) LENORT, N. J.: Wirtschaftliche und soziale Aspekte kommunaler
Entwicklungsplanung. In: Soziale Welt 8, 1957, H. 3, S. 245-253
- 117) LENORT, N. J.: Strukturforschung und Gemeindeplanung. - Zur Me-
thodenlehre der Kommunalpolitik. Köln und Opladen 1960
- 118) LEWERKÜHNE: Arbeitsstudien im Sparkassenbetrieb. In: Betriebs-
wirtschaftliche Blätter, Beilage zu H. 3, 1967, S. 6-7
- 119) LÖSCH, A.: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. 3. Aufl.,
Stuttgart 1962
- 120) LOSCHELDER, W.: Die Gemeindeordnungen in der Bundesrepublik
Deutschland. Köln 1965
- 121) LUDWIG, W.: Energie und Wasser in kommunaler Hand. In: Die De-
mokratische Gemeinde 11, 1959, H. 10, S. 904-906
- 122) MARCHAND, H.: Verkehrsbetriebe 1967. In: Statistisches Jahrbuch
Deutscher Gemeinden 56, 1969, a.a.O., S. 92ff.
- 123) MARTIN, F.: Statistische Methoden zur Analyse der innerber-
trieblichen Beschäftigung. In: Betriebswirtschaftliche Blät-
ter 1957, Sonderheft 5 und Beilage zu H. 12, 1957, S. 1-6

- 124) MEIER, R. C. u. WIEGAND, J.: Entwicklungstendenzen der Stadt Wuppertal. Prognos - Gutachten. Basel 1969
- 125) MENNE, P.: Der Landkreis Fritzlar-Homberg. Seine Natur, sein Werden und Wirken. Fritzlar 1957
- 126) MEYER, K.: Ordnung im ländlichen Raum. - Grundlagen und Probleme der Raumplanung und Landentwicklung. Stuttgart 1964
- 127) MEYER, K.: Daten zur Raumplanung. Zahlen-Richtwerte-Übersichten. Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1969
- 128) MEYNEN, E. u. SCHMITHÜSEN, J. (Hrsg.): Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. 5. Lieferung. Remagen 1957
- 129) MORGEN, H. u. a.: Beiträge zur Entwicklung ländlicher Nahbereiche. - Eine Modellstudie. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 52. Hannover 1967
- 130) MORGEN, H.: Entwicklungstendenzen im geistig-kulturellen Bereich. In: MORGEN, H. u. a.: Beiträge zur Entwicklung ländlicher Nahbereiche, a. a. O., S. 15-34
- 131) MÜLLER, E.: Kindergärten und Kinderspielplätze. In: Der Landkreis 37, 1967, H. 4, S. 127-129
- 132) MÜLLER-HEIDELBERG, K.: Büchereiplanung und Verwaltungsorganisation. In: Bücherei und Bildung 19, 1967, H. 2, S. 72-81
- 133) MUNTZKE, H.: Hessen - in der Mitte der Bundesrepublik - ein Land mit gesunder ausgeglichener Struktur und aufstrebenden Gemeinden. In: Buch Deutscher Gemeinden 1965, Köln 1965, S. 176-189
- 134) MUNTZKE, H. u. SCHLEMPP, H.: Kommentar zur Hessischen Gemeindeordnung mit Handbuch des Gemeinderechts. Bad Homberg v. d. H. und Berlin 1954
- 135) MUTSCHMANN, J. u. STIMMELMAYR, F.: Taschenbuch der Wasserversorgung. 4. Aufl., Stuttgart 1965
- 136) NIEMEIER, H. - G.: Daseinsvorsorge. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, a. a. O., Sp. 280-284
- 137) NICKLISCH, H.: Kommunale Betriebe. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft 2, Stuttgart 1958, Sp. 3203-3208
- 138) N. N.: Erfahrungen mit fahrbaren Zweigstellen. In: Betriebswirtschaftliche Blätter 1967, H. 10, S. 115-117
- 139) OBST, G. u. HINTNER, O.: Geld-, Bank- und Börsenwesen. 34. Aufl., Stuttgart 1955
- 140) PAGENKOPF, H.: Einführung in die Kommunalwissenschaft. Aschendorffs Juristische Handbücherei 63, Münster 1960

- 141) PESCHLOW, M.: Die öffentlichen Finanzen im kommunalen Raum als Raumordnungsfaktor. In: Raumforschung. 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen 1960, S. 505-509
- 142) PETERS, H.: Die kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 6, 1967, S. 4-24
- 143) PFISTER, R.: Die Friedhofs-Fibel. München 1952
- 144) PLOCHG, M.: Kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen. In: Staatslexikon 4, Freiburg, Sp. 1163-1169
- 145) POHL, P.: Wirtschaftlichkeit im Siedlungsbau. Social Costs bei unterschiedlichen Bebauungsweisen. Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung 40, Bad Godesberg 1959
- 146) PRÖHL, H.: Lexikon des Kreditwesens. 2. Aufl., Peine 1958-60
- 147) RAFFAEL, H.: Baulanderschließung und Abwasserbeseitigung. In: Der Bayerische Bürgermeister 13, 1960, H. 11, S. 270-271
- 148) RAUSCHENBERGER, H.: Schaltebel zur Schulreform. Klassenfrequenz und Stundenanzahl. In: Die Grundschule 2, 1970, H. 1, S. 47-52
- 149) REIFF, F.: Volkshochschulen 1967. In: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 56, 1969, a.a.O., S. 296-316
- 150) REUTER, E.: Die kommunale Versorgungswirtschaft als Aufgabe unserer Zeit. In: Annalen der Gemeinwirtschaft 21, 1952, S. 161-174
- 151) ROSENBAUM, H.: Die nichtkommunalen Verwaltungsleistungen in Landgemeinden. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 3, 1964, Bd. 2, S. 274-291
- 152) ROSENBAUM, H.: Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Versorgung. In: MORGEN, H. u.a.: Beiträge zur Entwicklung landlicher Nahbereiche, a.a.O., S. 35-54
- 153) ROSKAM, F.: Sportstättenbau. Schriftenreihe Fortschrittliche Kommunalverwaltung 13, Köln und Berlin 1966
- 154) RUBERG, C.: Gemeinde-Wirtschaftsbetriebe. Das Gemeinderecht in Nordrhein-Westfalen 3, 2. Aufl., Siegburg 1962
- 155) SAMPELS, J.: Sport und Leibesübungen als kommunale Aufgabe. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2.a.a. O., S. 480-486
- 156) SCHÄFER, E.: Bedarf und Bedarfsdeckung. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft 1, 2. Aufl., Stuttgart 1938, Sp. 572-585
- 157) SCHÄFER, K.-D. u. KÖSTER, K.-H.: Kläranlagen für mittlere und kleinere Gemeinden. Schriftenreihe Fortschrittliche Kommunalverwaltung 11, Köln und Berlin 1966
- 158) SCHERHÖRN, G.: Methodologische Grundlagen der sozialökonomischen Verhaltensforschung. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 942, Köln und Opladen 1961
- 159) SCHERP, H. u. STÄINER, H.: Fritzlar-Homberg. Gestern-neute-morgen. Kassel o.J.

- 160) SCHLEMPF, H.: Die Landkreise in Hessen als Träger von Gesundheitsämtern und Krankenhäusern. In: Der Landkreis 30, 1960, H. 7, S. 225-230
- 161) SCHLENKE, J.: Einsatz einer "Fahrbaren Zweigstelle". In: Betriebswirtschaftliche Blätter 1961, H. 7, S. 53-55
- 162) SCHMAHL, O.: Fahrbare Zweigstellen. In: Betriebswirtschaftliche Blätter 1961, H. 6, S. 47-50
- 163) SCHMIDT, C. u. BRONNE, O.: Gemeindewirtschaftsrecht. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968
- 164) SCHMIDT, H.: Handbuch des Erschließungsrechts. Köln-Stuttgart-Berlin 1966
- 165) SCHMIDT, H.: Das Anliegerbeitragsrecht in Hessen. In: Der Gemeindetag 11, 1958, H. 2, S. 28-35, H. 3, S. 63-71 und H. 4, S. 88-91
- 166) SCHMITTER, E.-P. u. a.: Die ländliche Gemeinde. Planung und Gestaltung. München-Basel-Wien 1965
- 167) SCHNEIDER, L.: Gemeinderecht in Hessen. 4. Aufl., Göttingen 1966
- 168) SCHNETTLER, A.: Öffentliche Betriebe. Betriebswirtschaftliche Bibliothek, Reihe A/V, Essen 1956
- 169) SCHÖNBOHM, K.: Grünflächen. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2, a. a. O., S. 525-537
- 170) SCHOLL, A.: Altenhilfe in Einrichtungen. In: Der Landkreis 36, 1966, H. 8/9, S. 306-309
- 171) SCHOLZ, H.: Die Nahbereichsplanung. In: Informationen des Instituts für Raumforschung 15, 1965, Nr. 15, S. 475-480
- 172) SCHORK, L.: Gesetz über das Kreditwesen mit Begründung, Durchführungsvorschriften und Anmerkungen. Stuttgart 1969
- 173) SCHULTZE, J. H.: Beziehungen zwischen Geographie und Kommunalwissenschaften. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 4, 1965, S. 246-263
- 174) SCHULZE, K.-H.: Die Kreisbücherei und ihre Aufgaben.-Ein Beitrag zur Regionalplanung. In: Bücherei und Bildung 19, 1967, H. 2, S. 82-92
- 175) SCHULZE, W. E.: Wasserversorgung der Stadt- und Landgemeinden. Braunschweig 1956
- 176) SCHUMANN-PFLÜGER: Der Landkreis Fritzlar-Homberg. In: Die Selbstverwaltung, Sonderheft: Die hessischen Landkreise, März 1958, S. 77-78
- 177) SCHUNDER, F.: Der Landkreis Fritzlar-Homberg. Geschichte der Verwaltung vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Marburg/Lahn 1960
- 178) SCHWENKEL, H.: Der Friedhof auf dem Lande. Stuttgart 1955

- 179) Zur Situation der alten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.Hrsg.:Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege.Denkschrift vom 17.5.1963 mit Nachträgen in:Blätter der Wohlfahrtspflege 1963,S.205ff. und 1964, S.383ff.
- 180) Sparkassenfachbuch 1970.Hrsg.:Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.,Stuttgart 1970
- 181) SPEERSCHNEIDER,W.:Alteneinrichtungen 1969.In:Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 57,1970,a.a.O.,S.158-183
- 182) Staatsanzeiger für das Land Hessen.Hrsg.:Der hessische Minister des Innern.Wiesbaden 1960-69
- 183) Statistische Berichte 1961-1969.Hrsg.:Statistisches Landesamt Wiesbaden
- 184) Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden.Jge.53-57,Braunschweig 1966-1970
- 185) STEEB,G.:Die Folgekosten kommunaler Siedlungen und ihre Finanzierung.Fachschriften zur Gemeindeprüfung und Gemeindeberatung,Köln 1965
- 186) STEIN,O.:Bedarf und Bedürfnis.In:Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 1,a.a.O.,Sp.707-718
- 187) STEIN,W.:Erwachsenenbildung als kommunale Aufgabe.In:Kommunalwirtschaft 1965,H.7,S.251-258
- 188) STRAHLAU,J.:Gesundheitswesen.In:Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2,a.a.O.,S.439-463
- 189) THAUER,W.:Die kommunale öffentliche Bücherei.In:Kommunalwirtschaft 1965,H.7,S.259-267
- 190) THOMA,M.:Die öffentliche Fürsorge.In:Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2,a.a.O.,S.283-314
- 191) TIMM,H.:Gemeindefinanzen I.In:Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 4,a.a.O.,S.299-308
- 192) TUREGG-KRAUS:Lehrbuch des Verwaltungsrechts.Lernbücher und Grundrisse der Rechtswissenschaft 20,4.Aufl.,Berlin 1962
- 193) VIALON,K.F.:Haushaltsrecht.Berlin-Frankfurt/M.1959
- 194) VIALON,K.F.:Öffentliche Finanzwirtschaft.Berlin-Frankfurt/M.1956
- 195) VIERERBL,O.:Turn- und Sportstätten 1967.In:Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 56,1969,a.a.O.,S.216-241
- 196) Volkshochschule.Handbuch für Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik.Hrsg.:Deutscher Volkshochschulverband.Stuttgart 1961
- 197) VOSS:Möglichkeiten der innerbetrieblichen Rationalisierung durch den kommunalen Querverbund.In:Beiträge zur kommunalen Versorgungswirtschaft 16,Köln 1955,S.9-12

- 198) WAGENER, F.: Die gemeindliche Selbstverwaltung. Geschichte -
liches Vermächtnis und gegenwärtige Aufgaben. Schriften-
reihe der Landeszentrale für Heimatdienst in Niedersachsen,
Reihe C, H. 4, Wolfenbüttel 1956
- 199) WAGENER, F.: Gemeindeverwaltung und Kreisverwaltung. In: Archiv
für Kommunalwissenschaften 3, 1964, S. 237-258
- 200) WAGENER, F.: Raumplanungsgutachten Südostniedersachsen. In: Der
Landkreis 37, 1967, H. 11, S. 363-364
- 201) WAGENER, F.: Neubau der Verwaltung.-Gliederung der öffent-
lichen Aufgaben und ihrer Träger nach Effektivität und In-
tegrationswert. Schriftenreihe der Hochschule Speyer 41,
Berlin 1969
- 202) WALPRECHT, D.: Investitionsbedarf in den kreisangehörigen
Gemeinden. In: Die Gemeinde 15, 1963, Nr. 10, S. 218-226
- 203) WEBER, W.: Verwaltungsgliederung und Raumordnung. In: Handwör-
terbuch der Raumforschung und Raumordnung. a. a. O., Sp. 2207-
2227
- 204) WEIMAR, V.: Stationsbücherei.-Ein neuer Büchereityp. In: Bü-
cherei und Bildung 16, 1964, H. 11/12, S. 497-498
- 205) WEIMAR, V.: Fahrbüchereien auf dem Land. Gestern-heute-morgen.
In: Bücherei und Bildung 18, 1966, H. 2, S. 73-77
- 206) WEIMAR, V.: Modell eines Aufbauplanes für Landkreise. In: Bü-
cherei und Bildung 18, 1966, H. 2, S. 83-85
- 207) WEIMAR, V.: KGST-Gutachten und Raumplanung im ländlichen
Büchereiwesen. In: Bücherei und Bildung 19, 1967, H. 2, S. 92-96
- 208) WELTER, H.: Schülerbeförderung. In: Der Landkreis 37, 1967, H. 4,
S. 119-121
- 209) WENTEN, H.: Kanalisations-Handbuch. 4. Aufl., Köln 1967
- 210) WIEGAND, J.: Spezielle Aspekte der Infrastrukturplanung. In:
Informationen des Instituts für Raumforschung 19, 1969,
Nr. 7/8, S. 211-219
- 211) WIEL, P.: Infrastruktur. In: Evangelisches Soziallexikon. 4. Aufl.,
Stuttgart 1963, Sp. 586
- 212) WIELTHAUP, H.: Anliegerbeitrag. Artikel In: Handwörterbuch des
Städtebaues, Wohnungs- und Siedlungswesens, a. a. O., S. 31-42
- 213) WOLFF, H. J.: Verwaltungsrecht I. Juristisches Kurz-Lehrbuch.
6. Aufl., München und Berlin 1965
- 214) WORTMANN, W.: Städtebau und Stadtplanung. Ausgewählte allge-
meine Werte und Begriffe. In: Handwörterbuch der Raumfor-
schung und Raumordnung, a. a. O., Sp. 1981-1991
- 215) WULFF, E.: Erschließung und Baureifmachung von Baugebieten.
In: Gemeinnütziges Wohnungswesen 5, 1952, H. 3, S. 135-136
- 216) ZEISS, F.: Die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe als wirt-
schaftliche Unternehmen der Gemeinden nach den Deutschen
Gemeindeordnungen. In: Die Öffentliche Verwaltung 11, 1958,
S. 201-205

- 217) ZEISS, F.: Kommunales Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik,
In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 3, a.a.O.,
S. 611-654
- 218) Zentrale Orte. Hrsg.: Bundervereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Köln-Marienburg o.J.
- 219) Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche in Hessen.
Bestandsdarstellung 1967. Hrsg.: Der hessische Minister des
Innern, Abt. VII, Wiesbaden 1968
- 220) ZUHORN, K.: Kulturpflege. In: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis 2, a.a.O., S. 165-230

L e b e n s l a u f

Diplom-Geograph Diethard Loeser

geb.: 30.7.39 in Berlin als zweiter Sohn des Diplom-Landwirtes und Steuerberaters Alfred Loeser und seiner Ehefrau Hildegard, geb. Mittelstädt.

Schulbesuch: 3.9.46-15.6.51 der Volksschule und
1.8.51- 4.3.58 der Oberschule naturwissenschaft-
lichen Zweiges in Berlin-Lichtenrade. Abschluß
durch Abitur.

Universitätsstudium: 1.11.58-31.5.60 der Botanik und Geologie
1. 6.60-24.6.66 der Geographie, Botanik,
Geologie und Kartographie an der Freien
Universität Berlin, beendet durch Diplom-
Hauptprüfung.

Berufstätigkeit: 1.10.66-31.5.68 wissenschaftlicher Referent
bei der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland
in Düsseldorf. Seit 1.6.68 Mitarbeit in der
väterlichen Steuerberaterpraxis.

Berlin, den 6.3.1972

Diethard Loeser

